PAUL GRAF TELEKI:
DIE WELTPOLITISCHE UND WELTWIRTSCHAFTLICHE LAGE UNGARNS IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART

(Vortrag gehalten 20. I. 1926 im Ung. Institut der Universität Berlin.)

Wir geben im folgenden gern einem hervorragenden ungarischen Gelehrten und Patrioten das Wort. Wenn wir uns auch nicht mit allen Einzelheiten der Ausführungen des Grafen Teleki identifizieren können, so sind wir doch überzeugt, daß unsere Leser aus diesem Aufsatz vielerlei Belehrung und Anregung schöpfen werden. Erich Obst.

Ungarn ist ein geographischer, ein historischer und ein politischer Begriff. Der geographische Begriff Ungarn fällt mit dem mittleren Donau-Becken usammen. Der historische Begriff Ungarn umfaßt die Eroberung und Ausillung dieses Raumes durch eine Europas übrigen Nationen stammfremde olkheit, die innige Verbindung beider — Volk und Land. Der politische egriff Ungarn ist jener Machtfaktor, der aus der Besitzergreifung des stammemden Volkes in diesem mit starken geographischen Energien reich geseg-eten Becken Europas entstand.

Die Kraft des politischen, des Machtfaktors, hängt davon ab, ob und wie er Mensch als historischer Faktor, als Gemeinwesen sich in die Harmonie er geographischen Landschaftsfaktoren einfügt, einzufügen versteht.

* * *

Das mittlere Donau-Becken ist in seiner Gänze eine einheitliche Landschaft, bwohl es von Tiefländern, von Hügellandschaften und Waldgebirgen gebildet ird, die auch einzeln wieder Landschaften für sich, Landschaftstypen nd. Es ist eine historische Tatsache, daß sich kein politisches Gebilde für ie Dauer in diesem Becken halten konnte, bis nicht eines entstand, welches as Becken in seiner Gänze ausfüllte, aber sich zugleich in seinen Machtbe-trebungen auf das Becken beschränkte.

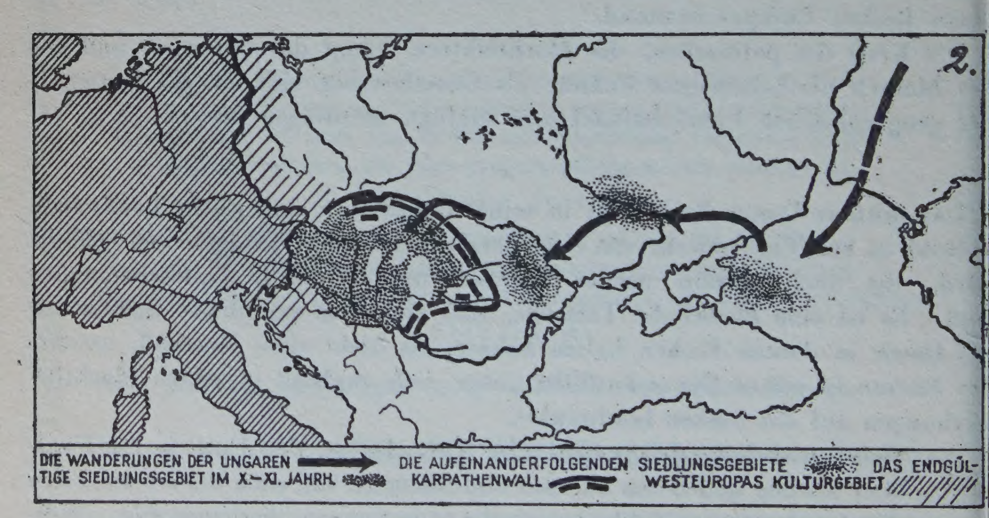
Die nächst wichtigste geographische Tatsache ist, daß Ungarn von Nord-vesten über Norden und Osten bis nach Süd-Südosten von einer der am stärksten rennenden Landgrenzen umgeben wird, die es in Europa überhaupt gibt. Welhen Faktor auch immer der Geograph auf der Karte zur Darstellung bringen nag, sei es der geologische, sei es der morphologische oder der hydrographische, ei es der klimatologische oder der pflanzengeographische, ja selbst wenn der Ornithologe eine phänologische Karte zeichnet, diese Grenze tritt überall und

oft sehr scharf hervor. Die Karpaten sind ein Waldgebirge und als solches viel stärker trennend als ihre Oberflächenformen und ihre teilweise niedrigen Pässe es uns voraussetzen lassen würden. Unwillkürlich drängt sich einem als Parallele die Rolle auf, welche die Appalachen in der Geschichte des nordamerikanischen Volkes gespielt haben, unter deren Schutz die Nation sich gebildet und die viel langsamer überschritten worden sind als das viel imposantere zackige Felsengebirge im Westen.

Nach Westen und Süden ist das Land offen, und im Südwesten liegen die Ausläufer der Alpen und die Dinariden zwar hindernd, aber nicht wirklich trennend. Die geographische Tatsache ist also: schärfere landschaftliche Trennung vom Norden, Nordosten, Osten und Südosten als vom Westen, Südwesten und Süden. Es bedarf keiner Betonung, daß das auch eine antropogeographische Tatsache von größter Wichtigkeit war und ist. (Abb. 1.)

* *
*

Die historisch wichtigen Tatsachen des IX. Jahrhunderts sind die folgenden: durch Bulgaren und Petschenegen überfallen, suchen die Ungarn eine neue Heimat — sie suchen sie soweit als möglich nach Westen, weit ab von den drängenden Feinden. Sie gehen nach Westen soweit, als das damalige Stadium der Konsolidation der europäischen Staaten es erlaubt. Hart an die deutschen



Gaue lehnt sich die neue Heimat an, während sie der breite Gebirgs- und der noch breitere Waldgürtel vom Osten trennt. (Abb. 2.)

Die zweite Tatsache ist, daß das Ungarvolk kein Nomadenvolk mehr ist im Sinne der Hunnen oder ähnlicher asiatischer Scharen der Völkerwanderung

thmyologie und Archäologie sowie historische Forschung zeigen uns die Ungarn ar als ein im Ackerbau, ja auch im Weinbau bewandertes Volk. Dieses olk legt denn auch den Schwerpunkt der Besiedelung nicht in die wald- nd sumpfgeschützten Niederungen der Theiß, wie die Hunnen, sondern in e fruchtbaren Loeßlandschaften und Hügelländer Transdanubiens und des idwestlichen Donauknies.

Das sind die historischen Tatsachen, und wenn wir diese mit der geogra- hischen zusammen betrachten, so ergibt sich daraus, daß der Schwerpunkt es Landes an den offenen westlichen und südlichen Seiten lag, dem Deut- chen Kaiserreiche und Byzanz zugewendet.

* * *

Die großen politischen Tatsachen sind die richtige Erkenntnis dieser istorisch-geographischen Lage und die Umwandlung dieser Erkenntnis in die 'at. Nach kurzen Kämpfen im Westen die Erkenntnis, daß man zwischen em Zusammenbruch, den die großen Nomadenvölker erlitten und der Ein- liederung in die westliche Kultur zu wählen hatte; die Entscheidung für's tztere, die Annahme des Christentums und die Erstarkung der Macht des roßfürsten, nunmehr als nach christlicher Sitte gekrönten Königs.

Aber ebenso wichtig war es politisch, daß diese Umwälzung national blieb. s ist kein jäher Sprung von der Stammesorganisation des halbnomadischen 'olkes zum mittelalterlichen Staat. Das mittelalterliche ungarische Königtum t nicht wirklich feudal; es ist seinem innersten Wesen nach patriarchalisch. er Adel bleibt trotz mannigfacher feudaler Anklänge seinem Wesen nach Kaste er Krieger, der Landadel erstarkt in den Komitaten und bildet die Nation uf breiter Grundlage.

Die richtige politische Erkenntnis der historisch-geographischen Lage gleich ach der Landnahme ist der Grund unseres nun schon tausendjährigen staat- chen Bestandes an der mittleren Donau. Die Tatsache, daß diese Erkennt- is mit starkem nationalen Gefühl in die Tat umgesetzt wurde, sicherte die elbständigkeit des Landes.

* * *

Nach Osten geschützt, wandte der Staat sein Gesicht nach der anderen eite. Drei große Faktoren galt es hier zu berücksichtigen und zu werten. n Süden Byzanz und das östliche Christentum, im Südwesten das Meer, im Vesten das Kaiserreich und die westliche Kirche. (Abb. 3.)

Die Macht der beiden großen politischen Faktoren hat es bewirkt, daß sich ie Aufmerksamkeit ganz auf sie konzentrierte. Nur hie und da, ganz rapso- isch wendet sich der Blick der Führer dem Meere zu. Dieses Meer ist ja urch die verkarsteten Ketten und Hochflächen der Dinariden für den Be-

wohner des mittleren Donaubeckens tatsächlich schwer zugänglich. Aber e
ist falsch — wie es oft geschieht — die Meerabgewandtheit allein dem geo
graphischen Faktor zuzuschreiben. Einem starken Staate mit voller Bewegungs
freiheit ist auch der Karst kein unüberwindliches Hindernis.



Indessen, man mußte alle Aufmerksamkeit in erster Linie den beiden Kaiser
reichen zuwenden; ihrer mußte man sich oft auch mit aller Kraft und Lis
erwehren. Barbarossa und Manuel Comnenos haben es beide versucht, Ungar
zu erobern.

* * *

Es ist von weittragender Wichtigkeit gewesen, daß Ungarns erster König, Stepha
der Heilige, seine Krone aus den Händen des Papstes und nicht aus jenen vo
Byzanz nahm, daß er auch in seinen Institutionen mehr dem Vorbild de
Westens folgte und damit seine Nation, seinen Staat in die westliche, statt i
die östliche Kultursphäre eingliederte. Ungarn ist dann unter den, glücklicher
weise zahlreichen, starken und zielbewußten Königen, die das Haus Árpád in de

ächsten drei Jahrhunderten hervorbrachte und den beiden großen Königen us den Häusern Anjou und Hunyadi zu einem starken Bollwerk dieser Zivili-ation geworden, hat sich in den Türkenkriegen als solches bewährt und t es, trotz des Zusammenbruches, auf Grund dieser Traditionen auch noch eute geblieben.

Die weltpolitische Stellung des mittelalterlichen Ungarn entspringt aus iesen Momenten: Das Streichen und der Charakter der großen europäischen ebirge trennt Nordwesten und Südosten Europas, Westreich und Ostreich es Mittelalters. Dazwischen liegt in den Bögen der trennenden Faltengebirge ttlings auf der großen Wasserstraße, die die beiden verknüpft, auf der Donau, as nunmehr ungarische Becken. Es gehört zu dem einen wie zu dem anderen; ie historischen Machtfaktoren der beiden Flanken können das entscheiden. ber wenn sie gleich sind, entscheidet politische Voraussicht des Beckenstaates lbst und politisches Geschick. Es entscheidet freilich nur, wenn auch poli-sche Macht damit verbunden ist, denn das Becken kann der Lage nach lbstverständlich auch ein Pufferstaat werden. Aber im weiten Raume inner-alb seiner vorzüglichen Grenzen ist eben doch die Möglichkeit geboten, ein hlreiches Volk zu bergen, welches, wenn es die reichen Schätze des Landes ı nützen weiß und politisch richtig geführt wird, auch zu einem starken lachtfaktor werden kann, der in allem, was sich im Westen und Osten ab-ielt, mitzureden hat.

* * *

Wir wissen auch heute noch nicht genau, wie die Urlandschaft des mitt-ren Donaubeckens beschaffen war. Ja sogar weit hinein in die historische eit mangeln uns die Quellen. Es wurde lange Zeit angenommen, daß das nze ungarische Tiefland seit jeher eine Steppe war; indessen hat sich nun-ehr erwiesen, daß dem nicht so ist.

Ja, im 18. Jahrhundert, als die Türken hinausgetrieben wurden, da wurden e aus einer Steppe hinausgetrieben. Aber aus einer Steppe, der ihre Hand, re Administration die letzten Charakterstriche gegeben hatte, die aber wohl hon vor ihrer Zeit durch Menschenhand aus einer, teilweise stark bewaldeten ıvanne zu einem immer baumloseren Weideland verwüstet worden ist. Be-nders für den nordöstlichen Teil der Tiefebene, aber auch für den nörd-hen Teil der zentralen Donau-Theißebene ist eine ursprüngliche vorherr-hende Waldbedeckung erwiesen.

Für den südlichen Teil gehen die Ansichten mehr auseinander. Aber jeden-lls gibt es auf der Donau-Theißebene 60 Baum- und Straucharten, die für wöhnlich Waldbestände bilden. Es scheint, daß von den vier originalen lanzenformationen: Sumpfwald, Wiese, Steppe (Puszta) und Trockenwald, e im Alföld heimisch, im Laufe des historischen Geschehens immer jene

Der Türkensturm hat dann Ungarn eine andere, vielleicht heroischere, abe jedenfalls traurigere Rolle gebracht.

* * *

Es ist ein Unglück für Ungarn gewesen, daß sich nach dem Aussterben de Árpáden über zwei Jahrhunderte lang keine Dynastie festigen konnte. De Fehler lag nicht am Lande, nicht am System der freien Königswahl allein unglückliche Zufälle haben mitgespielt.

Es ist aber auch das Unglück Ungarns gewesen, daß zur Zeit der Türken gefahr in Europa kein Mann erstand, weder auf dem päpstlichen, noc auf dem Kaiserthrone, der es verstanden hätte, die Kräfte zu vereinigen Sigismund, der beide Kronen trug, hat seine ganze Aufmerksamkeit auf di Interessen seiner Dynastie im Westen konzentriert. Die ungarischen Könige die ihm folgten, hatten zwar einen glänzenden Heerführer in Johann Hunyadi waren aber selbst zu schwach. Hunyadis Sohn, der König Mathias Corvinus konnte in ganz Europa keine Hilfe finden und konnte mit dem von ihm ge schaffenen ersten ständigen Heere nicht mehr erreichen, als die Gefahr vo seinem Lande während seiner Regierungszeit zu bannen. So fiel — 36 Jahr nach seinem Tode — Land und König (Ludwig II.) in der Schlacht be Mohács (1526).

Ungarn zerfällt in drei Stücke. Es zerfällt unter der Wucht einer histo rischen Kraft, der Schwungkraft des jungen Türkenstaates. Aber die Grenzen des Stoßes sind geographisch — und dann auch wieder historisch bedingt.

Vom Balkan stößt der Türke leicht ins offene Tiefland vor. Die west lichen Hügel- und Bergländer — Vorwerke der Alpen — werden habsbur gisch. Das festungsartig umwallte östliche Hochland bleibt als Fürstentum Siebenbürgen frei und selbständig. In den meist westöstlich streichenden Höhen zügen und Tälern des Nordens schwankt die Grenze habsburgischer und sieben bürgischer Lande hin und her.

Das sind geographisch bedingte und im weiteren Lauf historischen Ge schehens auch wieder wirkende geopolitische Tatsachen.

Historisch aber ist, daß der Türke von Westeuropa am Grenzsaum seine Kultursphäre aufgehalten wird; nur im ungarischen, vom Balkan durch Fluß grenzen getrennten Tiefland gelingt es ihm, einen Keil in westeuropäische Kulturgebiet zu schlagen. Ungarn schützt Europa gegen die Türken — zu seinem Unglück nicht auf der äußeren, sondern auf der inneren Verteidigungs linie des Landes.

* * *

Der Anfang der Türkenherrschaft fällt mit der Reformation zusammen Und die westeuropäisch gebliebenen Bergländer nehmen an der Bewegung, di


AN DIE
TSCHECHOSLOVAKEI 22,2%
AN
OESTERREICH
1,8%
UNGARN 32,2%
AN
RUMÄNIEN 38,4%
AN
JUGOSLAVIEN (OHNE CROATIEN)

Abbildung 7





Abbildung 4

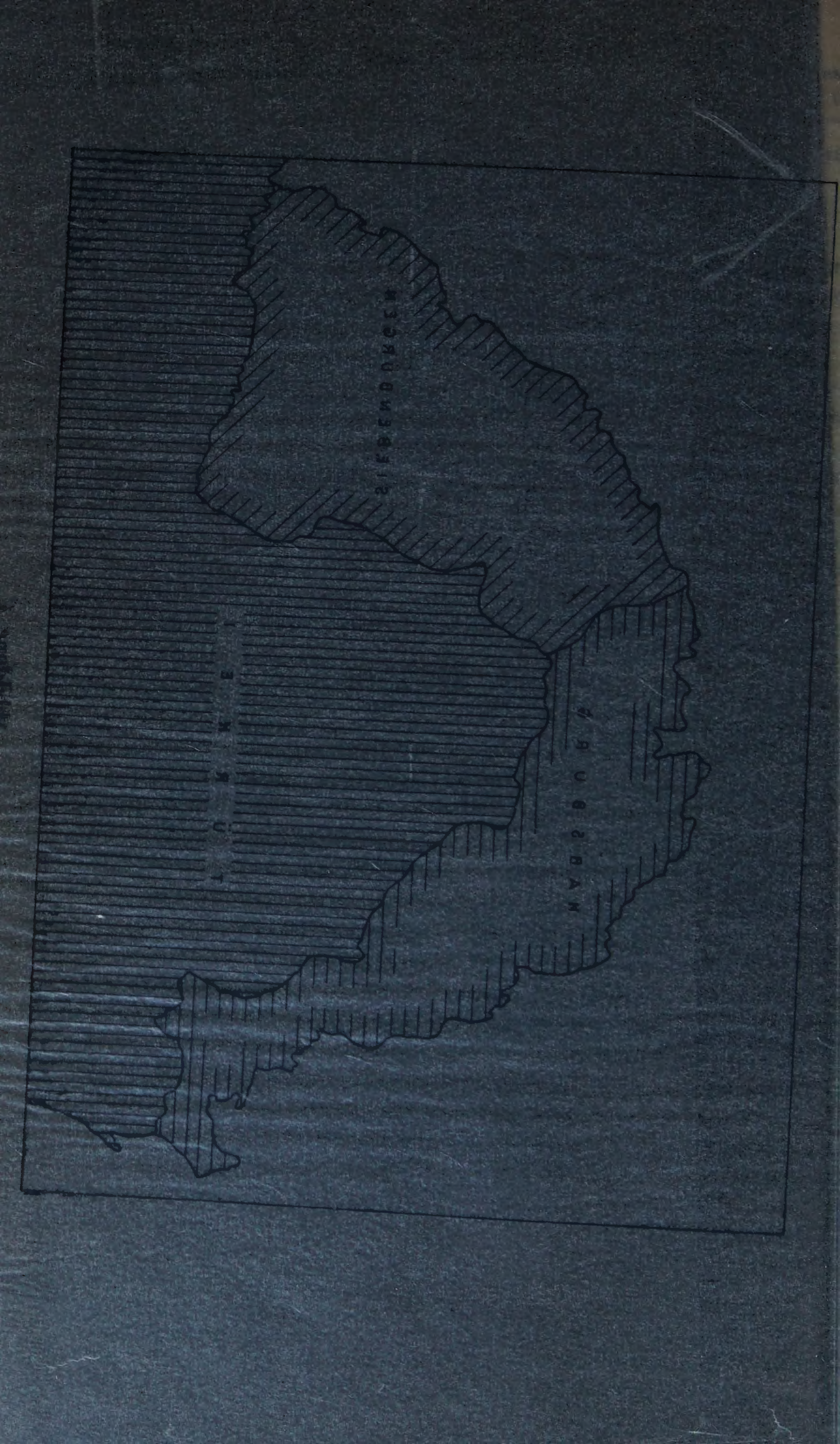




Abbildung 1



Europa durch und durch schüttelt, einen nicht weniger regen Anteil als irgend in Land Europas. Im Gegenteil. Die auseinandergerissenen geschwächten Landesteile sehen ihre Freiheit, die Stände ihre Rechte durch den habsburgichen Absolutismus gefährdet. Der wieder und wieder aufgezwungene Freiheitskampf schafft dem Reformationsgedanken günstigen Boden.

Luthers Bekenntnis verbreitete sich rasch im Norden Ungarns, während Siebenbürgen zum großen Teil calvinisch wurde. Dieses kleine Siebenbürgen hat nun, während es zwischen Kaiserreich und Sultan 200 Jahre lang die gefahrvolle und schwere Rolle eines Pufferstaates spielte und seine Führer eine Hochschule politischer Kunst durchmachten, in den Kriegen der Reformation, besonders auch als Verbündeter Gustav Adolfs eine bedeutende Rolle gespielt. Nordungarn war der Schauplatz mancher Reformationskämpfe, wo das Kriegsglück zwischen kaiserlich-katholischen und siebenbürgisch-protestantischen Heerscharen hin- und herwogte.

Aber nicht nur auf den Schlachtfeldern des Schwertes, auch mit Kopf und Feder nahmen Ungarn und Siebenbürgen an den Reformationskämpfen teil. Die religiöse Fehdeliteratur wird von beiden Seiten von genialen Köpfen geführt. Das kleine Siebenbürgen vergißt auch in seiner schweren Lage nicht, daß es das äußerste östliche Vorwerk westlicher Kultur ist. Es trachtet diese Kultur in günstigen Momenten über die Karpathen nach der Moldau zu tragen. Es gibt im Freiheitssinn des neuen Glaubensbekenntnisses den Rumänen ihre ersten nationalen, rumänisch-sprachigen Glaubensbücher. Siebenbürgische Fürsten werden zu Begründern, ungarische Herren zu Mäcenen der rumänischen Literatur.

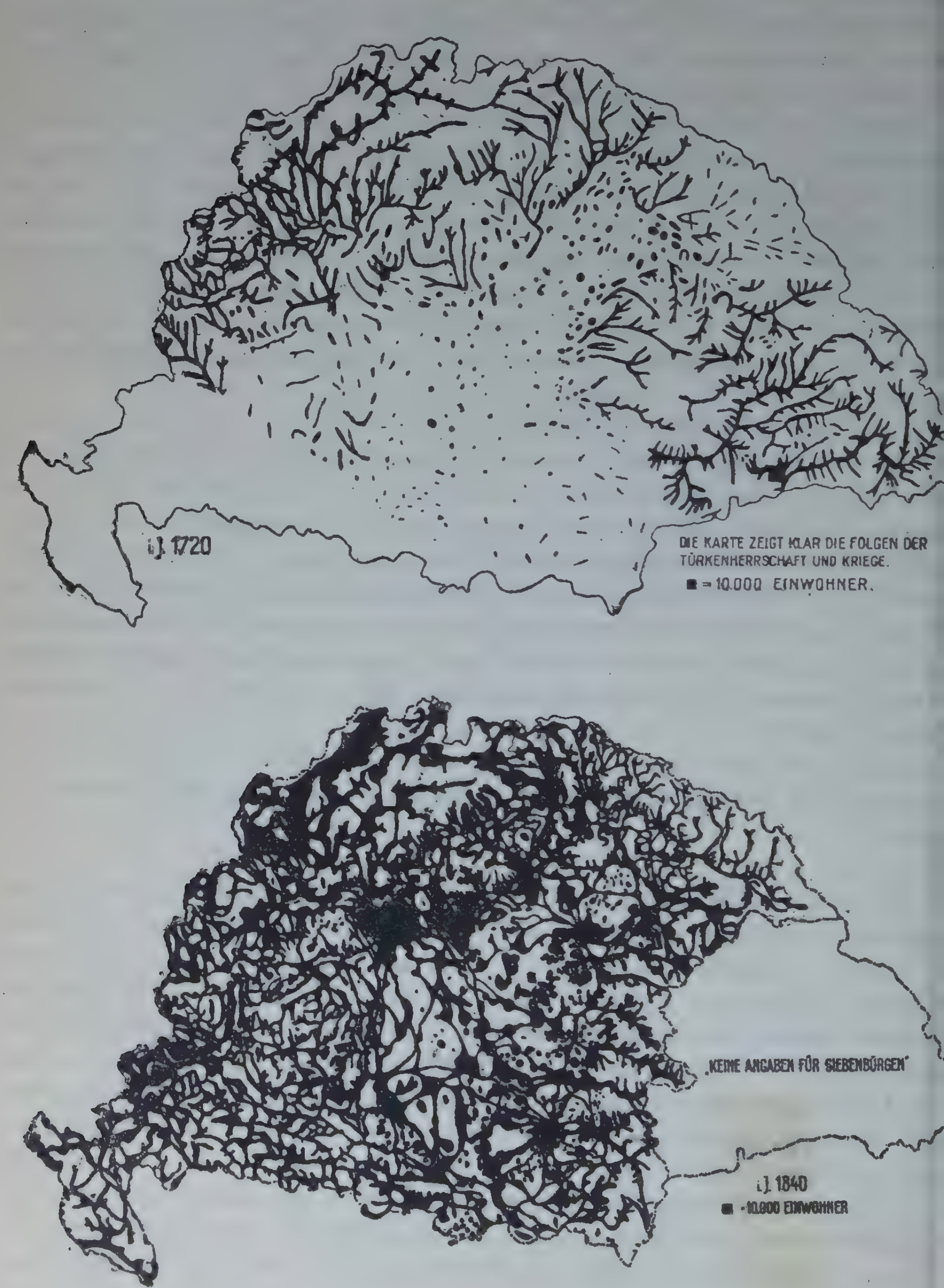
Ungarn ist also in dieser Periode in zwei historischen Geschehniskreisen — Türken- und Reformationskämpfen — ein Element westeuropäischer Weltpolitik.

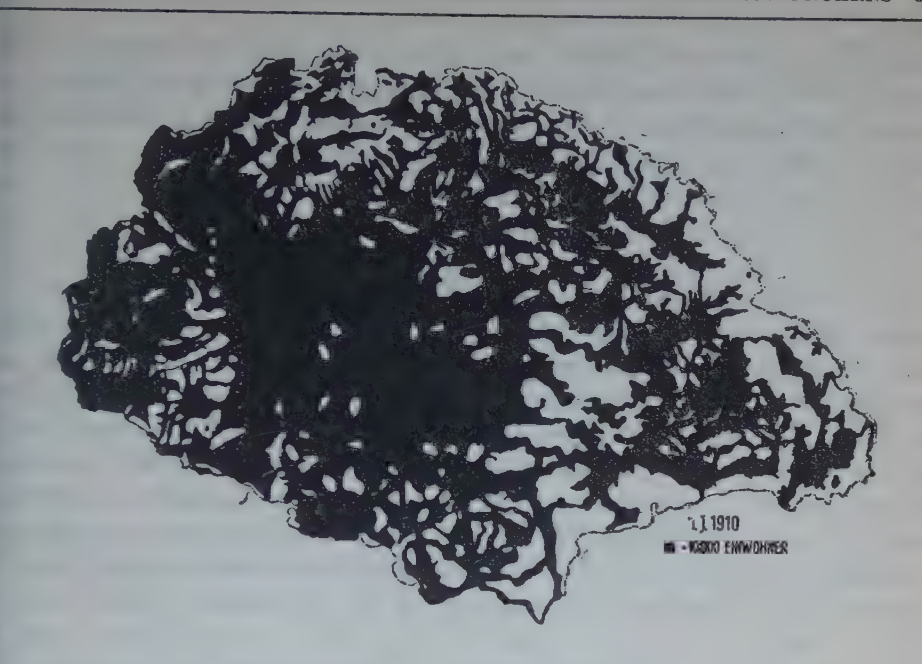
* * *

Aber in diesen Kämpfen ermüdet ganz Ungarn. Es kann sich vom Türkenjoche nicht befreien, es wird befreit. Es wird ganz habsburgisch. Die Selbständigkeit Siebenbürgens nimmt ein Ende und mit dem 18. Jahrhundert wird Ungarn, wenn auch nicht der Form und dem Ausdruck nach, so doch der inneren Wirklichkeit nach eine Kolonie Österreichs. Die langen Türken- und Religionskämpfe haben das Land in der Entwicklung weit zurückgeworfen. Die konstitutionellen und administrativen Formen sind — als Hüter der Freiheit zäh und unverändert gewahrt — langsam erstarrt. Die Wirtschaft ist ganz niedergebrochen. (Abb. 5.)

Wir haben die weltpolitisch ehrenvolle Aufgabe der Verteidigung Europas auch sonst noch teuer bezahlt. Die Zerstückelung Ungarns im Frieden von Trianon (1920) ist eine Folge der Türkenherrschaft bzw. der fast gänzlichen

Abb. 5. Volksdichte von Ungarn nach den Volkszählungen von 1720, 1840 u. 1910
Die Originale im Maßstab von 1 : 1000000 — wo 1 mm (dunkel) 100 Einwohnern gleichkomm





Verwüstung und Entvölkerung des ungarischen Tieflandes, das bis tief in den Süden von einer rein ungarischen Bevölkerung bewohnt war — war ja doch Syrmien, das spätere Slavonien, eines der ungarischesten, dichtest bevölkerten, schon bei der Landnahme besiedelten Gebiete des Landes. Nach dem Rückzug der Türken war das Bánát ein mit Sandwüste abwechselnder Sumpf, wo auf einen Quadratkilometer kaum ein Bewohner entfiel. Im ganzen Ungarn, das zu Mathias Zeiten über fünf Millionen Einwohner hatte, wurden 1720 2,5 Millionen gezählt. Mit der Befreiung des Tieflandes fing der Zuzug der Bevölkerung an. Aus den Bergländern zogen Ungarn herunter, doch kamen auch andere Nationalitäten und die neuen Herren der großen Donationen des 18. Jahrhunderts brachten — in das Bánát — Siedler aus den verschiedensten Ländern — sogar aus Lothringen.

Rumänen zogen ihren aus Siebenbürgen die Maros hinunterdrängenden Stammbrüdern nach. Aus den noch immer türkischen Ländern südlich der Donau flüchtende Serben wurden mit offenen Armen empfangen und von der Wiener Regierung systematisch mit anti-ungarischer politischer Tendenz im Süden angesiedelt. Und das Land, das zu Mathias Zeiten zu über 80 % ungarisch war, hatte in 1787 61 % anderssprachige Bevölkerung. Zuzug fremden Blutes ist vom Rassestandpunkt im allgemeinen nicht verwerflich und auch politisch nicht gefährlich, so lange die Amalgamierungskraft der Stärke des Zuzuges gewachsen ist. In unserem Falle ist sie zur größten Gefahr ge-

worden, die dadurch gesteigert worden ist, daß dem 18. Jahrhundert da 19. Jahrhundert mit seinem starken Nationalismus gefolgt ist. Und bei un sind das Nationalgefühl und die separatistischen Bestrebungen der verschiedener Nationalitäten vom österreichisch-zentralistischen Absolutismus — auf Grund seiner Devise „Divide et Impera" — noch angefacht worden.

* * *

Das Verhältnis Österreichs und Ungarns weist in diesen beiden Jahrhunderten der Abhängigkeit — dem 18. und 19. — von dem einen zum anderen einen eigentümlich charakteristischen Wechsel auf. Im 18. Jahrhundert will das Österreich der Aufklärungsperiode Reformen, aber das in den alten Formen des Städtetums erstarrte Ungarn widersetzt sich. Im 19. Jahrhundert strebt die aus dem Literatur- und Spracherwachen der Jahrhundertwende hervorgegangene nationale Wiedergeburtsbewegung in Ungarn Reformen auf administrativem, wirtschaftlichem und endlich auf politischem Gebiete an, aber das österreichische Kaiserreich der auf Napoleon folgenden absolutistischen Reaktion verschließt sich denselben Reformen, die es ein Jahrhundert früher inaugurieren wollte.

Damit habe ich auch eigentlich unsere ganze weltpolitische und weltwirtschaftliche Rolle in diesen zwei Jahrhunderten „in nuce" gezeichnet. Es ist keine selbständige Rolle. Wir haben eine Rolle nur gespielt, insofern wir auf die Geschicke des österreichischen Kaisertums einen Einfluß ausgeübt haben. Aus diesem Gesichtspunkt noch einen Gegensatz als allgemeinen Zug. Wir waren den Trägern der Krone loyal, wir waren Maria Theresias treueste Kämpfer im schwersten Momente ihres Kampfes gegen Preußen. Aber wir haben uns mit aller Kraft gegen die meist gesamtmonarchischen Einverleibungszielen dienenden Bestrebungen ihrer Ratgeber entgegengestellt.

Die Wirtschaft hat sich nur sehr langsam regeneriert. Die intensiven wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die politischen Kämpfe, die mit ihnen parallel laufen und die politischen Erschütterungen, die sie hemmen, haben fast nur innerpolitisches Interesse. Weltwirtschaftlich tritt die ungarische Wirtschaft erst hervor, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das ungarische Tiefland der wichtigste Weizenproduzent geworden ist. Ungarn war durch einige Jahrzehnte der Weizenversorger Europas. Nach dem Gesetz der Thünenschen Kreise — mit ihrer selbstverständlichen Anpassung an die natürliche Lage der Festländer und der Klimazonen — ist dann diese Rolle langsam über das rumänische Tiefland auf das russische Gebiet, dann nach Amerika und dort über Ohio, Kansas und Dakota auf Manitoba und Saskatchewan, andererseits auf Argentinien übergegangen.

Die Reibungen mit der österreichischen Zentralregierung waren in der ersten

Iälfte des Jahrhunderts sehr intensiv. Sie führten zum Freiheitskrieg im ahre 1848, der mit russischer Hilfe niedergeschlagen wurde. Es folgten chtzehn Jahre absolutistischer Regierung. Wirtschaftspolitisch sind diese ahre durch die Tendenz der österreichischen Reichsregierung, Ungarn ganz ls eine landwirtschaftliche Produktionskolonie auszunützen, charakterisiert. Die aufblühende österreichische Industrie gewann einen gewaltigen Vorsprung or der erst nach Ablauf dieser Periode keimenden ungarischen, und sie gewann ein sicheres Absatzgebiet innerhalb der eigenen Zollschranken und in llernächster geographischer Nähe, was zur Entwicklung ihrer weltwirtschaftichen Stellung und Kraft beträchtlich beigetragen hat. Wir aber leiden noch heute an den Folgen.

Ein Beispiel dessen, wie Ungarns Wirtschaftspolitik gehandhabt wurde, ist lie Tracierung unserer ersten Bahnlinien, deren eine die Endpunkte der Save- ind Drauschiffahrt mit Wien verbinden sollte. Es ist nur der Konfiguration les Landes zu verdanken, dessen natürliche Wege von der ganzen Peripherie nit unwandelbarer Konsequenz nach der Nordwestecke des Tieflandes, nach Budapest, konvergieren, daß die Verbindungen Wiens mit den östlichen Län- lerteilen nicht anders als über Budapest gehen konnten.

* * *

Ich will hier die Gelegenheit ergreifen und kurz die Gründe zusammenassen, die Budapest zu dem gemacht haben, was es ist, nicht nur zur Haupt- ind Residenzstadt, aber auch zum alles (sogar über das richtige Maß) an sich eißenden wirtschaftlichen Zentrum, zum weltwirtschaftlich wichtigen Donauafen und zum wichtigen Welthandelspunkt zwischen West und Ost.

Die warmen Heilquellen im Raume von Budapest haben die menschliche Ansiedlung sicher schon in ferner Urzeit angezogen. Die beste Furt zwischen lem engen Donautal im Norden und den teilweise versumpften Gestaden im Süden diente wohl schon dem primitiven Handel (Salz, Bernstein?). Hier nündete bei der römischen Endfeste Aquincum die Salzstraße aus dem Osten. Die herrliche Kalkstein-Mesa am rechten Donauufer war der idealste Platz ür eine mittelalterliche Burg und schützte die Furt. Die kleine, vor Überchwemmung sichere inselartige Erhöhung am linken Ufer, auf der sich heute lie innere Stadt erhebt, war ein sicherer Markt und Endpunkt der Straßen us dem Osten. Die natürlichen Wege des ganzen Landes führen — wie chon gesagt — hierher. Die Bahnlinien des ganzen vortrianonischen Ungarns ecken sich fast ausnahmslos mit den Wegen des 13. und 14. Jahrhunderts. Budapest ist auch Endpunkt der Schiffahrt für 600-Tonnen-Boote. Budapest iegt an dem Westeuropa nächsten Punkte des großen ungarischen Weizenproluktionsgebietes. Hier vereinigen sich dessen Straßen zu der einen großen

Weststraße, die auf dem Wasser die Donau hinauf, oder auf dem Land über die, bis in die moderne Zeit einzige praktikable Raaber-Furt nach dem Westen führt. Budapest wird auch am Ende des 19. Jahrhunderts nach Minneapolis die zweitgrößte Mühlenstadt der Welt.

* * *

Der Verlust der Lombardei und Venetiens und der zwangsweise Austritt aus dem deutschen Bund ändern in den 50er und 60er Jahren von Grund auf Österreichs weltpolitische Stellung — aber auch die Ungarns. Österreich bzw. die Dynastie müssen, auf engeren Raum und vom Westen abgedrängt, die Kraft zu neuer Großmachtstellung in innerer Festigung suchen.

So kommen die Versöhnung Ungarns mit der Dynastie, der politische Ausgleich mit Österreich zu Stande. Ungarns Freiheit und Verfassung erstehen von neuem.

Dem Worte des Ausgleichs nach sind Österreich und Ungarn ebenbürtige Schwesterstaaten. Die Verluste Österreichs haben zwischen ihnen auch ein Equilibrium der geographischen Größe und Volkszahl geschaffen.

Aber die relative geographische Lage hat sich nicht verändert. Neben dynastischer Tradition, neben allen sine-qua-nons, die zu hoher Kulturentfaltung nötig, nicht zuletzt auch der Weltsprache, neben Handel und Reichtum, die dort festen Fuß gefaßt, erhalten die günstige Lage zum Zusammenhalt Böhmens, Tirols und des Küstenlandes und das Streben nach Europanähe Wien seine alles überragende Stellung auch bei verschobenen Machtverhältnissen.

* * *

Durch den politischen Ausgleich und das Wiederaufleben der Verfassung setzt mit den 60er bis 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein großer wirtschaftlicher Aufschwung Ungarns ein. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft bringen die 70er Jahre die Gründung der Landwirtevereine in den meisten Komitaten, den allgemeinen Übergang von der noch bis dahin stark herrschenden Dreifelderwirtschaft zur rationellen Wechselwirtschaft und die allgemeine Einführung des Winterackers. In den 80er Jahren betreibt schon die überwiegende Mehrzahl der großen und Mittelgüter rationelle Bodenkultur. Die großen Herrschaften fangen an, Gips-, Kalk- und Mergeldüngung zu benutzen. Viele Güter werden in Pacht gegeben und kommen in sachkundigere Hände. Es werden die ersten modernen Branntweinbrennereien gebaut. Die Samenveredelung beginnt. Die 90er Jahre bringen die allgemeine Verbreitung der landwirtschaftlichen Maschinen und auch des Kunstdüngers; in den meisten Großbetrieben die systematische Fütterung; die Einführung des schweren kalten Pferdeschlages im Westen und auf viel breiterer Basis jene des schweizer besonders Simmenthaler Viehs an Stelle des milcharmeren Steppenrindes.

In den 70 er Jahren haben wir als Agrarstaat wirtschaftspolitisch hart gegen as protektionistische System des Industriestaates Österreich gekämpft. Die urch den amerikanischen Weizen verursachte Krise der 80 er Jahre ändert e Auffassung. Das agrarische Ungarn will plötzlich auch den Zollschutz, – und erreicht dann auch durch ihn nach der Jahrhundertwende eine Hoch-onjunktur.

Unter dem Schutze der in diesem Sinne geschaffenen Gesetze entsteht nsere moderne Industrie. In 15 Jahren sind 464 neue Fabriken mit einer taatshilfe von 43 Millionen Kronen geschaffen worden. Der Weg, den man beschritt, war nicht natürlich und kann nicht gesund genannt werden. ber die Zolleinheit mit Österreich und der schon erwähnte Vorsprung der sterreichischen Industrie hat da eine Zwangslage geschaffen.

Immerhin kräftigte sich die ungarische Wirtschaft auf beiden Gebieten, auf em der Landwirtschaft, wie auf dem der Industrie mit raschen Schritten, ie das schon aus unseren statistischen Jahrbüchern zu ersehen ist.

Weltwirtschaftlich kommt Ungarns Rolle in dieser Zeit dem von außen Be-achtenden kaum zur Kenntnis. Der Außenhandel Österreich-Ungarns bildet atistisch eine Einheit. In Wirklichkeit sind wir trotz des großen wirtschaft-chen Aufschwunges in starker Abhängigkeit von Österreich geblieben. Im urchschnitt ging etwa 80 % unseres Exportes nach den Ländern der öster-eichischen Krone und Bosnien. Und das weltpolitisch wichtige Ergebnis nserer wirtschaftlichen Lage war eine Rückendeckung und Stärkung Öster-eichs. (Abb. 6.)

Das ist zugleich unsere weltpolitische Rolle in dieser Zeit. Wir haben auch ne solche nur als Hintergrund Österreichs, und ich möchte fast sagen, un-ewußt gespielt. Nach außen wurden wir von Wien aus vertreten. Unser genes Parlament und unser ganzes politisches Leben beschäftigten sich aus-chließlich mit inneren Angelegenheiten und um die Frage des Verhältnisses ı Österreich — und letzteres eigentlich mit viel mehr Interesse. Die Parteien nd von 1867 bis 1918 nach ihrer Auffassung zu diesem Verhältnis differen-ert. Wir gaben der Monarchie einige bedeutende Staatsmänner und Diplo-aten, aber die Richtung der Politik der Monarchie war nie ungarisch. In anchen der wichtigsten Fragen wurde gegen die ungarische Meinung ent-chieden. So auch in der Frage der Annexion Bosniens.

* * *

Es ist vielleicht nicht uninteressant, zur Charakterisierung des historischen aktors die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß während unserer ganzen eschichte die ungarische politische Nation nie eroberungssüchtig war und ch nie für das, was außerhalb ihrer Grenzen geschah, interessiert hat. Lud-

wig von Anjou hat die Krone Polens gegen den Willen des ungarischen Ade angenommen, der auch für die neapolitanischen Feldzüge keinen Enthusiasmu aufzubringen verstand. Auch Stephan Bathorys polnisches Königtum war de Ungarn nicht lieb. Und wenn sie fremde Herrscher für den ungarische Königsthron wählten, war das bald im Legitimitätsprinzip, das man mit Au sterben des männlichen Zweiges auf die weiblichen Zweige des Hauses Árpá erstreckte, bald in der Suche nach Hilfe gegen die Türken begründet. Abe so oft ein ungarischer Herrscher Gebiete außerhalb des scharf gezogenen Rah mens des mittleren Donaubeckens eroberte, war das immer nur seine ureigenst Sache und nie von Bestand. Vielleicht ist auch hier einer der Gründe z suchen, die neben dem Schicksal, dem Gang der Ereignisse, uns vom Meer ferngehalten haben.

Und der Grundton dieser Auffassung ist unserem Volke geblieben. Auc die letzten Generationen haben sich nie für äußere Politik, für politische Weltgeschehen interessiert. Diese vielleicht natürliche Anlage wurde durc unsere Kontinentalität, durch die geographische Umlagerung durch die öster reichischen Lande, durch die Beschränkung unserer Ausfuhr und größtenteil auch der Einfuhr auf Österreich und dem starken Überwiegen der österreichi schen Ausgleichsfrage in der Politik gewaltig verstärkt.

* * *

Die 50 Jahre nach dem Ausgleich sind eine der ruhigsten Perioden, di Ungarn je erlebt hat. Wir pflegen sie auch als eine der konstruktivsten z betrachten.

Die geographische Einheit war wiederhergestellt. Tatsächlich schon in 1718 administrativ mit Effektuierung der Wiedervereinigung mit Siebenbürge und Rückgabe der südlichen Militärgrenzlande in 1872. Sie war unveränder im nahezu tausendjährigen Rahmen wiederhergestellt. Die geographische Energien wirkten mit machtvoller Beständigkeit, sie meisterten alles historisch Geschehen.

Diese Kraft und ihre Wirkungen — unter diesen nicht zu allerletzt die Er kenntnis der geographischen, wirtschaftlichen und folgerichtig auch der pol tischen Einheit durch die Majorität der nichtungarischen Nationalitäten selb — haben uns aber in der Wertung jenes historischen Geschehens irregeführ Kaum einer hat die Gefahr, welche die angewachsenen Nationalitäten und d Entstehung ihnen stammverwandter Staaten an unseren Grenzen bargen, i seiner ganzen Größe erkannt. Wien hat die Nationalitäten als Waffe gege uns immer bereit gehalten. Unsere Nationalitätenpolitik aber war incident und nie zielbewußt. Selbst die elementare Vorbedingung einer solchen, d gründliche Aufarbeitung des statistischen Materials wurde nicht durchgeführ

5,536
38
-920
5
2,914
1,461
375
84
-114
2
72
918
749
1,195
11
8
704
0
119
-87
422
1,117
418
18
105
-93
5
54
25
2
3

6.

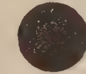
Import bezw. Importüberschuß der westeuropäischen Länder aus Ungarn verglichen mit ihrem Import bezw. Importüberschuß — in denselben Waren — aus anderen Ländern im Jahre 1913



(im Raume Ungarns)

Gesamtexportüberschuß Ungarns in den Hauptgütern seines Exporthandels: Rohmaterialien und Halbfabrikate der Landwirtschaft.

Importüberschuß der einzelnen westeuropäischen Länder — in denselben Artikeln —



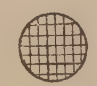
aus Ungarn.



aus allen Ländern der Erde.



aus Ländern, die demselben Lande näher liegen als Ungarn liegt.



Exportüberschuß in denselben Waren nach Ländern, die dem betreffenden Lande näher liegen als Ungarn liegt.

(Die Zahlen bedeuten Millionen Kronen)



an begnügte sich mit den rohen Zahlenreihen der Angaben über Mutter-
rache und den Hundertsatzzahlen zur Volkszahl. Beruhigend wirkte, daß
s ungarische Element im Laufe des 19. Jahrhunderts die zahlenmäßige
berlegenheit wieder gewonnen hatte. 1910 war sein Verhältnis zur Gesamt-
völkerung 54,5 %.

Dieser Fortschritt hat uns bald von da, bald von dort den Vorwurf der
vangsweisen Magyarisierung eingetragen. Wir sind ihm nie ernstlich entgegen-
treten; aus dem Stolzgefühl unseres guten Rechtes, aus Indolenz und aus
gener Unkenntnis der Faktoren der Entwicklung. Und doch wäre die Er-
nntnis letzterer sozialwissenschaftlich ebenso interessant gewesen, als ihre
xposition vor der öffentlichen Meinung Europas politisch wichtig. Denn —
ie wir es, leider zu spät, in den Arbeiten der ungarischen Friedensdelegation
hlenmäßig erwiesen haben — waren es nicht die sporadischen Regierungs-
aßnahmen, nicht die Schule, sondern war es das Wirtschaftsleben, das ma-
yarisierte. Kein organisatorischer, sondern ein organischer, wirtschaftssozialer
rozeß also. Besonders der stete Zuzug der Bevölkerung nach dem im Ver-
iltnis zur bebauten Fläche noch immer weniger dicht bewohnten Tiefland,
- das, fast rein ungarisch, die anderen Elemente leicht aufsog. Und dann
urde im ganzen Lande die Stadtbevölkerung durch den national gerichteten
ufschwung von Industrie und Handel magyarisiert.

Neben den wirtschaftlichen wirkten mächtige kulturelle Kräfte. Der Hoch-
üte der Literatur im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts folgte ein Auf-
ühen der Wissenschaft auf allen Gebieten, aber besonders jenen der Sprach-
issenschaft, Geschichte, Jurisprudenz, Medizin und Technik. In Forschungs-
nd Darstellungsart folgte unsere Wissenschaft der deutschen. Doch hat ihr
er nationale Charakter nie gefehlt; er trat besonders in den drei erstgenannten
isziplinen hervor.

Im Schutze der geographischen Energien hätten diese natürlich wirkenden
räfte im Laufe der Entwicklung die politische Kurzsichtigkeit langsam wett-
emacht.

* *
*

Dann kam der Krieg. Jeder, der damals in Ungarn war, weiß, daß man
it Schwung und Enthusiasmus in den Krieg gezogen ist. Vom Standpunkt
es kühlen Beobachters aber muß ich feststellen, daß dieser Enthusiasmus
gisch nicht begründet war. Der Bestand Ungarns war bei der weiteren
iedlichen Entwicklung nicht gefährdet. Er konnte nur in einem Kriege ge-
hrdet werden, wenn die Konjunkturen, die Fragen und die Machtfaktoren
ein anderes Verhältnis rückten. Meine persönliche Überzeugung ist es, daß
nser Volk, das in Europa außer den fernen Finnen und Türken keinen
tammverwandten hat, in einem Kriege damals unter allen Umständen nur

verlieren konnte. Wir konnten schon infolge unserer geographischen Lage a politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor immer darauf zählen, berücksic tigt zu werden. Aber wir waren infolge der fast drei Jahrhunderte lang schlechten Lage als Bollwerk des Westens in der Entfaltung dieses Mach faktors zurückgeblieben und waren eben erst auf dem Wege, unsere Wir schaft auf westeuropäisches Niveau zu bringen und weltpolitisch und wel wirtschaftlich den Vorsprung der Staaten Mittel- und Westeuropas einz bringen. Bei jeder Verschiebung des europäischen Gleichgewichtes mußte mächtigere und — wenn aus einem Kriege hervorgegangen — chauvinistisch gerichtete Machtfaktoren erstehen, gegen die ein stammfremdes Volk weni schützende Sympathien findet.

Im Kriege haben wir uns wacker geschlagen. Wohl niemand hat es ande erwartet. Politisch interessanter ist, daß die ungarländischen Nationalitäte — entgegen manchen der österreichischen Reichslande — bis zuletzt unsere Fahnen treu geblieben sind.

Ungarische Heerführer hatten wir kaum. Die Wiener Politik und der Kam gegen sie haben uns Ungarn dem aktiven Militärdienst entfremdet. Schade Denn im Moment des Zusammenbruchs hätte ein großer und geliebter unga rischer Heerführer das Land retten können.

* * *

Der Krieg ging zu Ende. Wir sind stärker zusammengebrochen und dan tiefer gesunken, als es die äußeren Umstände bedingten und als man es wirt schaftlich oder politisch erklären könnte. Die Gründe liegen auf sozialem Ge biet. Ein durch den sonst segensreichen wirtschaftlichen Aufschwung in de Seelen verstärkter Materialismus, die kritiklose Übernahme und fexartige An betung fremder Ideologien, der wirtschaftliche Verfall des Hauptträgers de nationalen Gedankenwelt, des Mittelstandes, die Durchdringung unserer ku turtragenden Schicht mit nationslosen und entnationalisierten Elementen un eine falsche, internationalisierende Auffassung des Liberalismus haben die Seele teils für den Radikalismus vorbereitet, teils in ihrer Auffassung schwanken gemacht, teils abgestumpft.

Da hinein platzte einesteils die zum Humbug entwürdigte idealistische Utopi der Wilsonschen Punkte, anderenteils das Versagen des staatlichen Machtfaktors und die so entfesselte zügellose Propaganda des wildesten Radikalismus lie daraus entstehen, was gekommen ist: anarchisch-chaotische Zustände unte dem Regime Károlyi, dann den Bolschewismus und, als diesen der ungarisch Bauer aushungern ließ, das Hereinrücken der beutelustigen Nachbarn wei über die Grenzen ihrer kühnsten Träume bis in die kompakt magyarische Tiefländer hinein. Nie wäre das Trianoner Diktat so ausgefallen, wenn de

adikalismus nicht der Nation die Waffen aus den Händen gerissen hätte. ie wären die Nachbarn so weit hereingedrungen, wenn es irgendeine bewaffnete igarische Macht gegeben hätte. Und nie hätten sich die Großmächte aus Furcht, aß die kleinen Verbündeten auf eine mehr rückwärts gesteckte Grenze auf ren Befehl nicht zurückgehen werden, diesem status quo fügen müssen.

* * *

Kein Staat hat so viel Land (67,8 %), so viel Bevölkerung (59 %) und kein olk so viel seines eigenen Stammes (30 %) verloren wie wir. Unsere Verstliste ist in mehreren Werken publiziert worden. Wenn man diese durchlättert und die verschiedenen Zahlen vergleicht, wird man sogleich sehen, aß wir nicht nur zahlenmäßig viel verloren haben, sondern daß sich die verhiedenen Verhältnisse, die Wirtschaftszweige so verschoben haben, daß wir nsere Wirtschaft auf eine ganz andere Basis umstellen müssen. (Abb. 7.)

Das mittlere Donaubecken ist eine geographische Einheit, weil es einen rößtenteils scharf ausgeprägten Grenzgürtel und ein scharf ausgeprägtes Zenum hat. Es ist eine vollkommene geographische Einheit, weil innerhalb rer Grenzen die Teillandschaften und ihre wirtschaftliche Ausstattung sich armonisch ergänzen.

Das zentrale Tiefland und besonders seine klimatisch beständigere, feuchere Peripherie, sowie das kleine westliche Tiefland sind die exportfähigen Erzuger der landwirtschaftlichen Produktion. Aber sie regenerieren und eränzen ihren Viehstand, sie beziehen Futter und sie gebrauchen sommerliche rbeitskräfte aus den peripherischen Hochländern. Diese Hochländer liefern ich fast alles Holz, das ganze Bau- und Brennholz, sie liefern überhaupt die eisten Rohmaterialien der Industrien. Diejenigen Industrien, die sich nach en allgemeinen Gesetzen der Industriesiedlung der Fundstätte des Rohmaterials npassen, befinden sich denn ebenfalls in den peripherischen Hochländern. Vährend jene Industrien, die die Marktlage suchen, sich dem Zentrum nähern. er Handel hat sich dann den konvergierenden Handelsstraßen gemäß ganz ntral in der Hauptstadt entwickelt.

* * *

Aber besser als eine allgemeine Beschreibung, die ich hier nicht genügend itwickeln kann, werden einige zahlenmäßige Beispiele die Sache klar machen.

Unser Staat hat fast 68 % seiner Fläche, dem gegenüber aber nur 59 % iner Bevölkerung verloren. Die Volksdichte hob sich dadurch von 64·6 if 82·1 und wurde dichter als jene Frankreichs oder Dänemarks. Das Veraltnis der Bevölkerung der Hauptstadt zum ganzen übrigen Lande verschob ch von 1 : 17 auf 1 : 6. Die Versorgungsfrage wird daher schwieriger — wie hwierig, das wird man erst erkennen, wenn ich hervorhebe, daß aus klima-

tischen Gründen eben jene Teile des Tieflandes die fruchtbarsten sind, die a der Peripherie, besonders an der südöstlichen Peripherie gelegen, Serbien un Rumänien zugesprochen worden sind.

Ein anderes Beispiel: wir haben 83 % unseres Roheisens verloren, fast ge nau 50 % unserer Eisenwerke, aber nur kaum 18 % unserer Maschinenfabriken Das hängt mit dem oben angeführten Gesetz der Industriesiedlung zusammen Die Zahlen sprechen für sich.



Noch eines: wir haben über 50 % unserer Schweine behalten, aber nu 35 % unserer Maisanbaufläche. In dem einen oder anderen mußte also ein Verschiebung eintreten, und solche Verschiebungen ziehen weite Kreise.

Wir haben auch über 84 % unserer Wälder und über 97 % unserer Tanne wälder verloren. Man bedenke die Verschiebungen, die das in der Beschaffun der Bau- und Brennmaterialien verursacht. Noch eine Zahl wird das vera schaulichen. Unsere per capita Brennholzproduktion war vor dem Krieg 2·26 und ist heute 0·16 q.

Es gibt Hunderte von solchen Beispielen, denn es gibt kein Teilfeld unser Wirtschaft, in dem sich die Verhältnisse nicht verschoben hätten.

* * *

Das Trianoner Friedensdiktat wurde unterschrieben und ratifiziert, weil wir ine kleinasiatische Wüste hatten, wie die Türkei, die hinter dieser das vresdiktat zurückweisen und dann als erster einen nach Recht und Moral ieden nennbaren Vertragsabschluß erreichen konnte. Es klingt paradox — er ich glaube behaupten zu können — daß die krasse Unwissenheit und e Maßlosigkeit der Bedingungen die Unterzeichnung und Ratifizierung er- ichtert haben, denn der gesunde Menschenverstand verbat, ihnen auch nur ne übergangsweise Stabilität zuzusprechen.

* * *

Für die ersten Jahre der Nachkriegszeit ist es schwer, und wird es für den istoriker auch immer bleiben, die Folgen der Materialverwüstungen des rieges, der subversiven Propaganda, der Kriegsmüdigkeit und ihrer Reak- onen, der Revolutionen und aller seelischen und sozialen Erschütterungen, er territorialen, der wirtschaftlichen und der sozialen Verschiebungen, der nanziellen Gleichgewichtsstörungen und der Zwangswirtschaft auseinanderzu- alten. Das gilt für alle Staaten. Und die Regierungsmaßnahmen sind an- ngs planlos incidental; nur langsam tasten sie sich zu einem einheitlichen rogramm vor. Wir erreichten dieses Stadium erst unter dem Kabinett ethlen.

* * *

Ungarn hat einen besonders schweren Stand. Durch die Verbindung mit m österreichischen Kaiserreich war es weltabgeschnitten und weltfremd ge- orden. Obwohl ein tausendjähriger Staat Europas, hat es seine weltpoliti- hen und Welthandelsbeziehungen ebenso von vorne an anzuknüpfen wie etwa e ganz neue Tschechoslowakei, nur als Besiegter unter weit schwierigeren mständen.

Unsere beiden größten Unglücke, Verstümmelung und Bolschewismus, ben eine starke christlich-nationale Reaktion gezeitigt. Der Nationalis- us, der bei uns immer stark war, bedarf keiner Erklärung. Er wurde noch gefacht dadurch, daß gerade seine Hauptträgerin, die Mittelklasse, am eisten litt diesseits und jenseits der neuen Grenzen, und aus den neuen chbarstaaten viele Hunderttausende gequält und ausgeraubt nach Rumpf- garn gejagt wurden.

Christlich war die Reaktion, weil die Führer des Kommunismus wie des rbereitenden Radikalismus weit überwiegend Juden waren. — Die Juden- ge ist auch eine Assimilationsfrage. Wir hatten seit Jahrhunderten ein sich similierendes, national denkendes, wertvoll arbeitendes Judentum. In den zten Dezennien ist aber der Zuzug aus Rußland, Rumänien und Galizien ums Vielfache zu großer geworden. Das unassimilierte, un-, ja sogar anti-

nationale Judentum nahm überhand. Erst zahlenmäßig, dann auch in de wichtigen Berufen, Journalistik, Literatur usw. Sein geschmeidig-militante Kosmopolitismus unterwühlte die Denkungsart der Intellektuellen, untergru die Stützen des Staates. Und in der unmittelbaren Nachkriegswirrenzeit ha sich die Kohäsionskraft des jüdischen Gedankens dem nationalen überlegen ge zeigt.

* * *

Nationale und zugleich christliche Zielsetzung der Regeneration war ei großes Wagnis — sofern ein organischer Prozeß Wagnis genannt werde kann.

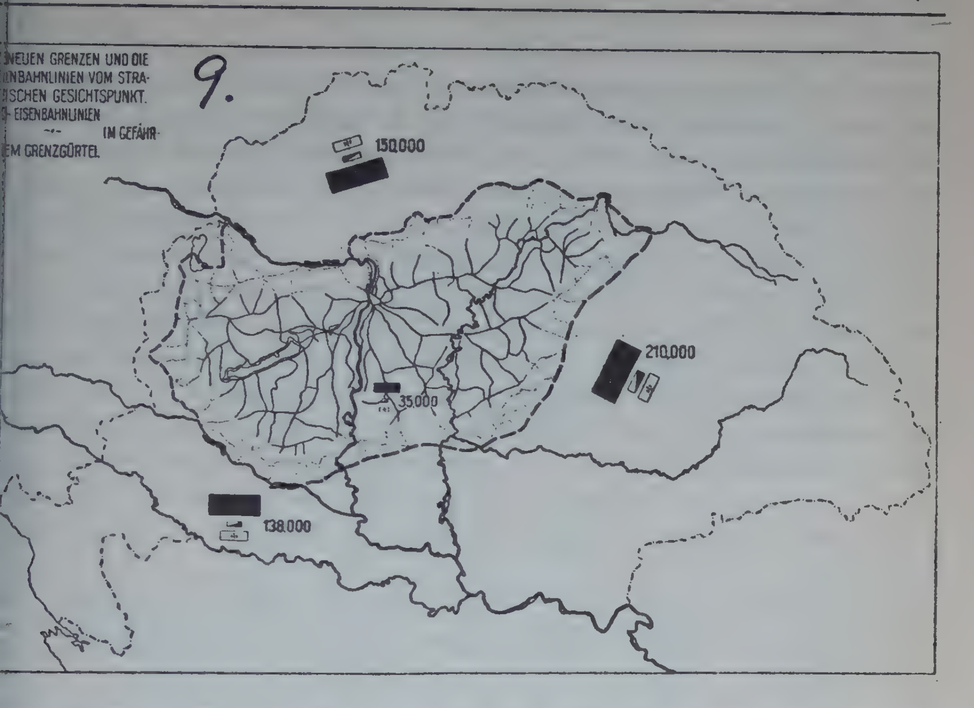
Das hieß die Kampffronten verdoppeln und uns ganz auf die eigenste Kraf verlassen. Das war schwerer, aber heute können wir schon sagen, daß e sich als auch logisch richtig erwiesen hat. Wir haben uns im Anfang di Sache nur unnötig erschwert, indem überlaut schärfere Programme angekün digt wurden und weniger Energie und Aufmerksamkeit für den ruhigen kon struktiven Ausbau übrig blieb. Denselben Fehler haben wir, leicht auf brausend, aber ebenso leicht vergessend und offenherzig, wie wir sind, in Laufe unserer Geschichte oft begangen. Das hat das Spiel der gegen un arbeitenden Propaganda sehr erleichtert — besonders in den Kreisen aus- wi inländischen Judentums. Auf der anderen Seite wurde auch die Klein Entente und deren Rückhalt an ihren großen Verbündeten dadurch gefestigt

* * *

Die Kleine Entente ist überhaupt wegen Ungarn entstanden. Sie ist sozu sagen ein weltpolitisches Ergebnis Ungarns — der historischen Tatsache näm lich, daß sich das Ungartum trotz aller Unbill des Schicksals im Herzen de mittleren Donaubeckens, in der geographischen Kernlandschaft behauptet hat Sie ist — da aus tschechischer Initiative entstanden — ein Beispiel des poli tisch-geographischen Prinzips des übergreifenden Bündnisses. Ein Prinzip, da in der Weltgeschichte manche Beispiele gezeitigt hat, Bündnisse, die meis ungetrübt bestanden, sich aber selten vertieften — denn sie waren „ad hoc“

Alles, was in Ungarn national, alles, was die innige Verbindung von Lan Volk stärkt, und besonders alles, was sie im uralten, naturgegebenen Rahme gestärkt hat, alles, was geographisch, oder historisch-traditional — ist de Kleinen Entente wesenswidrig.

So ist es vor allem der Royalismus, denn sie sieht in ihm ein Stabilitäts und auch ein Expansionselement des nationalen Gedankens, — noch mehr abe der Legitimismus, denn sie sieht in ihm die Tradition, die Gemeinsamkeit de Tradition des naturgegebenen, uralten Rahmens, — oder auch über diese hinaus das Gespenst der Doppelmonarchie. Und es ist charakteristisch, da



chts die Kleine Entente so gefestigt hat, als die von verantwortungslosen atgebern vorbereiteten Rückkehrsversuche Sr. M. König Karls. In genauer enntnis dessen, daß Seiner Majestät Popularität in Ungarn im Steigen war, urde die vorzeitige Auslösung gerne gesehen, — um nachträglich nach außen d innen propagandistisch und wirtschaftspolitisch ausgenutzt zu werden.

* * *

Ungarn hat sich durch die Krise der Nachkriegsjahre durchgerungen. Innere rdnung und politische Stabilität sind wieder hergestellt, wenn auch noch reinzelt Schreckensgespenster der verzweifelten ersten Nachkriegsjahre erneinen. Die Verhältniszahl des Exports zum Import, die von 91,8 % (in 13) auf 39,2 % gesunken war, hat die 90 % schon wieder überschritten. e Krone ist stabilisiert worden, und eine neue Währung wird eben ins ben gerufen. Der Großhandelsindex ist von 23 500 (Dez. 1924) unter 19 000 rückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen (Gewerkschaftsmitglieder) von 38 500 nde Januar 1925) auf 27 500. Die Getreideanbaufläche hat sich dem Voriegsausmaß wieder — etwa um die Hälfte des Rückganges — genähert. Die ohlenförderung aus den uns verbliebenen Bergwerken, die von 63 000 000 q f 48 600 000 q zurückgegangen war, schwankt zwischen 71 000 000 und 000 000 q.

* * *

Die Fülle der für und wider wirkenden Einflüsse macht es überall unmög lich, die Entwickelung in der Nachkriegsperiode zahlenmäßig klar darzustelle Bei uns ist auch noch jeder Vergleich mit Vorkriegszahlenreihen infolge de riesigen Veränderung in Größe und landschaftlicher Zusammensetzung und s des Charakters des ungarischen Wirtschaftsgebietes erschwert.

Die allgemeineuropäischen Schwierigkeiten und die der Besiegten — Zwangs wirtschaft, Inflation, Überkapitalisierung, Schwinden des Betriebskapitals, Ver minderung des Konsums, Kreditknappheit, Konjunkturschwankungen — wi kennen sie alle. Nur haben wir Ungarn, auf kleinem Wirtschaftsraum un künstlich abgesperrt, manches noch stärker verspürt. Die Handelsfremdhei und Unselbständigkeit der Mehrheit unserer Mittelklasse aber hat unser Widerstandskraft besonders gelähmt. War doch gerade der urwüchsigst Mittelstand besonders seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, seit der fast erlös freien Überlassung der Felder an die freiwillig erlösten Leibeigenen, imme mehr im Staatsdienst aufgegangen und hatte den Handel dem Judentum über lassen.

Die Bodenreform hat die Lage nicht erleichtert. Ungarn fällt in den Boden reformgürtel der Osthälfte Mitteleuropas. Unsere Reform ist zwar — i diesem Rahmen — von spezieller Art. Sie dient nicht national- und territo rialpolitischen Zwecken. Sie gibt nicht, um wegzunehmen, sie nimmt nu weg, um geben zu können. Dennoch konnte Demagogie nicht ausgeschalte Härten und Ungerechtigkeiten nicht vermieden werden. Es folgte Unsicher heit und Stillstand aller Investition in den größeren Wirtschaften, Rückfal des Ertrages in diesen wie auf den verteilten Feldern. Die Beliehenen leide Mangel an Betriebseinrichtung — im Werte von über 200 Millionen Gold kronen für rund eine Million Katastraljoch.

Eine Kritik der Entwicklung und ihrer Elemente wird nicht nur durch da unentwirrbare Ineinandergreifen all dieser Momente wie auch sozialer Zu stände und politischer Strömungen erschwert.

Der zur wirtschaftlichen Gesundung von unserer Regierung vorgezeichnet Weg führt über die Wiederherstellung des Staatshaushalts zu jener der Privat wirtschaft. Sie hat dazu auf dem Wege des Völkerbundes eine Auslandsan leihe in Anspruch genommen. Mit einem finanziellen Bruchteil — und de moralischen Hilfskraft — dieser Anleihe hat sie die erste Etappe, die Wieder herstellung des Staatshaushaltes, in erstaunlich kurzer Zeit bewältigt. Nu erst soll der Privatwirtschaft aufgeholfen werden. Inzwischen hat aber dies — zur Aufrichtung des Staates sehr stark herbeigezogen — viel gelitten. E sah fast aus, als wolle man die Milchkuh sterben lassen.

Wir stehen also nicht nur inmitten einer organischen, sondern auch in Übergangsstadium einer programmäßigen organisatorischen Entwicklung.

Aber der Augenschein, das sichtbare Bild des wirtschaftlichen Alltagslebens, bringt jedem Kenner des Landes einwandfrei den Beweis des Wiederaufiegs. Sie haben ihn auch dem, die Entwicklung analytisch wie synthetisch eobachtenden Kontrolleur des Völkerbundes erbracht. Seine Berichte, das nsehen, das sich Ungarn im Finanzausschuß des Völkerbundes verschafft at, und die günstige Notierung unserer Anleihe sind Beweise.

Ein nicht zu unterschätzender Beweis der Gesundung ist auch, daß unsere Reerung nun schon seit fast fünf Jahren im Amte ist. Sie ist derzeit die älteste egierung in Europa. — Das ist auch ein Beweis dessen, daß unter den oft ochgehenden Wellen politischen Kampfes, den Übertreibungen und Fehlern, n Volke der Grundton nüchternen politischen Instinkts obwaltet.

Dieser Instinkt und das Selbstbewußtsein politischer Tradition haben uns uch — so schwach wir sind — vor internationaler Konjunkturpolitik geschützt.

* * *

Gleich nach Kriegsende sprach man — besonders Franzosen — viel von einer onauföderation, so einer Aufwärmung Österreich-Ungarns auf neuer Basis, mit em Schwerpunkt in Prag, also eben im schwächstgefügten, national buntesten Staat. och auch ohne diesen Mangel läßt sich so ein Bau nicht willkürlich schaffen.

Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie — wenn auch aus heterogenen ebilden bestehend — hatte doch Geschichte. Sie wurde durch den monarhischen Gedanken zusammengehalten. Oder sollte es in letzter Zeit wirklich ur seine Verkörperung in der Person S. M. Franz Josephs gewesen sein — es letzten, die Geschicke seiner Länder wirklich selbst leitenden großen uropäischen Monarchen? Seine Staatskunst zeigte keinen Schwung, aber sie atte umsomehr Takt, und darin lag auch ein gut Stück Weisheit.

Ob sich bei anderem Laufe der Dinge sein Bau auch nach seinem Tode ehalten hätte, ist heute eine müßige Frage. Einmal zerfallen, kann die oppelmonarchie jedenfalls nicht wieder zusammengefügt werden. Auch in nderer Form nicht. Besonders aber nicht in einer politischen Einheit der inf Donaustaaten. Staatsrechtlicher Aufbau, politische Denkungsart und potische Moral, soziale Struktur und Kulturniveau sind zu verschieden.

* * *

Durch unsere Gebietsverluste, durch das Bersten des umschließenden österichischen Ringes, den Verlust eines großen zollfreien Absatzgebietes unserer ndwirtschaftlichen Produkte, durch Aufrichtung eigener Zollschranken und urch die Internationalisierung des Donauweges hat sich unsere Lage im ahmen der Weltwirtschaft stark geändert.

Die Verhältniszahlen des Anteils der verschiedenen Staaten an unserem ußenhandel weisen naturgemäß auf eine größere Freiheit der Bewegung.

	Anteil an Ungarns Außenhandel in Prozent	
	1909/13	1924/25
Österreich (Bosnien)	74,5	—
Deutschösterreich	—	22,5
Tschechoslowakei	—	25
Rumänien	2,2	8
Serbien-Jugoslawien	1	3,5
Deutschland	9	14
Italien	1,1	4,5
Schweiz	0,5	4
England	1,8	3
Frankreich	1,2	1,5
Holland	0,3	1
Polen	—	5
Rußland	0,7	—
Vereinigte Staaten von Amerika	2	2,5

Die Stabilität und Realität dieser Freiheit hat sich jetzt erst zu erweisen. Österreich und die Tschechoslowakei zusammen umgürten Ungarn ebenso, wie früher das österreichische Kaiserreich es tat. Nur sind die Verhältnisse von Größe, Volkszahl und geographischer Energieverteilung noch ungünstiger. Unsere beiden Nachbarn haben ihren Vorteil längst erkannt und arbeiten sich bei den Handelsvertragsverhandlungen in die Hände.

Die freie Donau öffnet zwar eine schmale Pforte, dafür aber eröffnet sie unserem Weizen eine schwere östliche Konkurrenz. Und der Verlust zollfreier Absatzgebiete — der eigenen und österreichischen Berglandschaften — bedroht arg unsere größte Industrie, die Mühlen, da bekanntermaßen schon kleine Differenzen in den Zollsatzrelationen zwischen Korn und Mehl vernichtend wirken können.

Unser autonomer Zolltarif ist am 1. 1. 1925 ins Leben getreten. Seine Gesamtwirkung ist infolge des schweren Krisenzustandes unserer Privatwirtschaft nicht zu beurteilen.

Jetzt stehen wir mitten in der Periode der Handelsvertragsabschlüsse. Mitte September 1925 trat der erste — der mit Polen in Kraft. Es folgten die mit Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich. Mit den meisten europäischen Staaten haben wir Meistbegünstigungsverträge.

Schwieriger als die anderen gestalten sich die Abschlüsse mit den Nachbarn, besonders mit den Staaten der Kleinen Entente, weil sich in diesem Falle sowohl in die Materie selbst als in die Taktik der Verhandlungen politische Momente mischen.

Die Gründe dafür liegen nicht nur in heutigen Willensakten, sondern hauptsächlich in der Lage, die die Friedensdiktate geschaffen haben. Politischer und wirtschaftlicher Unsinn ist da ineinander verwoben und kann zufriedenstellend nur zusammen — durch die Revision der Friedensverträge — abgeschafft werden.

Handelsverträge können und müssen aber auch bis dahin abgeschlossen erden. Und trotz Widerstrebens der Gefühle haben wir zuerst eine Verändigung mit der Tschechoslowakei gesucht und dann — noch auf der Konrenz von Genua — Handelsverträge zwischen den sogenannten Successionsaaten vorgeschlagen.

* * *

Der Güteraustausch zwischen den Landschaften des mittleren Donaubeckens t vielfach zum Außenhandel geworden. Ungarn braucht das Holz, das Eisen, e Erze und das chemische Rohmaterial der Bergländer, auch wenn es seine dustrie im Sinne der Bodenständigkeit spezialisiert. Österreichs und der schechoslowakei vielseitig differenzierte, aber auf dem Geschmack und die edürfnisse der Völker des mittleren Donaubeckens zugeschnittene Industrien önnen den ungarischen Markt nicht entbehren. Sie brauchen auch das ngarische Getreide. Der Kampf kann nur um die Form gehen: Mehl oder etreide. — Auch die ungarische Industrie und ihre alten Absatzgebiete sind ıfeinander angewiesen. Das im Verhältnis fünfzehnfache Anwachsen des Handels it Rumänien trotz der Maßregeln absperrender Tendenz ist ein Beweis. Handelsverträge mit all diesen Staaten werden nichtsdestoweniger immer ürrogate bleiben. Die kürzlich erfolgte Überschwemmungskatastrophe — olge der Waldraubwirtschaft und der Verwahrlosung des hydrographischen ienstes an den heute rumänischen Oberläufen der Flüsse — ist nur ein eispiel. Aber ist ein unleugbarer Beweis, daß die von den Friedensdiktaten eschaffenen Mißstände nicht vorübergehender Natur sind und durch gewöhnche Maßregeln — auf dem „status quo" — nicht zu beseitigen sind.

* * *

Auch unser Beitritt zum Völkerbund ist hauptsächlich aus wirtschaftlichen ücksichten erfolgt. Und in dieser Hinsicht hat er uns auch genützt. Nicht sehr die Anleihe; haben wir sie doch zur Sanierung der Staatsfinanzen aum in Anspruch genommen. Aber die Reparationsfrage wurde auf Zeiten erschoben, in denen normale Denkungsart in Europa wiedergekehrt sein wird. nd die ganze Aktion brachte uns nach innen die Finanzkontrolle, einen wirkmen Verbündeten der Regierung in der Durchführung ihrer notgedrungen rausamen Sanierungsaufgabe — nach außen erhöhtes Gehör am Forum, geeigertes Interesse des Auslandes — und dadurch, nach Gelingen der Sanieng, Steigen der Kreditfähigkeit von Staat und Privatwirtschaft. Für all dies ußte vieles andere, Schwerwiegenderes mit in Kauf genommen werden.

Der Völkerbund ist der Bund der Sieger. Seine Konstruktion garantiert das, ihm Besiegte und Neutrale beitreten oder nicht. Der Beitritt bedeutet eine veite Ratifikation der Friedensverträge, — eine den Siegern willkommene, ja

notwendige und erstrebte, weil anscheinend freiwillige Ratifikation. Die Hoff
nung der Revision ändert daran nicht viel. Die Mitwirkung wird zur morali
schen Last, weil dem Todesurteil von Stammesgenossen stillschweigen
assistiert werden muß. Wird ja doch von den führenden Staatsmännern offe
erklärt, daß die Minoritätenschutzverträge ein Werkzeug zur langsamen Ver
nichtung der Minoritäten sind.

Der Schutz der unterdrückten Stammesbrüder mag ja nun keine Staatsauf
gabe sein, — er ist aber eine hehre Pflicht der Nation, eine Selbstverständlich
keit, ihre Selbstbejahung. Im Völkerbund sitzen aber keine Völker, sonder
nur Staaten, Regierungen. — Von Deutschlands Beitritt verspricht man sic
in Ungarn viel, besonders da Deutschland Mitglied der mächtigeren un
lebendigeren Körperschaft, des Rates, wird.

Locarno kann, wenn dort gesprochene Worte zu aufrichtiger innerer Über
zeugung werden können, wirklich den Anbruch einer neuen Zeit bedeuten
Ob dies erfolgt oder ob Locarno nur eine veränderte Form der Friedensdiktat
bleibt, — es führt auch zur Frage der Donauländer. Das ist unsere Frage. Wen
der Moment kommt, wird Frankreich genug Objektivität, wird England Interess
an einer dauerhaften Lösung, wird Deutschland schon genug Einfluß haben

* * *

Für jeden der im ungleichen Kampfe besiegten Staaten ist es schwer z
entscheiden, wie seine weltpolitische Lage stärker ist — durch den Beitrit
oder außerhalb des Völkerbundes.

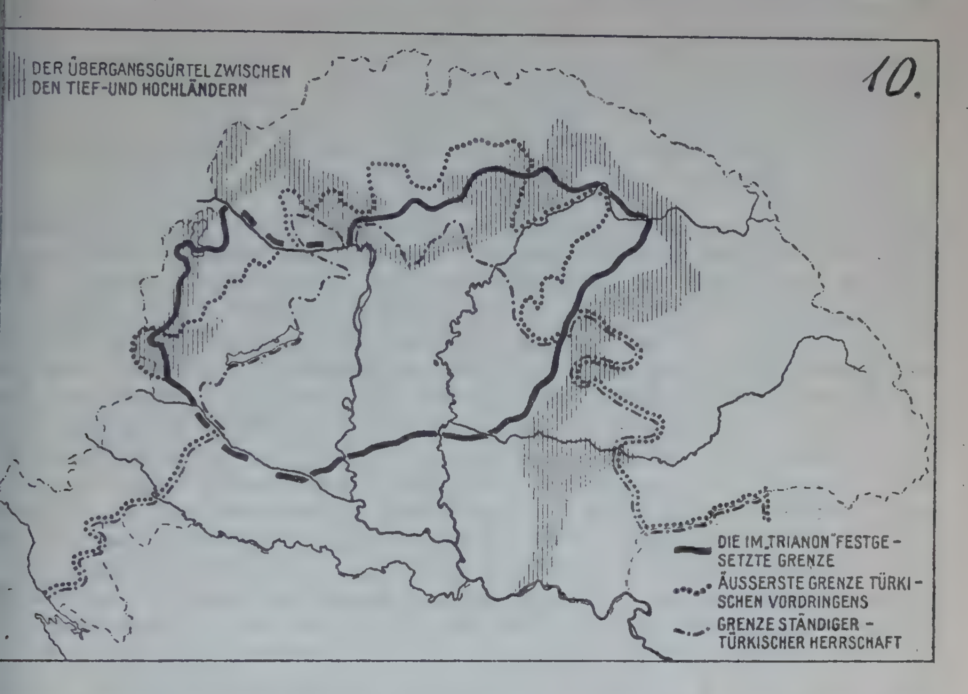
Die Zukunft Europas und der weltpolitischen Lage aller seiner Staaten häng
von zwei, nicht einmal ganz voneinander zu trennenden Fragen ab: de
Bolschewisierung und der Alternative Siegerbund oder Völkerbund.

Ungarn ist heute kein Machtfaktor. Es kann die Hand an Europas Steue
nicht mit anlegen. Aber als moralischer Faktor kann es — so die Zeit e
erlaubt — an einer besseren Zukunft mitarbeiten. Es kennt beide Gefahren
Es hat den Bolschewismus gekostet, und Millionen seines Volkes kennen auc
die Knechtschaft. Seine innere Kraft bezeugt die schnelle Wiedererhebun
aus so großer Tiefe des Zusammenbruchs, die Energie, mit der es die gefähr-
lichsten Gifte seiner Krankheit, den Eiter seiner Wunden, aus sich ausmerzt

* * *

Ich kehre zu meinem Ausgangspunkt zurück.

Ungarn ist — als Trianon-Ungarn — geographisch, historisch und politisc
ein willkürlicher, von fremder Willkür und fernem Zufall geschaffener Begriff
Die geographische Tatsache kann ich nicht besser beleuchten als mit Henry
Lavisse's Worten über Brandenburg: „on ne fait pas une patrie d'un morcea
de plaine".



Eine historisch-geographische Parallele drängt sich auf. Ungarn besitzt heute [m]it einer einzigen nennenswerten Erweiterung im WNW jenes Gebiet, [da]s es einst an die Türken verloren hatte. Der historische Begriff ist aber, [w]ie ich ihn zu Anfang faßte, „die innige Verbindung von Land und Volk". [D]ie Parallele wird zum Gegensatz. Zur Türkenzeit ein Keil, ist das Tief[la]nd heute Kernland. Es ist aber auch das Stammland, — das Savannenland, [in] dem die Verbindung von ungarischem Volk und Land wirklich innig ist. [D]as sind die historischen Tatsachen, — eine neue und eine alte. Wir sind [au]f den Kern des Stammlandes gedrängt, wie es Assyrien auf die frucht[ba]re Ebene an Tigris und beiden Zab's zweimal war im Laufe seiner ruhm[re]ichen Geschichte.

Die politische Grundtatsache ist diese Auffassung der historisch-geographischen [L]age. Kein starres Haften an der Form, in die der ungarische Staatsgedanke [vo]r dem Kriege gekleidet war. Das wäre Utopie. Aber ein Sich-Widersetzen [ge]gen künstliche Stärkung ephemerer Gleichgewichtszustände.

Denn auch eine Realpolitik muß weitschauend sein.

Anmerkungen

[1)] Priv.-Doz. Dr. F. Fodor: Wirtschaftsgeographie Ungarns. Budapest 1924. (Ung.)

2) Tagányi: Alte Grenzschutzvorrichtungen und Grenzödland. Ungarische Jahrbücher, Berlin, 1922. I. S. 105.

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Die geopolitische Sonderstellung des Deutschen Reiches beruht im wesent
lichen auf der allseitigen Offenheit der Grenzen und dem Umrahmtsein vo
mächtigen, durchweg zur Expansion geneigten Staatswesen. Im Osten fühl
sich die russische Volkheit genau wie früher als Träger einer Weltmission
hielt man sich einst für berufen, der ganzen Welt wahrhaftes Christentum
reine Menschlichkeit zu bringen (Dostojewski, Tolstoi), so meint man jetzt
der Welt notfalls mit Feuer und Schwert eine wahrhaftig soziale Gerechtig
keit bescheren zu müssen. Im Süden erwacht innerhalb der jungen italie
nischen Nation das heißblütige Streben, die Erbschaft des alten Rom anzu
treten und über den eigentlichen italienischen Lebensraum hinaus nicht nu
nach Nordafrika, Vorderasien und dem Balkan, sondern auch nach Norde
über die tiefgescharteten, leichtgangbaren Alpen auszugreifen. Jenseits de
Rheins bewahrt sich die französische Nation bis in unsere Tage die alte gallisch
romanische Ruhm- und Eroberungssucht, die sich an immer neuen Erfolge
berauschen muß, um sich den élan frisch zu erhalten. Die Briten endlich
„the Lord's people" (Cromwell), müssen Deutschland so lange stark in ihr
politische Rechnung stellen, als sie sich ihren Anteil am mittel- und osteuro
päischen Markt sichern und gleichzeitig jede ihnen bedenklich scheinend
Machtkonzentration auf dem Festland verhindern wollen. Nur von Norde
her droht Deutschland heute keine nennenswerte Gefahr mehr, nachdem i
18. und 19. Jahrhundert die Expansionsgelüste von Dänemark und Schwede
endgültig überwunden worden sind.

Für ein derartiges, im Schnittpunkt starker geopolitischer Kraftlinien ge
legenes und von der Natur nicht irgendwie geschütztes Staatswesen w
Deutschland ergeben sich mithin nur zwei Möglichkeiten einer erfolgreiche
politischen Zielsetzung;

1. machtpolitische Beherrschung des gesamten Kontinents vom deutsche
Zentralraum aus;

2. aufrichtig friedfertige Bündnispolitik nach allen Seiten mit dem Ziel
sich als ehrlicher Makler Europas eine geachtete und ausschlaggebende Stellun
zu schaffen und Deutschland im Falle eines Konfliktes seiner zahlreiche
Nachbarn die Neutralität zu sichern, soweit das durch Verträge irgend zu e
reichen ist.

Eine dritte Möglichkeit kommt in der Tat nicht in Frage, wenn Deutsc
land nicht Gefahr laufen will, von neuem das Schlachtfeld Europas zu werde

Es ist vielleicht der stärkste Ausdruck für die politische Genialität Bismarck
daß er, als Deutschland unter seiner Führung den Höhepunkt der mach
politischen Entfaltung erreicht hatte, niemals an die Beherrschung Europ
dachte, auch das verführerische „Der Starke ist am mächtigsten allein" ste
von sich wies und statt dessen auf die Sicherung des Friedens durch ei
wohlüberlegte, allseitige Bündnispolitik hinarbeitete.

Nachdem wir durch das Friedensdiktat von Versailles unserer Wehrmacht so
t wie ganz beraubt worden sind, versteht es sich für jeden nüchtern ur-
lenden Deutschen von selbst, daß uns gar kein anderer Weg als friedfertige
ndnispolitik übrig bleibt. Sowohl passiv (Abwehr weiterer fremdstaatlicher
ngriffe) wie aktiv (Ersatz des Versailler Diktats durch einen wirklichen
ieden, Vereinigung aller räumlich zusammenhängend gesiedelten Deutschen
dem großdeutschen Nationalstaat) ist mit Säbelrasseln und Machtandrohung
chts getan; lediglich gütliche Vereinbarungen können uns Schritt für Schritt
m Ziel unseres festen Wollens näherbringen.

Im Geiste dieser Auffassung haben wir uns an dieser Stelle freimütig gegen
e Locarno-Politik ausgesprochen, weil uns erstens die einseitige Orientierung
ch Westen bedenklich schien und zweitens die Locarno-Bündnisse unseres
achtens nicht geeignet sind, der deutschen Nation unbedingte Sicherheit
d Gerechtigkeit zu gewährleisten. Unter allen Umständen aber begrüßen
r es aufrichtig, daß die Reichsregierung nunmehr auch den Weg nach Osten
funden hat. Der am 24. April in Berlin unterzeichnete Deutsch-russische
ertrag ist im Wortlaut in allen größeren Tageszeitungen veröffentlicht
orden und kann füglich als bekannt vorausgesetzt werden. Nur einige be-
nders wichtige Bestimmungen des Vertragstextes und der Begleitnoten seien
er wiederholt:

„Sollte eine der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von
ner dritten Macht oder von mehreren Mächten angegriffen werden, so
rd der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Kon-
ktes Neutralität beobachten.

Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch
einer Zeit, in der sich keiner der vertragschließenden Teile in kriegerischen
erwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem
wecke geschlossen werden, gegen einen der vertragschließenden Teile einen
irtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich
r andere vertragschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

Sollten, was die deutsche Regierung nicht annimmt, im Rahmen des Völker-
ndes irgendwann etwa Bestrebungen hervortreten, die im Widerspruch mit
ner grundlegenden Friedensidee einseitig gegen die Union der sozia-
stischen Sowjetrepubliken gerichtet wären, so würde Deutschland
rartigen Bestrebungen mit allem Nachdruck entgegenwirken.

Die deutsche Regierung geht davon aus, daß diese grundsätzliche Einstellung
r deutschen Politik gegenüber der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
ch nicht durch die loyale Beobachtung der Verpflichtungen beeinträchtigt
erden kann, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völker-
und aus den Artikeln 16 und 17 der Völkerbundssatzung über das Sanktions-
rfahren ergeben würden. Nach diesen Artikeln käme ein Sanktionsver-
hren gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, abgesehen von
eiteren Voraussetzungen, nur dann in Betracht, wenn die Union der sozia-
stischen Sowjetrepubliken einen Angriffskrieg gegen einen dritten Staat
öffnete. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Frage, ob die Union der so-
alistischen Sowjetrepubliken bei einem bewaffneten Konflikt mit einem dritten
aat der Angreifer ist, mit bindender Wirkung für Deutschland nur mit
essen eigener Zustimmung entschieden werden könnte und daß somit eine

in dieser Hinsicht etwa von anderen Mächten gegen die Union der sozialistisch Sowjetrepubliken erhobene, nach deutscher Ansicht nicht berechtigte Beschu digung Deutschland nicht zwingen würde, an irgendwelchen auf Grund d Artikels 16 eingeleiteten Maßnahmen teilzunehmen."

Warum dieser Berliner Vertrag in den Kreisen der Locarno-Mächte u namentlich in Frankreich anfangs so große Entrüstung hervorgerufen hat, i schlechthin unverständlich. Hatten die Russen etwa doch recht, wenn s den beabsichtigten Locarno-Bund als eine Verschwörung gegen das ne Rußland, den Beginn einer abermaligen Einkreisungs-Aera ansahen?

Jeder unvoreingenommen Urteilende muß anerkennen, daß der Berlin Vertrag durchaus vom Geiste der Friedfertigkeit und Völkerversöhnung g tragen ist und den berechtigten Interessen beider Parteien entspricht. Ruf land darf nun sicher sein, daß sich Deutschland niemals dazu hergeben wir als Aufmarschgebiet der Entente gegen Rußland zu dienen, sofern nic Rußland selbst den Angriffskrieg eröffnet. Umgekehrt erhält Deutschlan die Gewißheit, im Falle eines Konfliktes mit dem Westen nicht wieder eine Zange genommen zu werden. Deutschland, das sowohl politisch w wirtschaftlich als auch kulturell vom Westen wenig erhoffen darf, hat sic den ihm gemäßen Weg nach dem Osten gebahnt. Glückt es, den Vertra nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach restlos zu ve wirklichen, so wird die deutsch-russische Zusammenarbeit für die Zukun unseres Vaterlandes zweifellos von größter Wichtigkeit werden. Wir denke nicht so sehr an eine machtpolitische Kooperation zwischen dem Herzlan Europas und dem Riesenstaat im Osten; wir denken auch nicht blos an d Möglichkeit, die darniederliegende deutsche Wirtschaft durch Aufträge a Rußland wieder in Gang zu bringen; was wir vor allem von dem Berliner Ve trage erhoffen, ist die Bildung eines deutsch-russischen Blockes, der im Geis aufrichtiger Völkerversöhnung die ihm seelisch nahestehenden Volkheite Mitteleuropas anziehen und zu einem größeren politischen Raumorganismu formen kann. Zukünftige Geschlechter werden Deutschland einmal Dan dafür wissen, daß es Rußland vor der einseitigen Orientierung nach Asie hin bewahrte und für die Gemeinschaft des noch nicht ganz mechanisierte noch nicht ganz seelenlos gewordenen Mitteleuropa erhielt. Zu irgendwelche Besorgnissen bietet der Berliner Vertrag und der in Aussicht genomme allgemeine deutsch-russische Schiedsgerichtsvertrag wirklich keine Veranlassun Ganz richtig urteilt der „Manchester Guardian" (19. April):

„In no event can Germany be prevented from coming to a political unde standing with Russia. And the only way to turn the edge of any possib danger in such an understanding is to make her at the earliest possib moment a member of the League with the full status which she w unconditionally promised at Locarno."

Daß sich Rußland ernstlich bemüht, in den Kreis der europäischen Gro staaten stärker als bisher einbezogen zu werden, erhellt u. a. aus dem Abkomme der Sowjetbehörde mit der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft. Vo 16. Mai 1926 ab wird der direkte Personenverkehr von Paris übe Ostende, Brüssel, Düsseldorf, Dortmund, Berlin, Posen, Warscha Riga, Smolensk, Moskau, Samara, Omsk, Irkutsk und Tschita nac Wladiwostok wieder eröffnet werden. Der Eurasien dunkquerende Expre

ır ein einmaliges Umsteigen in Riga vorgesehen ist, wird die Fahrt von bei dem aris nach Wladiwostok in 13 Tagen zurücklegen. Der Zug wird mit Spiel- ıd Baderäumen versehen sein, ein weiterer Wagen ist für sportliche Be- tigung bereitgestellt; überdies führt jeder Zug eine umfangreiche Bibliothek sechs Sprachen mit sich. Jeden Mittwoch wird von Paris und jeden onnerstag ein solcher von Wladiwostok abgehen. Von Charbin wird je eine erbindung über Mukden, Peking nach Hankow und über Korea mit ährbetrieb nach Nagasaki eingerichtet werden.



Auf der anderen Seite ist das Mißtrauen Rußlands gegenüber den Entente- taaten Westeuropas noch immer keineswegs überwunden. Wie fest in Ruß- and die Vorstellung von der geplanten Einkreisung des Sowjetstaates durch lie Entente wurzelt, zeigte sich bei den Beratungen des Exekutivkomitees

in der Mitte des Monats April. Man verkündete ein Gesetz, wonach die Sowjetunion das ganze Gebiet nördlich der russischen Küste bis zum Nordpol, soweit es noch nicht als anderen Mächten gehörend von der Sowjetunion anerkannt worden ist, als russisches Gebiet ansieht. In der Begründung dieses Gesetzes heißt es kennzeichnenderweise, man sei zu diesem Schritt gezwungen, weil „die imperialistischen Mächte Polargebiete annektieren wollen, die ihnen einen militärischen Zugang nach Sowjet-Rußland ermöglichen". Das Beispiel der Engländer in der Antarktis hat also schnell Schule gemacht. Die Polargebiete hören im Zeitalter des Flugzeuges rasch auf, glückseliges Niemandsland zu sein. Es steht zu erwarten, daß die Nordamerikaner nun auch in Bälde zu einem ähnlichen Mittel greifen, nachdem Oberstleutnant Byrd den Nordpol noch vor Amundsens „Norge" überflogen hat.

Während wir durchaus das Gefühl haben, daß der Berliner Vertrag auch von Seiten Rußlands unbedingt ehrlich gemeint ist, können wir die gleiche Überzeugung hinsichtlich der Westmächte und des unglückseligen Locarno-Paktes auch jetzt noch immer nicht aufbringen. Für uns ist und bleibt der letzte Prüfstein für unbedingte Aufrichtigkeit die Revision des Versailler Diktats und die Zustimmung der Entente zum Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. Ohne Erfüllung dieser Forderungen gibt es keinen Frieden in Europa, ohne Eingehen auf diese deutschen Wünsche kann die Entente niemals das Vertrauen Deutschlands erringen. Aber können es die Westmächte ernst meinen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch uns gegenüber, wenn sie dieses Recht in der ganzen Welt mit Füßen treten, falls ihre selbstsüchtigen Absichten dies erfordern?

In Nordafrika hat der „Geist von Locarno" die Feuerprobe absolut nicht bestanden. Die Friedensverhandlungen zwischen der französisch-spanischen Kommission und den Beauftragten Abd el Krims sind abgebrochen worden, das mörderische Ringen in den Bergen des Rifs nimmt seinen Fortgang. Was in aller Welt haben Franzosen und Spanier hier zu suchen? Mit welchem sittlichen Recht erstreben sie die Unterwerfung der Rif-Kabylen? Aus welchem Grunde verwehren sie dem kleinen, tapferen Bergvolk das, was sie bei anderer Gelegenheit fortwährend als das angebliche Leitmotiv ihrer Politik verkünden: Selbstbestimmungsrecht? — Gewalt geht vor Recht! Niemand kann es den Unterhändlern des Rifs verdenken, daß sie die unerhörten Bedingungen der Franzosen und Spaniern ablehnten. Hier und da werden jetzt überdies Stimmen laut, die die Verhandlungen von Uschda als bloße theatralische Geste der Alliierten hinstellen. Die französischen und spanischen Offiziere, so heißt es, haben die Friedensbesprechungen absichtlich scheitern lassen, weil sie sich die Gelegenheit zur Ausfürung der sorgsamst vorbereiteten Offensive nicht entgehen lassen wollten. Der Drang nach gloire ist eben stärker als der Wille zur Gerechtigkeit und das Streben nach einer neuen Weltordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts.

Wer den Paradereden von Genf und Locarno bislang mehr Wert beigelegt hat als wir und an eine grundsätzliche Umstellung der Entente-Politik glaubte, muß über die letzten Vorgänge in Abessinien geradezu entsetzt sein. Dieser letzte unabhängige Staat auf dem Boden des Kolonialkontinents — Liberia muß faktisch als Anhängsel der nordamerikanischen Union gewertet werden — wird bekanntlich von drei europäischen Staaten heiß „umworben": Groß-

itannien, Frankreich und Italien. Durch den Vertrag von 1906 verpflichteten ch diese Mächte, die Integrität Abessiniens unbedingt zu respektieren. Der Vortlaut des Vertrages war absichtlich dunkel gehalten und konnte nur not-irftig die Rivalität der drei auf Interessensphären in Abessinien hinzielenden olonialstaaten verhüllen. Frankreich hat sich seit Jahrzehnten einen starken irtschaftlichen und politischen Einfluß im Lande des Negus gesichert und offt, von Dschibuti aus allmählich den gesamten Handel Abessiniens zu be-errschen. Italien hat trotz der furchtbaren Niederlage von Adua (26. Oktober 896) den Plan einer Festsetzung in Abessinien, einer „Abrundung und Er-nzung" seiner Kolonien Eritrea und Somaliland niemals aufgegeben. Für ngland endlich spielt Abessinien eine große Rolle, weil hier das Quellgebiet



es Blauen Nils gelegen ist und somit alle wasserwirtschaftlichen Unterneh-nungen im englisch-ägyptischen Sudan letzten Endes von der Fügsamkeit bessiniens abhängen. In klarer Erkenntnis des seinem Lande drohenden chicksals beantragte der abessinische Prinzregent Ras Tafari im Jahre 1923 e Aufnahme seines Staates in den Völkerbund. Großbritannien sprach sich us naheliegenden Gründen energisch dagegen aus, Frankreich ebenso ziel-ewußt dafür. Trotz aller englischen Schikanen drang Abessinien mit einem Antrag durch und wurde in aller Form als Glied des Völker-undes aufgenommen. Indessen auch dieser Schachzug des abessinischen Herr-chers wird sein Land vor der Aufteilung in Interessensphären kaum retten. bessinien liegt ja ganz weit ab, und fast alle Staaten der Welt sind vollauf nit sich selbst beschäftigt. Unter diesen Umständen, so hofften augenscheinlich

die britisch-italienischen Imperialisten, wird es nicht weiter auffallen, wenn im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Großen von Genf dem kleinen afrikanischen Bruder im Völkerbund das Fell über die Ohren ziehen. Natürlich — im Geiste von Locarno! Im April 1926 haben Großbritannien und Italien einen Vertrag geschlossen, nach dem Italien das ausschließliche Recht Großbritanniens auf das Quellgebiet des Blauen Nils und die wasserwirtschaftliche Nutzung des Tana Sees anerkennt, England dafür das östliche Abessinien als italienische Interessensphäre erklärt und seine Zustimmung zu einer „territorialen Verbindung der italienischen Kolonien in Ostafrika" erteilt. Frankreichs Belange in Abessinien werden von diesem britisch-italienischen Vertrag schwerlich respektiert; man hat Frankreich zu den Verhandlungen überhaupt nicht zugezogen, sondern sich darauf beschränkt, nach Abschluß des Vertrages diesen zur Kenntnis der französischen Regierung zu bringen! Was für Konzessionen wird man Frankreich auf dem Kontinent (Deutschland!) gewähren, um die Pariser Machthaber über den beabsichtigten Ausschluß aus Abessinien hinwegzutrösten?

Das britisch-italienische Vorgehen in Abessinien ist in doppelter Beziehung höchst beachtenswert. Zunächst um der grundsätzlichen Bedeutung willen. Was nutzen alle Phrasen im Völkerbund, welchen Wert besitzen die Redensarten von dem „Weltalter der Gerechtigkeit und des brüderlichen Zusammenarbeitens aller Völker", wenn man bei passender Gelegenheit ohne Skrupel zu einer brutalen Macht- und Raubpolitik zurückkehrt? Selbst der „Manchester Guardian" kann nicht umhin, die britisch-italienischen Vertragsbestimmungen zu bezeichnen als „the first steps in the dismemberment of a country whose integrity and independent sovereignty they profess to uphold". Ist die Weltliga ein Bund von Brüdern, so scheint diese Brüderlichkeit einstweilen noch auf jener Stufe „herzlichen Einvernehmens" zu stehen, das uns schon aus dem Zeitalter von Jakob und Esau bekannt ist. — Der zweite Umstand, der den britisch-italienischen Abessinien-Vertrag zu einem wichtigen Ereignis stempelt, besteht darin, daß er uns in nicht mißzuverstehender Weise einen Blick hinter die Kulissen des Völkerbundes gestattet. Im Maiheft dieser Zeitschrift hat Reichsminister a. D. Gothein die Frage aufgeworfen, ob das faschistische Italien seine agressive Politik ohne die Rückendeckung durch mächtige Verbündete durchführen kann. Damit scheint uns in der Tat ein Problem aufgerollt zu sein, das auch bei dem Abessinien-Vertrag wieder in Erscheinung tritt. Offenbar unterstützt England zur Zeit die imperialistische Politik Italiens und will mit Hilfe Italiens Frankreich irgendwie in Schach halten. Nur so können wir uns die aufsehenerregende Tripolisreise des Duce (Mitte April) erklären, nur so erhält der nicht minder bedeutungsvolle Flugzeugbesuch eines der italienischen Minister in Tunis seinen realpolitischen Hintergrund. Die Reden Mussolinis in Tripolis, sein Hinweis darauf, daß das Mittelmeer Roms Meer war und wieder Roms Meer werden wird, mögen natürlich anch in England nicht gerade mit Behagen aufgenommen worden sein. Aber es scheint doch so, als ob wenigstens im Augenblick die englische Politik durchaus mit Mussolini Hand in Hand arbeitet und die italienischen Vorstöße in Nordostafrika ebenso begünstigt wie die Expansion in Albanien (Verlegung der Direktion der albanischen Notenbank nach Rom!) und Vorderasien (Kolonisationsplan in der Gegend von Adalia).

Daß Frankreich durch das Vorgehen der Italiener in Abessinien, Tripolis-
unis und dem nahen Orient aufs höchste beunruhigt wird, versteht sich von
lbst. Aber auch England hat der Sorgen übergenug. Der englische General-
reik ist zwar dank der energischen Haltung der Regierung Baldwin erstaun-
ch schnell zusammengebrochen, indessen die ihm zugrundeliegenden Schwierig-
eiten sind damit keineswegs aus der Welt geschafft. Jetzt gilt es, die Re-
rganisation des englischen Kohlenbergbaus zielbewußt durchzuführen, der ge-
mten britischen Industriewirtschaft eine neue Grundlage zu geben usw.
eben all den vielen innerbritischen Fragen aber erhebt sich gespenstergleich

Abessinisches



Die beiden Verbündeten: „Aber beruhige dich doch, wir wollen dich ja nur vor anderen Bestien schützen!"
Ras Tafari: „Ja, ja, ich kenne euch schon, ihr Beschützer!"

Aus „Kladderadatsch" Nr. 19/79. Jahrg., Anfang Mai 1926.

as gigantische Empire-Problem, das in allen Teilen des riesigen Reiches mit
achsender Leidenschaftlichkeit erörtert wird und so dringend eine irgendwie
eartete Lösung erheischt.

In den letzten Wochen sind in dem Parlament der Südafrikanischen
nion Debatten entstanden, die die Gemüter dort unten gar nicht zur Ruhe
ommen lassen und auch im Mutterland starke Beachtung finden. Die „African
Vorld" behandelt auf vielen Seiten die durch eine Rede Dr. Brookes entstan-
enen Meinungsverschiedenheiten. Brookes hat erklärt, daß die Reichsbindung
ir Südafrika Uneinigkeit und Bürgerkrieg bedeute und infolgedessen lieber

heute als morgen gelöst werden sollte. Er hat es offen ausgesprochen, daß „the Imperial connection has militated against our national unity and retarted the formation of the South African nation. If the Empire has protected us from other Powers, it has involved us in wars with which we, as a people, had nothing to do. Lastly, the Empire, by its frequents acts of unjustice towards the Dutch-speaking White colonists, coupled with its systematic and unwavering justice towards the native races has been responsible for creating in the minds of many South Africans that bitter feeling and hostility to, and prejudice against, the natives which has so enormously complicated our problems". Zu dieser Rede Brookes haben sich dann u. a. General Hertzog, der augenblickliche Premierminister, und General Smuts ausführlich geäußert. Es scheint uns wichtig genug, aus diesen beiden Reden je einen Satz anzuführen. General Smuts: „I regard the British Empire as an organic combination of equal States. There is no super-State, no super-authority. It is a meeting of equals under one Sovereign." — General Hertzog: „I say, we are absolutely free and untrammelled, absolutely independent, just as free as Great Britain herself." Es ist offenbar eben doch nicht ganz einfach, ein ungeheures Weltreich auf die Dauer ohne jede Verfassung zusammenzuhalten! Die Empirefrage wird für das britische Weltreich von Tag zu Tag brennender; man versteht es nur zu gut, daß England sich nach Ruhe sehnt, über den Zusammenbruch des furchtbaren Generalstreiks frohlockt und die Befriedung Europas im Geiste von Locarno herzinniglich herbeiwünscht.

Die Weltlage hat sich für England in den letzten Monaten entschieden nicht verbessert, und die Zukunft wird es noch vor manche schwierige Fragen stellen. Als solche heben wir u. a. das Kalifatproblem hervor. Für den 13. Mai ist der Kalifatskongreß nach Kairo einberufen worden. Wie man hört, beabsichtigen die Mohammedaner die Errichtung eines nach modernen Gedanken radikal reformierten Kalifats. Man will das Kalifat zu einer Vertretung ordnungsmäßig akkreditierter Delegierten der ganzen mohammedanischen Welt umgestalten. Hinter dieser Organisation soll als reale Macht ein Bund der mohammedanischen Staaten stehen. Es bedarf kaum der Betonung, daß die Durchführung derartiger Pläne für alle am Orient interessierten Großmächte und namentlich für Großbritannien von schlechthin entscheidender Bedeutung sein würde.

Ibn Saud, der Führer der Wahhabiten und König von Hedschas, hat nun außerdem noch zu einem panislamischen Kongreß eingeladen, der in Mekka am 2. Juni zusammentreten soll. Selbstverständlich handelt es sich bei der panislamischen Konferenz nicht um einen Gegenschachzug zu dem Kongreß von Kairo, sondern um die Fortsetzung der Debatten und die weitere Ausgestaltung der islamischen Weltorganisation. Formell stellt Ibn Saud die Frage des Schutzes der heiligen Orte in den Vordergrund. Daneben aber wird auch auf dieser Tagung wieder nicht nur die religiöse Seite des Problems, sondern auch die politische vielfach erörtert werden. Ibn Saud hat die ihm von allen Seiten angetragene Kalifatskandidatur abgelehnt; sein Einfluß wird deswegen nicht minder groß sein, denn auch zu seinem Kongreß werden nicht nur Vertreter sämtlicher regierenden Islamfürsten, sondern auch solche der gesamten Geistlichkeit von Ägypten, Syrien, Palästina, Irak, Arabien, Indien, Afghanistan, Turkestan, Tripolis, Tunis, Algier, Marokko, Zentralafrika usw.

scheinen. Man kann über den Islam denken, wie man will, daß er in Zu-
ınft in viel höherem Maße ein Faktor der Weltpolitik wird als bisher, kann
einem Zweifel unterliegen.

K. HAUSHOFER:
BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Als Leitwort kann dem indo-pazifischen Mai-Bericht füglich die jüngste
ußerung des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg vorangestellt werden:
Die chinesischen Wirren müßten aus der historischen Perspektive be-
achtet und gewertet werden. Die dortigen Verhältnisse sind vergleichs-
eise unwichtig, wenn man sie im Rahmen der jahrtausendelangen Entwick-
ıng der chinesischen Kultur betrachtet."

Diese lehrhafte Erkenntnis ist vielleicht der Niederschlag der sich in den
ereinigten Staaten verbreitenden Einsicht, daß amerikanische Erschließungs-
ıethoden nicht immer ganz die richtigen Allheilmittel für die langrythmische
stasiatische Kultur in ihren politischen Geburtswehen neuer, verjüngter Staats-
ɔrm gewesen sind, und sie zunächst nur mit einem 16 jährigen Bürgerkrieg
eglückt haben — den man ja immerhin auch historisch betrachten und als
ergänglich langmütig abwerten kann, auch wenn seine Gegenwart — wie
tzt in Peking — peinlich empfunden wird.

Übrigens haben sich in Peking die beiden nach der zeitweisen Ausschaltung
eng Yu Hsiangs noch übrig gebliebenen Triumvirn: Chang Tso Lin, der
lachthaber der drei mandschurischen Länder, und Wu Pei Fu, der Aktien-
eerführer der Yangtseprovinzen, an das durch die Vorsicht Japans vermittelte
bkommen gehalten, in Peking bei der Regierungsbesetzung gleichen Schrittes
ɔrzugehen, und Wu die unmittelbare militärische Behandlung des herab-
eitenden Regierungssitzes zu überlassen, so schwer es manchen jüngeren
arteigängern, wie z. B. Chang Tsue Liang geworden sein mag. Die Fiktion
ner wirksamen Zentralgewalt wird dabei wohl den entscheidenden Stoß erleiden.

Die langmütige Betrachtungsweise ostasiatischer Angelegenheiten durch den
nerikanischen Außenminister ist leider weder Gemeingut der amerikanischen
lissionen, noch vieler anderer hervorragender Amerikaner, wofür eine Aus-
prache von Herrn Henry Morgenthau in Shanghai sehr bezeichnend ist,
en wir einst als amerikanischen Botschafter in Konstantinopel als scharfen
nd klugen Beobachter, aber auch — trotz seinem deutsch klingenden Namen
- als Deutschenfeind und einen der Auflöser des alten Osmanenreiches kennen
elernt haben.

Die Äußerungen des früheren Botschafters sind alsbald von der Presse der
hilippinen (Philippines Herald, El Debate) zum Ziel scharfer Erörterungen
emacht worden, aber doch mehr, wie man die Handlung eines Mannes an-
eift, der eine Katze aus dem Sacke läßt, als die eines solchen, der an einem
ıck herumnestelt, in dem nie eine Katze war.

Die „Geburt Polens aus dem Bauch des Krieges" und manche andere Ver-
eiche des alten Diplomaten in der Türkei und in Mexiko sind namentlich

in El Debate in einer Weise behandelt worden, die der Aufmerksamkeit der Ostasiaten auf westliche wunde Stellen und ihrer Anlage zu vergleichender Geopolitik Ehre macht.

Morgenthau begann mit einer Anerkennung Lord Readings, der gleichfalls israelitischer Abkunft ist, und erklärte: „Lord Readings Werk in Indien ist eine heilsame Kraft für die Abwiegelung der Daseinsbedingungen dort gewesen." Unsere Leser erkennen darin eine Bestätigung dessen, was wir ihnen vor vier Wochen gesagt hatten. Herr Morgenthau fuhr dann fort, die Stellung des britischen Reiches und der Vereinigten Staaten in Südostasien vergleichend:

„Die Lage in den Philippinen und in Indien ist nicht vergleichbar. Obwohl es ein kleines, hochkultiviertes, modernes Element in Indien gibt, ist doch die überwältigende Volksmasse träg, gestaltungsunfähig, unwissend und roh. Sie lebt unter den primitivsten Wirschaftsverhältnissen, unerzogen und im Widerstand gegen Erziehung und Fortschritt, im Bann ihres Aberglaubens. Das Problem der britischen Herrschaft, seit sie die Macht in Indien antrat, war, diese Masse zu einem Bedürfnis nach Erziehung und höherer Lebenshaltung anzutreiben . . . Dieses Problem ist aber ungeheuer und höchst verwickelt, wegen der Masse der indischen Bevölkerung (320 Millionen z. Zt.), der Rassenunterschiede und -gegensätze und des Obskurantismus der Priestermacht, die das ganze Volk beherrscht und seine Geistesverfassung in Banden hält." — Das ist sehr hart und fast unchristlich unduldsam!

Herr Morgenthau kommt dann zu sehr materialistischen Erwägungen über die Bildungsmöglichkeit einer so wenig steuerfähigen Bevölkerung, vergleicht die Ausgaben für Schulwesen von New-York mit denen Indiens, und findet dabei natürlich, daß New-York ebenso viel für das einzelne Schulkind ausgibt, wie der Inder durchschnittlich Jahreseinkommen hat, und sucht damit zu begründen, warum deshalb der Brite als Wächter der Zivilisation stehe.

Es klingt ein wenig imperialistisch, was Herr Morgenthau gegen die Selbstbestimmung der Inder und Chinesen vorbringt, nachdem er früher so eifrig um die aller Völkerschaften in der asiatischen Türkei bemüht war, die doch nach wirklich einwandfreien Zeugen nicht allerwärts zivilisierter sind als die indische und chinesische Intelligenz.

Wir greifen deshalb noch einige Urteile von Herrn Morgenthau heraus, weil sie zeigen, wie maßgebende Staatsmänner in den Vereinigten Staaten wirklich über die Freiheit und Selbstbestimmung bei Andern denken, und wessen man sich unter Umständen von ihnen zu versehen hat! Er sagt:

„Politisch hat sich Großbritannien entschlossen, seinen Griff auf Indien festzuhalten, und die wichtigen Männer in Indien verstehen und billigen das!" (?) (Wir müssen dahinter doch ein dickes Fragezeichen setzen!) „Die Gandhi-Bewegung ist eines natürlichen Todes gestorben. Sobald Gandhi das politische Kampffeld betrat, schwand sein Einfluß dahin. Die Masse des Volkes hat weder politische Ideen noch Regierungstalent." Das ist sehr hart und lieblos von einem Mann, der einst den Armeniern, Drusen, Libanonleuten alle diese Gaben zuerkannte! Weiter sagt er: „Tagore hat großen Einfluß auf die Intellektuellen, geht aber nicht über dieses Feld hinaus. Er ist wie ein moralischer Führer in irgend einem westlichen Lande, rührt aber nicht an

s politische, wirtschaftliche oder soziale Leben des Volks." — Das eben ist freilich, was ihm Jung-Indien vorwirft! — Echte Führer, gerade wenn sie es oralisch sein wollen, können doch mindestens das soziale Leben ihres Volkes cht übersehen!

Gegenüber der hilflosen Masse des indischen Volkes sieht Morgenthau s britische Reich in der erhabenen Rolle des Hüters der Zivilisation gegen ne Rückkehr des finstern Mittelalters, „das, wie ich ernstlich fürchte, einige r europäischen Nationen befällt". „Ein Einverständnis zwischen den Vernigten Staaten und Großbritannien zur Aufrechterhaltung unsrer Zivilisation t eine Notwendigkeit, wenn nicht die Zustände, die wir jetzt so deutlich in ußland, der Türkei, Rumänien und Griechenland sich entwickeln sehen, eltüber die Vorherrschaft gewinnen sollen." „Mit den Philippinen sei es eilich ein ganz anderer Fall als mit Indien. Und nun kommt im Wortlaut n Stück von der Art, die vor einigen Jahren ein anderer Amerikaner, ussell, nauseous hypocrisy nannte. „Heuchelei zum Übelwerden" — heißt as wörtlich!

„Die Vereinigten Staaten werden die Philippinen kaum loslassen, und es ist uch gar keine Wohltat für die Philippinos, wenn sie freigelassen werden. ie Vereinigten Staaten sind ein effektiver Faktor im Pazifik, weil sie ie Philippinen besitzen, und es ist eine Wohltat für China, das Britenеich und Japan, daß die Vereinigten Staaten im Pazifik festsitzen! Für en Frieden der Welt ist es ebenfalls nötig, daß die Frage des Besitzes er Philippinen kein internationales Problem, oder ein Ziel werden kann, woir die Völker Krieg führen . . ."

Hier spricht nun Amerika einmal wie es denkt!

So ist es im Grunde eine Wohltat für alle, wenn die Amerikaner überll die erste Geige spielen, und den andern sagen, was für sie wohltätig ist, nd was nicht — ganz, wie sie das für Deutschland mit dem Dawes-Abommen getan haben!

Von China sagte dieser sehr charakteristische amerikanische Staatsmann ur: „Daß ein Land so unordentlich ist, daß seine Regierung nicht einmal ewalt über die Zugänge zur Hauptstadt hat, macht dem Besucher einen sehr hlechten Eindruck" und „Im Übrigen habe ich das meiste Interesse für das piumproblem . . . und möchte glauben, daß, wenn nicht so viel moralische raft unter den Chinesen ist, diesem Übel ein Ende zu machen, das Land, iedergezehrt vom Opium, noch mehr Unheil und Erniedrigung als jetzt eriden wird."

Morgenthau vergaß dabei nur die Kleinigkeit, daß dieses Übel von 1842 den Chinesen mit angelsächsischen Kanonen aufgezwungen worden war. ein Vorwurf klingt fast so, wie wenn er sich über die Enge und den Mangel Wohnungen in Mitteleuropa infolge des amerikanischen Eingreifens in den rieg beschweren wollte! Ein Lobeshymnus auf die Prohibition in den Vernigten Staaten, gegen die zur Zeit eine Abstimmung nach der andern mit rnichtenden Gegenerfolgen in den Staaten im Gange sind, beschloß die uskünfte von Morgenthau, die für amerikanisches politisches Denken genüber weniger vom Glück begünstigten Völkern sehr lehrreich sind.

Inzwischen haben freilich gemeinsame Absagen an den Völkerbund die Vernigten Staaten und die Sowjetbünde in eine seltsame gemeinsame Abwehr-

front gebracht, da beide die Ehrlichkeit des Abrüstungswillens der Abrüstungskonferenz in scharfen Worten bezweifelt haben — die jedenfalls ein Probestück ersten Ranges für die weitere Lebensfähigkeit der Genfer Einrichtungen sein wird, und als solches im Auge behalten werden muß, sicher in Japan, China und Indien behalten wird.

Ein dunkles Kapitel ist allerdings auch der Gegensatz zwischen Staatsleitung und Intelligenz, der in China wie Japan im letzten Jahre aufgerissen ist. Wenn z. B. E. v. Salzmann vom 29. April aus Peking drahtet: „Eine allgemeine Flucht der Professoren und Studenten, die in Verbindung mit der Sowjetbotschaft standen, hat eingesetzt. Es erfolgt gleichzeitig die Vernichtung alles radikalen Propagandamaterials in der Reichsuniversität. Viele Schulen schließen. 28 Namen der Hauptpropagandisten stehen auf der schwarzen Liste. (Wessen?) In der Hauptstadt herrscht erneut Unruhe" — so glaubt er sicher selbst nicht, daß damit der geistige Einfluß, die Macht des Kuo Ming Tang-Gedankens — trotz der erfahrungsmäßig sehr vorübergehenden Einigkeit zwischen Chang Tso Lin und Wu Pei Fu — gebrochen ist. Der Einfluß eines Mannes, wie Tsai Yüan Pei auf China, wie der des toten Sun Yat Sen, wird durch Verbrennen von Proklamationen so wenig ausgelöscht, wie das natürliche Gewicht der Sowjetbünde durch eine vorübergehende Abreise Karachans aufgehoben wird. Wenn sich beide den Gewalttaten während einer etwaigen Plünderung Pekings durch die Tutschun-Truppen entziehen, handeln sie nur klug.

In Peking und Tokio vergißt man augenblicklich, daß eben doch die Mehrheit der Studenten von heute die Mehrheit der Staatsmänner, Parlamentarier und Pressemänner des nächsten Geschlechts sein werden, und der Grundsatz: „Posteros timeo" (ich fürchte, was nach mir kommt), hat sich noch nie als sehr schöpferisch erwiesen. Ein solcher unglücklicher Gegensatz zum heraufkommenden Geschlecht scheint leider auch in Tokio im Verhältnis zur Arbeiter- und Landarbeiterpartei und den Studentenbewegungen im Zusammenhang mit ihrer Gründung vorzuherrschen. Die 51. Sitzung des Reichstags schloß mit einem argen Skandal (wegen Mißbrauchs der Geheimfonds durch Baron Tanaka), der durch Vorweisung eines in sichtlich japanischem Russisch abgefaßten Beweisstückes gegen die angeblichen Bolschewistenfreunde im Parlament (Nakano) nicht reinlicher wurde, und sich verquickte mit einer amtlichen Feststellung der großen, vielleicht begründeten Furcht vor unterwühlenden Einflüssen (die durch die Verhaftung von einigen dreißig Studenten in Kioto und Kobe, Knebelung der Presse dabei und sehr zweifelhafte Methoden des Geheimdienstes grelle Streiflichter erhielt).

Bei der großen Bedeutung, die Japans Staatskraft, ihre Erhaltung oder Schwächung für die indopazifische Entwicklung hat, fällt eine solche Strukturänderung des Inselkaiserreichs schwer ins Gewicht, wie sie vor der Verbreiterung des Wahlrechts von $3^1/_2$ auf $12^1/_2$ Millionen die Neugründung der Arbeiter- und Bauernpartei in Osaka, mit künftigem Sitz in Tokio bedeutet.

Sie strebt, unter voller Berücksichtigung der augenblicklichen Zustände des Landes, gänzliche Emanzipation des Proletariats (z. Zt. $4^1/_2$ Mill. Wähler!) politisch, wirtschaftlich und sozial an, Reformation ungerechter Systeme in Landeigentum, Erzeugung und Güterverteilung auf gesetzlichem Wege, völligen

euaufbau des Reichstags durch Zerstörung und Ausmerzung der gegenwärtig stehenden Parteien, denen man nachsagt, daß sie nur die Interessen der be- rzugten Klassen vertreten.

Unter den einzelnen Programmpunkten wären etwa noch hervorzuheben: usdehnung des Wahlrechts auf Männer und Frauen über 20 Jahre; Revision er Gesetze, durch welche die Parteitätigkeit beschränkt wird; Rüstungsbe- hränkung; Besserstellung der Soldaten und ihrer Familien; Abschaffung der erbrauchsabgaben und Zölle auf den notwendigsten Bedarf; gleichzeitig fort- hreitende Besitzsteuern; völlige Freiheit gewerkschaftlicher Organisation, treikrecht und Sammlungsrecht; Herabsetzung der Frauen- und Kindernacht- beit auf ein Mindestmaß; völlige Ausschaltung von Frauen und Kindern aus ergwerks- und gefährlicher Arbeit; Annahme des Achtstundentags; Revision es Fabrik- und Seemannsgesetzes zugunsten der Arbeiter; Hebung des gesetz- chen Zustands der Frauen; Ausschaltung des „weißen" Sklavenhandels; Alters- ersorgung; Staatsentschädigung für unschuldig Angeklagte und bei gesetz vidriger Verhaftung; Erziehungspflicht auf Staatskosten.

Viele dieser Forderungen sind durch den staatssozialistischen Zug des japa- ischen Reiches schon angebahnt, und gerade ihre maßvolle Betonung wird in apan in der nächsten Entwicklung ihren Trägern starken Einfluß auf die taatsführung verschaffen. Die innere Verwandtschaft zwischen Staatsdenken nd Sozialstruktur, wie auch des entwicklungsgeschichtlichen Rhythmus in apan und Mitteleuropa ist größer, als allgemein bekannt sein mag, wenn auch ei Vergleichen der Inseleigenschaft und dem südlicheren Volkstemperament echnung getragen werden muß.

Schon bei seinem Abgang ist in der Z. f. G. der außerordentlichen Leistung on Lord Reading für die indische Entwicklung gedacht worden, die er gefährlichster Nachkriegsspannung, mit Grenzkriegen in Afghanistan und Vasiristan übernommen hatte, in der er Khalifat-Krise und Gandhi-Bewegung, Iopla-Aufstand, den Brüder Ali-Prozeß, Lloyd Georges Türkenpolitik und Iontagues Rücktritt auszusitzen verstand. Wir kommen aus Anlaß einer ganz usgezeichneten Zusammenfassung des indischen Problems im Economist 17. 4. 1926), auf die wir unsere Leser hinweisen wollen, noch einmal auf sie urück. Anderthalb Jahrhunderte westlicher Herrschaft haben nach ihr Indien nit einer der Zahl nach verschwindenden, aber sozial und politisch allmäch- gen Klasse von Indern ausgestattet, die ihr Herz daran setzt, für ihr Land en gleichen Zustand wie den der großen, sich selbst regierenden Weltmächte erbeizuführen, und dies durch völlige Aufrichtung verantwortlicher parlamen- rischer Herrschaft in Indien auf westlichen Linien zu erreichen hofft. Aber ie Hauptschwierigkeit ist, diesen weitgehenden politischen Umschwung in nem Reich mit 320 Millionen Einwohnern durchzuführen, denen westliche inrichtungen wesensfremd sind, die durch Religion und Kaste in eine Menge on Gemeinschaften gegliedert werden, die zwar territorial vermengt sind, onst aber sich so fremd wie die Nationen Europas gegenüberstehen. So hat Indien wie im Nahen Osten der Fortschritt der westlichen Idee parlamen- rischer Selbstregierung auf nationaler Linie eine Erhöhung der Spannung wischen den untereinander gemischten Gemeinschaften herbeigeführt, mit nem Crescendo auch von Gewalttat und Blutvergießen. Das ist unvermeid- ch, denn die untereinander gemischten Gemeinschaften stehen eben für ein

Gesellschaftssystem, das auf ganz anderm Grunde als im Westen erbaut is (dessen Struktur uns R. Mukerjee in seinem Werk: „Democracies of the East" klar zu machen sucht). Nicht sicher ist bis jetzt die Möglichkeit des Übergangs; sicher, daß die Spannung zu vulkanischen Ausbrüchen und Erdstößen führen wird, selbst wenn der Ausgleich schließlich möglich sein sollte. Wir anerkennen diesen ernsten Ausblick!

Ein zum Nachdenken mahnendes, geopolitisch erzieherisches Bild der Veränderung der Kulturlandschaft durch die Friedhöfe des Weltkriegs gibt der 6. Jahresbericht der Reichs-Gräber-Kommission des britischen Reichs 1926.

Für den indo-pazifischen Bereich lehrhaft ist die Verteilung der 1 019 83[illegible] Opfer. Sie erklärt vielleicht, warum Asien die Besitzveränderungen auf seinem Boden nicht ebenso willig ratifiziert hat wie Europa.

Von den 1000 britischen Kriegsfriedhöfen Frankreichs und Belgiens mit mehr als 1500 anderen gleichfalls von Briten belegten zeigt der britische Gürtel, sich rasch verdünnend, über die 93 Briten-Krieger-Friedhöfe Italiens nach Mazedonien, dem Balkan und den griechischen Inseln mit 25 Friedhöfen nach der Halbinsel Galipoli mit allein 31, nach Smyrna; die Linie führt weiter durch Syrien (2), Palästina (10, darunter der Ölberg selbst), Ägypten (9), Ostafrika (40), dem Irak (7), Nordindien, China (1 in Tsingtau und 23 andere), Australien Neu-Seeland, Kanada zurück zum Vereinigten Königreich, wo im ganzen 67 000 Gräber in 7500 verschiedenen Friedhöfen von dem Einsatz des Weltkriegs zeugen.

Unberücksichtigt geblieben sind dabei die wohl auch noch als Auswirkungen des Weltkriegs anzusehenden irischen Ruhestätten hüben und drüben, und die des dritten Afghanenkrieges.

Die Friedhofkarte ist lehrreich für alle, ganz gleich, wie ihre nationale oder internationale Einstellung sei; es wäre gut, wenn eine gleiche oder ähnliche — im ganzen Volk verbreitet — auch für den großen mitteleuropäischen Gegner des Inselreiches und die Sowjetbünde bestände, aus der Mitwelt und Nachwelt ersähe, welchen ungeheuren Umfang die Auswirkung der Entschlüsse der Staatsmänner vom Juli und August 1914 angenommen haben, um wie vieles zu eng und zu klein die Mehrzahl unter ihnen das Problem gefaßt hatten, das ihren unzulänglichen Händen anvertraut war.

Es liegt sogar in der Auswahl gleicher Denksteine von gleicher Form für alle durch den Riesenraum des britischen Reichs etwas Suggestives, das andeutet, daß immerhin einige großräumig denkende Menschen dieses Herrenvolks die allerdings auch ihre Kraft übersteigende Aufgabe dauernder Neuverteilung des Lebensraums auf der Erde bedeutender faßten, und in welchem Lichte sie die dafür gebrachten Opfer sahen.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Es kommt gar nicht so selten vor, daß Nachrichten allgemeine Lehren bestätigen, die, lange bevor der Einzelfall bekannt werden konnte, ausgesprochen wurden. Dann huscht ein zwar selbstverständliches, aber doch auch sieghaft

bstzufriedenes Lächeln über die Züge des Geopolitikers. Er triumphiert ein
ein wenig darüber, daß wieder einmal ein Beweis für die Zuverlässigkeit der
litischgeographischen — geopolitischen Methode und vor allem auch für ihre
aktische Anwendbarkeit erbracht ist. Wie oft haben wir über die aus der
eltinsularität geborenen Isolierungsbestreben und Rückzugstendenzen, die den
iden Amerika so eigen, seit den ersten Versuchen ihrer Ablösung von Europa
eichsam zu einem Grundzug ihres Wesens geworden sind, geschrieben! Das
ispiel der Union gab zwar Gelegenheit genug, um diese Regungen immer
eder neu zu belegen, und auch die künftige Entwicklung der Vereinsstaaten
rd es nicht an solcher fehlen lassen. Allein wir haben uns im vollen
ewußtsein von der Gültigkeit unserer allgemeinen politischgeographischen —
opolitischen Lehre nie gescheut, von Amerika schlechthin und nicht etwa
s induktiver Erkenntnis heraus lediglich von den Vereinsstaaten zu sprechen.
aß diese Annahme richtig war, zeigt das Verhalten Kanadas gegenüber
iropa. Kanada lehnt die Verpflichtungen aus dem Locarnopakt ab. Es
: ziemlich gleichgültig, daß eine Spitze dieser Maßnahme gegen das britische
utterland gerichtet ist mit dem unverhohlenen Bestreben, das Selbst-
estimmungsrecht des Dominions zu stärken. Es ist auch nebensächlich für
nsere Betrachtung, daß es im Gebälk des britischen Weltreichgebäudes über-
l verdächtig zu krachen beginnt. Der Schritt selbst ist freilich durch diese
ebenwelle ausgelöst, die sich anscheinend von Dominion zu Dominion fort-
lanzt. Aber man darf nicht vergessen, daß Kanada nicht gut täte eine
prache zu führen, wie sie die Südafrikanische Union geführt hat. Kanada
ird sich hüten, neben einem so übermächtigen Nachbarn wie den Vereinigten
aaten darauf zu pochen, daß es nur von ihm selbst abhänge, ob es im
itischen Reichsverbande bleibe oder nicht. So weit kann seine Isolierungs-
ndenz nicht gehen, wenn es sich nicht unkluger Weise dem alleinigen Ein-
ıß der Union ausliefern will. Kanadas Einspruch ist darum so echt
nerikanisch. Es ist der Rückzug vor Europa und den europäischen Wirrnissen.
nd so wird er auch begründet. Kanada sieht in dem Pakt von Locarno
ne innereuropäische Angelegenheit und lehnt es darum ab, irgendwelche daraus
wachsenden Verpflichtungen, vornehmlich territoriale Garantien, zu über-
hmen.

Auf derselben Linie weiterschreitend, erkennen wir die Schlappe, die sich
euerdings wieder der Völkerbund bei den Vereinigten Staaten geholt
it. Die Union lehnt es in einem Schreiben vom 18. April mit aller Be-
immtheit ab, an der für den September 1926 angesetzten internationalen
ıristenkonferenz teilzunehmen. Ihre Teilnahme sei gebunden an die vom
nerikanischen Senat gemachten Vorbehalte, deren Annahme durch einen
otenaustausch zwischen der Union und den einzelnen Mitgliedstaaten des
ölkerbundes zu erfolgen habe. Eine Diskussion über diese Vorbehalte oder
ese abzuändern, sei unzulässig. Die Nichtannahme der Bedingungen hat die
atte Ablehnung ausgelöst, die wir schon in der letzten Berichterstattung er-
artet hatten. Scheint auch damit in der Erledigung dieser Frage noch
cht jeder Ausweg versperrt zu sein, so mag dem Völkerbund die Antithese
nerika—Europa doch lehrhaft klar geworden sein. Ein ganz anderes
teresse nimmt Amerika an der Frage der Abrüstung. Offensichtlich will
ch hier Amerika einen vollen Einfluß sichern, um wohl für sich die von

ihm selbst gewählte Methode der Abrüstung zu verteidigen. Hat es ja doch sei Millionenheer der Kriegszeit auf 110 000 Mann gebracht, während es sicher ers nach ernsten Erwägungen zu einschneidenderen Abrüstungen zur See schreite würde. Ganz offensichtlich ist Amerika bei seiner Abrüstung der Landstreit kräfte durch seine bewußt befolgte Neutralität gegenüber allen inneren euro päischen Verhältnissen bestimmt worden. Für die Entwicklung seiner See macht gilt dagegen die Orientierung am pazifischen Kraftfeld. Vor allem Japans jüngste Stellungnahme zur Abrüstungsfrage und -konferenz wird in de Hinsicht nicht ohne starken Eindruck in Amerika bleiben und die weitere Entschließungen mitbestimmen. Verlangt doch Japan allen Abrüstungs bestrebungen gegenüber nachdrücklich Rücksichtnahme auf die besondere Verhältnisse seiner regionalen Lage, besonders auch darauf, daß Amerika gleich Rußland nicht Mitglied des Völkerbundes sei.

Die letzten Angaben des vereinsstaatlichen Statistischen Büros erlaube einen Einblick in die erstaunliche Bevölkerungsbewegung der jüngeren Zeit Die Zahl der augenblicklichen Bevölkerung beträgt 117 135 817. Die Zunahm der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr beläuft sich auf 1 757 723, die gegen über 1920 auf 11 425 197. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten hat sich also seit dem letzten Jahr um 1,6% vermehrt; in den letzten sechs Jahre hat sie mehr denn 10% zugenommen. Im Jahresdurchschnitt ergeben sich ebenfalls 1,66%.

Auf kulturpolitischem Gebiet verdienen besondere Beachtung die sich imme inniger anbahnenden Beziehungen zwischen Mexiko und Deutschland, die in jüngster Zeit durch die Studienreisen mexikanischer Kaufleute und Wissen schaftler und in dem Plan der Schaffung eines Mexikoinstituts in Berlin ihre Ausdruck finden. Dieses Mexikoinstitut wird das erste Institut in Deutschland sein, das sich lediglich mit einem einzigen iberoamerikanischen Lande be schäftigen wird. Es soll den geistigen Austausch zwischen Mexiko und Deutschland pflegen und dazu die mexikanischen und deutschen Gelehrten in gemeinsamer Arbeit verbinden. In Deutschland hat es die Aufgabe, die Kunde von Mexiko, einem der wichtigsten Länder der iberoamerikanischen Welt, zu verbreiten. Professoren- und Studentenaustausch ist ein weiterer Programm punkt. Vermag es sein Programm zu erfüllen, so kann es zu einer wichtigen Kulturposition Deutschlands in der iberoamerikanischen Welt werden. Der iberoamerikanische Boden ist für eine solche Kultursaat günstig; viel mehr ist er auch vorbereitet, sie aufzunehmen, als im allgemeinen angenommen wird Denn wie in Mexiko gibt es auch anderweits in Ibero-Amerika ehrliche Be wunderer deutscher Kultur in nicht geringer Zahl. Möge dieses Institut dazu beitragen, daß lange Versäumtes, ernsthaft deutsche Kulturpropaganda zu treiben, nachgeholt werde!

Eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Propaganda für das Deutschtum war, wie der laute Widerhall von dort lehrt, der Besuch des Kreuzers „Berlin" in den einzelnen iberoamerikanischen Staaten, des ersten deutschen Kriegsschiffs das sich seit 1914 wieder dort einstellte.

Ein ruhiger Verlauf von Präsidentenwahlen, wie er jüngst in Kolumbien der Wahl Miguel Abadjas Mendez für die Regierungsperiode 1926—1930 eigen war, deutet immer auf eine wirtschaftliche und politische Gesundung eines Staates hin. Mendez ist ein guter Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse

ihm ist die konservative Partei ans Ruder gekommen; doch auch von ten der Liberalen empfängt er Sympathien. Von solch innerer wirtschaft-ner Gesundung kann längst nicht von allen lateinamerikanischen Staaten prochen werden.

n Honduras scheint z. B. der Staatshaushalt, nach neueren Nachrichten zu eilen, der erwünschten Ausgeglichenheit noch sehr zu entbehren. Auch allgemeine Wirtschaftslage ist wenig durchsichtig. Nicaragua hat wieder mal eine Revolution. Es ist ein Gegenstoß der Liberalen unter Führung Gaoaza gegen die regierende Partei und den Präsidenten Chamorros. Das antische Küstengebiet soll im Besitz der Revolutionäre sein.

Darunter sind selbstverständlich nicht die Schwierigkeiten zu verstehen, die bei schlechten Ernten einstellen, wie z. B. in Argentinien, wo das vor-ssichtlich geringe Ergebnis der Weizenernte und der ebenfalls nur mäßige nd der Maissaat zu solchen Befürchtungen Anlaß gibt. Die innenpolitische twicklung steht schon im Zeichen der allerdings erst 1928 stattfindenden äsidentenwahl. Die Wahlen zur Erneuerung eines Teiles der Volksvertretung, Kammer, sind mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die Partei goyens, des Führers der oppositionellen Gruppe der Radikalen, der sog. rsonalisten, und Präsidenten während der Kriegszeit, hat dabei einen be-utenden Erfolg errungen. Auch die Regierung der Provinz Buenos Aires in die Hand der Personalisten übergegangen. Man hält darum schon heute Wiederwahl Irogoyens für gesichert und verspricht sich schon jetzt von n Einfluß seiner Partei in der Kammer einen günstigen innen- und außen-itischen Erfolg. Galt doch die Politik Irogoyens als eine Politik der starken nd, die den Staat in geschickter Weise durch die Klippen des Weltkriegs ndurchsteuerte. Dagegen hat sich das argentinische Parlament seit mehr als em Jahr einer völligen Untätigkeit befleißigt und seine ganze Arbeitskraft parteipolitische Aufgaben verschwendet. Argentiniens bevorstehende Rück-ır nach Genf, die freilich noch der Ratifikation durch den argentinischen ngreß bedarf, Teilnahme an der Abrüstungskonferenz und an der Reform-mmission ist ganz Werk der von dem jetzigen Präsidenten Alvear geführten tipersonalistischen Partei des Radikalen. So wird auch Argentiniens künftige ltung zum Völkerbund und zu den europäischen Fragen sehr stark von Parteigegensätzen beeinflußt werden.

Chile leidet zwar eben unter einer Wirtschaftskrise, deren Ursachen nicht rade klar vor Augen liegen. Doch hat es wenigstens, seitdem das Landes-rlament im März wieder zusammengetreten ist, seine innerpolitische Ruhe edergefunden, wenn es auch gilt, erst eine kontinuierliche Wirkung für die aßnahmen der Interimszeit zu finden, die damals erlassenen Gesetze und rordnungen anzuerkennen und ähnliche schwebende Fragen zu lösen. Die rch die Kemmerermission geschaffene Banco Central de Chile, deren Auf-ben etwa der der deutschen Reichsbank entsprechen, hat Anfang des Jahres e Tätigkeit aufgenommen. Sie dürfte zur Sanierung des Staatshaushaltes l beitragen, hat sie doch das alleinige Recht der Notenausgabe und für die haltung der chilenischen Währung zu sorgen. Außenpolitisch ist die Tacna-icafrage immer noch in voller Schwebe.

Eine Frage von zweifellos einschneidender Bedeutung für Gesamt-Amerika die der japanischen Unterwanderung, die an mehreren Stellen

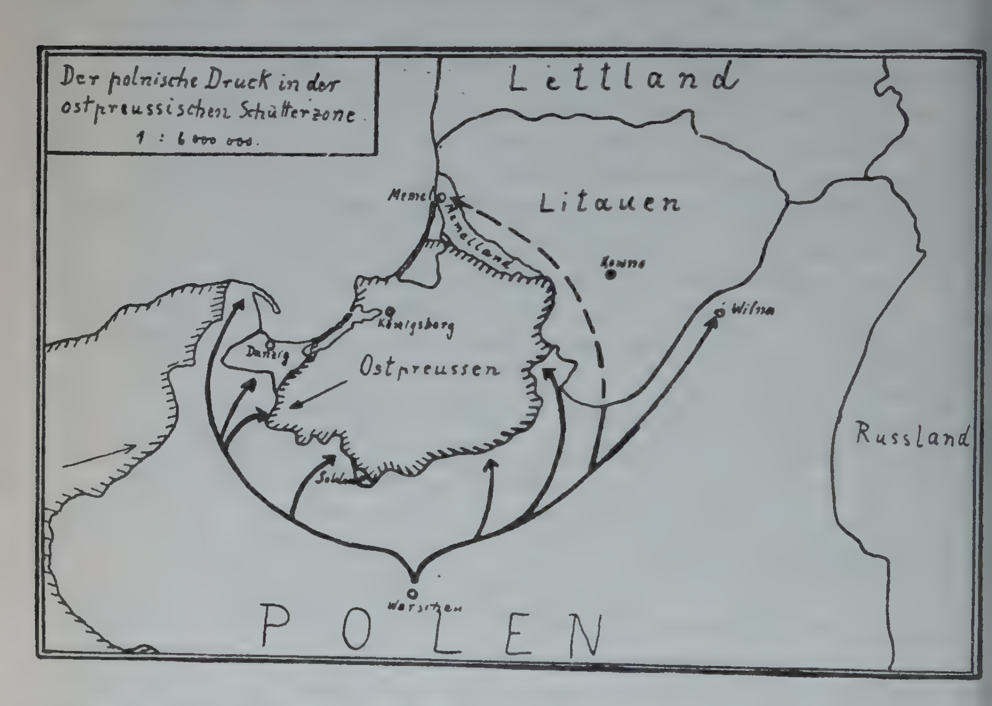
mit einem kräftigen Auftakt eingesetzt hat. Es ist ja schon längst bekann daß vornehmlich fast in allen pazifischen Staaten Lateinamerikas die japanisch Einwanderung einen immerhin beachtenswerten Faktor für die Entwicklun der Bevölkerung darstellt. Besonders Peru und Mexiko haben sich diese Einwanderung gegenüber meist recht freundlich verhalten. Auch in Brasilie hat die japanische Unterwanderung Boden gefaßt, Dort existieren in einzelne Orten japanische Kolonien, die gut gedeihen. Bei meinen Reisen bin ich a Japaner weit im Innern São Paulos gestoßen. Neuerdings macht ein Lanc angebot der brasilianischen Regierung von sich reden. Brasilien stellte dab rund $12^1/_2$ Millionen Acres in Oberamazonien der japanischen Einwanderun zur Verfügung. Bestätigt sich diese Nachricht und machen die japanische Wanderströme von dem Angebot Gebrauch, so war es ein geschickter Gegen zug, das subtropische Volk, dessen starker tropischer Einschlag eine Ak klimatisation hier zuläßt, gegen die starke Amerikanisierung, die sich fre lich in der Hauptsache nur auf den Handel und die Kapitalinvestierung be ziehen kann, auszuspielen. Es heißt, daß privater Unternehmungsgeist di Frage prüfen und die Kolonisierung in Angriff nehmen solle. Die Kaneg fuchi-Spinnerei-Gesellschaft habe eine Summe von 80000 Yen für diese Zweck ausgeworfen, um eine Studienkommission nach Brasilien zu entsende Im ganzen erklärt sich das brasilianische Angebot, von dem nicht bekannt is ob es von der Bundesregierung oder von einem Einzelstaat ausgegangen is aus den immer regeren Bestrebungen, das auf riesige Strecken hin noc völlig unentwickelte Amazonien nun endlich aufzuschließen. Dafür fehle dem Lande geeignete Menschen. Aus sich heraus vermag zwar die Misch rasse nur ganz allmählich in diese Räume einzudringen, die weißen Bras lianer sind dagegen ebenso wie die normalen Wanderströme aus Europ zur Siedlung in diesen Breiten völlig untauglich. Aus diesem Dilemma herau denkt Brasilien an die größere Akklimatisationsfähigkeit des japanischen Volke Auch in Mexiko scheint die japanische Einwanderung in der letzten Zeit eine größeren Umfang angenommen zu haben und von der Regierung begünsti zu werden. Auch hier darf man darin einen nicht gerade ungeschickte Schachzug gegenüber den Vereinigten Staaten sehen. Eine merkwürdig Wandlung hat die Japanerfrage in den Staaten selbst erfahren. Hatten sic bisher die pazifischen Staaten, Kalifornien und Oregon, gegen eine japanisch Unterwanderung höchst energisch gewehrt, so ist neuerdings eine Unterbrechun des bisher geltenden strengen Prinzips eingetreten. Von nun an sollen di amerikanischen Staatsbürger japanischer Abstammung, die Hawaii bevölker Zutritt zu den Staaten haben.

LEO WITTSCHELL:
TATSACHEN UND BETRACHTUNGEN ZUR GEOPOLITIK OSTPREUSSENS

Die Veränderung der politisch-geographischen Lage Ostpreußens nach dem riege wird durch drei Haupttatsachen bestimmt: durch die Abtrennung der rovinz vom Mutterlande infolge des polnischen Korridors, durch die Abretung des Memellandes, der Soldauer Ecke und der schmalen Zone auf dem echten Weichselufer, und endlich durch die Trennung der ostpreußischen renze von der russischen durch polnisches und litauisches Gebiet. Alle rei Tatsachen haben dazu beigetragen, daß die politische Lage Ostpreußens ch sehr erheblich verschlechtert hat; während die beiden ersten in den estimmungen des Versailler Vertrages ihren Ursprung haben, ist die dritte icht so unmittelbar dynamischer Natur, sondern mehr eine Folge des Zuammenbruchs des alten Rußlands, der den westlichen Randvölkern die reiheit gab.

Wie überall, so ist auch bei denjenigen Bestimmungen des Versailler iktats, die Ostpreußen betreffen, der Grundsatz, das Deutsche Reich terriorial nach Möglichkeit zu schwächen, hauptausschlaggebend gewesen. Wo ch irgendwie Handhaben dazu boten, da wurden sie, soweit eine allgemeine inigung darüber möglich war, auch ergriffen. Als solche haben bei den erhandlungen in Paris englischerseits sogenannte Sachverständigenerichte der Historischen Sektion des Londoner Auswärtigen mtes eine gewisse Rolle gespielt; vor allem aber ist eine Denkschrift es polnischen Politikers Roman Dmowski damals amtlich verwandt orden, die bereits im Oktober 1918 von ihm dem Präsidenten der Vernigten Staaten von Amerika übergeben worden war. Aus dem Inhalt der enkschrift geht indessen klar hervor, daß die Wünsche der Polen in ersailles bei weitem nicht in Erfüllung gegangen sind. Nicht genug, daß an Ostpreußen durch einen Streifen polnischen Gebietes vom Reiche trennte nd so ein Unikum auf der neuen Landkarte von Europa schuf, nicht geug, daß man auf polnisches Betreiben die Soldauer Ecke und das Memelebiet von der alten Heimat loslöste, daß für den ganzen Süden eine große Volksostimmung angeordnet wurde, die Forderungen Dmowskis gingen dahin, daß der Teil Ostpreußens, dessen Bevölkerung deutsch spreche, mit dem polischen Staate auf Grundlage der Autonomie verbunden werden oder eine leine unabhängige Republik bilden müsse, die mit Polen durch eine Zoll-

union verknüpft sei. Ohne diese gründliche Lösung der „ostpreußischen Frage“, d. h. wenn Ostpreußen in deutschem, insbesondere in preußischem Besitz bleibe, abgetrennt vom Hauptlande durch querdurchziehende polnische Gebiete, würde dies eine unaufhörliche Quelle eines niemals endigenden Konfliktes zwischen Polen und Deutschland sein, welches sich unablässig bemühen werde, sich ein Verbindungsglied auf Kosten Polens zu schaffen. Die Existenz dieses deutschen Vorpostens zwischen den Mündungen der Weichsel



und der Memel, der beiden großen polnischen Flüsse, wäre eine der Hauptursachen des Untergangs Polens und sei jetzt das Haupthindernis zum Wiederaufbau eines wirklich unabhängigen polnischen Staates“.

So sehr auch diese Denkschrift Dmowskis ihrem ganzen Inhalt nach mit ihren falschen und schiefen Darstellungen der historischen und gegenwärtigen ostpreußischen Verhältnisse ein Meisterwerk der Verdrehung genannt werden kann, so zutreffend ist hingegen der Hinweis auf die „Labilität“ der politischen Verhältnisse, die nach einer Abtrennung Ostpreußens vom Reiche, wie sie jetzt besteht, eintreten müßte. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages ist hier eine latente politische Spannung geschaffen worden, die sehr wohl zu geeigneter Zeit einmal zur Auflösung in dem einen oder anderen Sinne kommen dürfte. Nur äußere Umstände stehen zur Zeit einer

twicklung in dieser Richtung entgegen, auf deutscher Seite die politische
d militärische Ohnmacht und auf polnischer Seite die dort vorhandenen
tionalitätenkämpfe. Mehr als einmal, namentlich in den Jahren 1922 und
23, wurde in Warschau mit dem Gedanken gespielt, Ostpreußen, diesen
ahl im polnischen Fleisch, zu beseitigen, und nur die Furcht vor einem
gemeinen bewaffneten Aufstand in den ukrainischen und weißruthenischen
bieten und einem Einfall der Litauer ins Wilnaer Gebiet schreckte vor
sem Unternehmen zurück. Es ist unbedingt notwendig, diese bedroh-
che politische Lage, in die Ostpreußen durch die Errichtung des
lnischen Korridors geraten ist, sich deutlich vor Augen zu halten.
var hat wider Erwarten der Männer von Versailles der so überaus
nzende Verlauf der Abstimmung im Süden der Provinz die Stellung des
utschtums in Ostpreußen gestärkt, doch kann diese Tatsache über die
ßenpolitische Gefahr, der Ostpreußen nach wie vor ausgesetzt ist und
eiben wird, in keiner Weise hinwegtäuschen. So ließ sich z. B. auch der
lnische Staatspräsident Wojciechowski bei der Rede gelegentlich der Er-
fnung der Posener Messe im Frühjahr 1924 folgendermaßen vernehmen:
Ian muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht
e polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens
nerläßlichen Gebiete mit dem Mutterlande vereinigt sind . . .". Es kann,
sbesondere nach Dmowskis Denkschrift, kein Zweifel bestehen, daß hiermit
erster Linie Ostpreußen gemeint ist.

Zu diesen politischen Schwierigkeiten, die der Korridor für Ostpreußen
edeutet, treten andere, die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, vor allem
lche hinsichtlich der so wichtigen Verbindung mit dem Mutterlande. Als
grarprovinz handelt es sich für Ostpreußen in erster Reihe um die Liefe-
ing von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ins Reich und andererseits wieder
n den Bezug von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Kohlen.
uf unbehinderte, ungestörte Bahnverbindung kommt hier alles an und so
scheint die Korridorfrage von diesem Gesichtspunkt aus als ein Verkehrsproblem.
rotz der besonderen Abmachungen, wie sie im Artikel 98 des Versailler
ertrages gefordert wurden, hängt hier letzten Endes doch alles vom guten
Villen Polens ab. Transportbeschränkungen, -verzögerungen und -beraubun-
en mit all ihren unangenehmen Folgen müssen mit in Kauf genommen
erden; bei Eisenbahnerstreiks auf den polnischen Strecken, wie sie mehrfach
orgekommen sind, muß das ostpreußische Wirtschaftsleben und der
ersonenverkehr mitleiden. Lediglich ein Teil des Personenverkehrs und der
achrichtenverkehr mit dem Reich ist durch Einrichtung des Seedienstes
illau-Swinemünde und durch das 1919 gelegte Kabel Tenkitten-Leba von
en Korridorschwierigkeiten unabhängig gemacht worden.

Fragt man nach den inneren Gründen, denen der Korridor sein Entsteh[en] verdankt, so ist es nicht allein der Zugang zu einem schmalen, hafenarme[n] Küstenstreifen der Ostsee, der Polen auf Grund willkürlicher, ohne Abstim[-] mung vorgenommener Auslegung der dort bestehenden Nationalitätenverhält[-] nisse verschafft werden sollte, sondern zugleich auch die politische und wirt[-] schaftliche Abdrosselung Ostpreußens vom Mutterlande. Ostpreußen, au[f] sich selbst gestellt, so hoffte man bestimmt auf Grund der falsche[n] Informationen, werde auf diese Weise dem Deutschtum bald ent[-] fremdet werden und dann zu geeigneter Zeit den Nachbarn ein[e] leichte Beute werden können. Dem gleichen Ziel sollten auch die übrige[n] Bestimmungen des Versailler Vertrages über Ostpreußen dienen, so die An[-] ordnung der Volksabstimmung, die Abtretung des Memellandes und de[r] Soldauer Ecke, sowie der vertragwidrige Raub der fünf Weichseldörfer. Während das Ergebnis der Volksabstimmung (97,7 % der Stimmen für Ost[-] preußen) den schweren Irrtum der Männer von Versailles offenbarte, hat di[e] Abtretung der genannten Gebiete Tatsache werden müssen.

Das Memelland.

Das wichtigste und umfangreichste von Ostpreußen abgetrennte Stück is[t] das auf dem nördlichen Ufer der Memel gelegene ostpreußische Gebiet, da[s] sogenannte „Memelland“. Es umfaßt 2656 qkm und hatte im Jahre 191[0] 141238 Einwohner mit fast ausschließlich evangelischer Konfession. Au[f] Grund der Artikel 28 und 99 des Versailler Vertrages mußte es ohne Volks[-] abstimmung an die allierten und assoziierten Hauptmächte abgetreten werden[.] Deutschland mußte sich verpflichten, die Bestimmungen anzuerkennen, welch[e] die Mächte über dies Gebiet, insbesondere über die Staatszugehörigkeit de[r] Bewohner, treffen würden. Für die Memelländer ergab sich danach de[r] eigentümliche Zustand, daß sie nach der Abtretung über ihre staatspolitisch[e] Zukunft vollkommen im Unklaren waren. Mitte Februar erschien de[r] französische General Odry mit 1800 Mann und nahm das Land im Auftrag[e] der alliierten und assoziierten Mächte in Besitz. In den vier seither ver[-] flossenen Jahren hat das Memelland bereits eine sehr bewegte Geschicht[e] gehabt.

Der Grund zur Abtretung dieses Gebietes lag in den besondere[n] völkischen Verhältnissen seiner Bewohnerschaft, in der Tatsache, da[ß] neben deutschsprechenden Bevölkerungsteilen auch solche mit litauische[r] Muttersprache wohnten. War dieser Umstand auch ein erwünschter Grund[,] es von Deutschland zu trennen, so beweist doch die besondere Fassung de[s] Artikels 99, der die politische Zukunft des Memellandes noch offen läßt, da[ß] man in Paris in dieser Frage entweder nicht einig war oder eine Ent-

[...]eidung aus anderen bestimmten Gründen erst später vornehmen wollte. [...]er Wahrscheinlichkeit nach ist diese besondere Formulierung des Ar[...]els 99, auf Veranlassung Polens entstanden, das bei der Regelung der [...]tfragen hauptsächlich beteiligt gewesen ist und einen weit größeren Ein[...]ß ausüben konnte als etwa das kleine Litauen, das auf den ersten Blick [...] Hauptinteressent erscheinen könnte. Die Polen ließen sich von dem Ge[...]htspunkt leiten, daß Litauen es zu einem selbständigen und unabhängigen [...]aatswesen schwerlich bringen würde, daß alsdann Polen die Souveränität [...]er Litauen erlangen und so auch das von Deutschland abgetrennte [...]emelgebiet nebst Hafen werde annektieren können. Ostpreußen wäre da[...]t ganz von polnischem Gebiet umschlossen gewesen, um bei Gelegenheit [...] so leichter von Polen erdrückt zu werden. Indessen: die polnischen [...]sichten auf das Memelland sind seit dem überraschenden Einmarsch [...]auischer Freischaren im Januar 1923 und den Folgen dieses Ereignisses [...] auf weiteres als gescheitert zu betrachten. Damit ist für Ostpreußen [...]ar eine Gefahr gebannt, doch wichtiger für das Memelland selbst wurde [...]ne nunmehr erfolgende Einfügung in den Rahmen des litauischen Staates. Litauen begründet seine Ansprüche auf das Memelland materiell mit [...]irtschaftsnotwendigkeiten (Memelstrom und Hafen von Memel) und ideell [...]t der Behauptung, daß dies Gebiet von jeher litauisch gewesen sei und [...]ch heute von einer litauisch sprechenden Mehrheit bevölkert werde; es [...] sogar in der Lage, sich in geschichtlicher Beziehung auf Arbeiten nam[...]fter deutscher Gelehrter, wie Bezzenberger und Zweck, zu berufen. [...]zzenberger, der auf Grund von Ortsnamensforschung z. B. die ursprüng[...]he Grenze zwischen Litauern und Altpreußen auf einer ungefähren Linie [...]biau-Goldap festgestellt zu haben glaubte, ist indessen in neuerer Zeit [...]rch eingehende historische Untersuchungen widerlegt. So sind wir heute [...]echtigt, die Bewohner des Memelgebiets zur Zeit der Eroberung des [...]ndes durch den deutschen Ritterorden im 13. Jahrhundert, die Schalauer, [...] Altpreußen anzusehen. Außer Altpreußen bestand die damals äußerst [...]nne Bevölkerung noch aus Letten und zu einem kleinen Teile auch aus [...]auern. Im Jahre 1422 wird die Grenze Ostpreußens im Frieden am [...]lnosee in der Weise festgelegt, wie sie 500 Jahre lang bis 1919 bestanden [...]. Seit 1450 beginnt dann die langsame Einwanderung ßameitischer [...]auer nach Preußen, die erst an jener Linie Halt machte, die von Bezzen[...]ger als ursprüngliche Grenze zwischen Preußen und Litauern angesehen [...]rde. Kriege und Seuchen, insbesondere Pestepidemien, haben die [...]lonisation stark gehemmt. Seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts be[...]nt auch der Zustrom deutscher Kolonisten etwas zuzunehmen, vor allem [...] es ein Verdienst von Friedrich Wilhelm I., daß seine Maßnahmen der

Überfremdung Ostpreußens, insbesondere auch des Memellandes, Einhalt gebieten konnten.

Während noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts die litauische Sprache im Memellande vorherrschte, wurde allmählich in den folgenden 100—120 Jahren die Mehrzahl der Bewohner kulturell und sprachlich dem Deutschtum gewonnen. Dieser Vorgang vollzog sich freiwillig lediglich unter dem Einfluß der überragenden deutschen Kultur, ohne jemals von der Regierung durch Gewaltmaßnahmen gefördert zu werden. Von allen fremdsprachlichen Elementen in Preußen waren es in erster Reihe gerade die Litauer, die am raschesten im Deutschtum aufgingen. Wahrscheinlich hängt das in gewissem Sinne auch mit ihrer verhältnismäßig günstigen materiellen Lage zusammen. So ergab die Volkszählung am 1. Dezember 1910 im Memellande bei einer Bewohnerschaft von 141 238 Personen 71 781 mit deutscher und 67 124 mit litauischer Muttersprache; der deutschsprachige Teil der Bevölkerung umfaßte danach 50,8 %. Dieser Prozentsatz hat sich in neuerer Zeit noch wesentlich erhöht; kirchliche Zählungen und vor allem das Ergebnis der Elternbefragung vom Jahre 1921 lassen darauf schließen, daß der Anteil der Bevölkerung mit deutscher Familiensprache heute ungefähr 60—70 % beträgt. Eine scharfe Sprachgrenze gibt es im Memelland nicht, da es ein Gebiet stärkster Sprachmischung ist, derart jedoch, daß die Städte ganz überwiegend deutschsprachig sind, während das Litauische mehr auf dem flachen Lande vertreten ist. Hier aber läuft die Sprachgrenze nicht eigentlich nur etwa zwischen Ortschaften mit litauischsprechender und solchen mit deutschsprechender Mehrheit, sondern in Wirklichkeit mehr in generationsweiser Abstufung durch die einzelnen Familien hindurch. Der Prozentsatz Litauischsprechender in einer Ortschaft ist im allgemeinen lediglich eine Frage der Verkehrslage und des Prozentsatzes älterer Leute des Ortes. Immer aber muß bei einer Beurteilung der Sprachverhältnisse vor allem berücksichtigt werden, daß auch die überwiegende Mehrheit der Litauischsprechenden der deutschen Sprache völlig mächtig ist und sich ihrer auch untereinander häufig bedient.

Angesichts dieser großen, unaufhaltsamen Entwickelung konnte eine kleine abseits stehende Gruppe — vor dem Kriege waren es 500 Köpfe in 16 Vereinen —, die sich das Bewußtsein ihrer besonderen Nationalität zu erhalten suchte, nie recht gedeihen. Was ihre Mitglieder erreichen wollten, war lediglich vermehrte Berücksichtigung ihrer Muttersprache im Schulunterricht und im öffentlichen Leben, Hebung der Bildung und Wirtschaft des Volkes. Territorial-politische Ziele lagen ihnen fern; sie wollten weder innerhalb des preußischen Staates eine besondere Stellung einnehmen, noch etwa mit den russischen Litauern ein gemeinsames Staatswesen aufrichten. Politische Be-

ziehungen zwischen den preußischen und russischen Litauern bestanden überhaupt nicht. Dr. Gaigalat, einer der tatkräftigsten Führer der preußischen Litauer, dessen Karte des ethnographischen Litauen in Versailles wahrscheinlich als Unterlage zur Abtrennung des Memellandes benutzt worden ist, erklärte im Jahre 1915 die Befürchtung, daß die preußischen Litauer sich einem aus den ehemals russischen Gouvernements Kowno und Wilna zu errichtenden Staate Litauen würden anzuschließen wünschen, für völlig unbegründet. Er schrieb damals klar und deutlich: „Die preußischen Litauer haben — das ist jedem Kenner dieses Volksstammes klar — nicht die mindeste Lust, einem anderen Staate, einer anderen Verwaltung als gerade der preußisch-deutschen anzugehören. Sie leben in gutem Wohlstande, sind dankbar für die nutzbringende Fürsorge des deutschen Staates und würden ihre gegenwärtige hochentwickelte wirtschaftliche Lage niemals gegen eine zweifelhafte Zukunft eintauschen wollen. Auch ist die preußisch-litauische Bevölkerung in dem von ihr bewohnten Gebiet so stark von Deutschen durchsetzt, daß sie nur in den nördlichsten Kreisen Memel und Heydekrug etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen dürfte. Es ist auch für alle Zukunft, wenn ein litauisches Staatswesen an der preußisch-litauischen Grenze gebildet würde, nicht anzunehmen, daß irgendwelche Bestrebungen, die im deutschen Interesse unerwünscht wären, sich geltend machen würden. Die Litauer wissen, was sie an Preußen haben und mit welcher Fürsorge sie behandelt werden, wenn sie auch zum Teil bezüglich der Erhaltung ihrer Sprache etwas weitergehende Wünsche haben als ihnen bisher zugebilligt worden sind. Ihr Nationalgefühl ist bei weitem nicht in dem Maße geweckt wie bei vielen anderen Völkerschaften in ähnlicher Lage. Der russische Litauer ist bei seinen preußischen Standesgenossen wenig geachtet und seine Wirtschaftsführung in den Grenzgegenden wird nicht geschätzt. Außerdem, und das fällt besonders ins Gewicht, bekennen die preußischen Litauer den evangelischen Glauben, während die russischen in ihrer großen Mehrheit römisch-katholisch sind. Kultur und Sitte weichen stark voneinander ab. Es besteht bisher überhaupt kein Verkehr, weder nationaler noch wirtschaftlicher Art zwischen den beiden litauischen Grenznachbarn; sie sind einander fast fremd. Aus diesen Gründen sind etwaige Bestrebungen, eine Annäherung oder besondere gegenseitige Sympathien zwischen den Litauern beider Länder zu wecken, für die Zukunft nicht zu erwarten oder als völlig aussichtslos anzusehen."

Dies Urteil Dr. Gaigalats über die völkischen Verhältnisse des Memellandes ist durchaus zutreffend; daß jedoch die politische Entwickelung heute so ganz anders geworden ist im Widerspruch zum Willen der Bevölkerungsmehrheit im Memellande, ist bedingt durch den plötzlichen Zusammenbruch des Deutschen Reiches, wodurch die politische Situation von Grund auf verändert wurde.

Die Führer der nationallitauischen Gruppe im Memelland haben aus dieser Tatsache lediglich Nutzen gezogen. Was selbst sie nie erstrebt hatten, die Lostrennung vom Deutschen Reich, schien auf einmal Wirklichkeit zu werden. Vergebens wies die deutsche Regierung in ihren Gegenvorschlägen zu den Friedensbedingungen darauf hin, daß das Memelland nie zu Litauen oder gar Polen, sondern seit Jahrhunderten zu Ostpreußen gehört hat und daß insbesondere die Stadt Memel eine rein deutsche Gründung ist, daß ferner die ethnographischen Verhältnisse ein Überwiegen des deutschsprechenden Teiles der Bevölkerung ergeben; niemals hätten die Bewohner des Gebiets die Lostrennung von Deutschland gewünscht, sondern sich jederzeit als ein treuer Bestandteil der deutschen Volksgemeinschaft bewährt. Aber eine Änderung der Bestimmungen war nicht zu erreichen, nicht einmal eine Volksabstimmung durfte stattfinden, und so zerrissen jäh die halbtausendjährigen Bande.

In der Folgezeit bis zum Januar 1923 stand das Land unter französischer Verwaltung und erfreute sich während dieser Zeit noch verhältnismäßig günstiger politischer und wirtschaftlicher Lebensbedingungen. Die neuen Machthaber konnten sich dem deutschen Charakter dieses Gebiets nicht verschließen und so behielten Verwaltung und Kultur durchaus ihr deutsches Gepräge. Das deutsche Geistesleben blieb ungestört, der rein deutsche Unterricht auf den Schulen wurde nicht gehindert, auch der deutsche Charakter der Kirche blieb erhalten; demgemäß nahm auch die Zahl der Litauischsprechenden zugunsten der Deutschsprachigen weiterhin ab. — Im Lande selbst standen sich, da die Frage der politischen Zukunft des Memellandes noch immer offen war, zwei politische Richtungen gegenüber: die Großlitauer, die für den Anschluß an Litauen eintraten, und die Anhänger der Errichtung eines selbständigen Freistaates unter dem Schutz Frankreichs oder des Völkerbundes. Während die Anhänger des Freistaatgedankens die weitaus überwiegende Mehrheit für sich hatten, ließen die Großlitauer trotz ihrer Minderheit nichts unversucht, um ihrer Kultur Boden zu gewinnen. Einen Haupttrumpf glaubten sie im Jahre 1921 mit der „Elternbefragung" ausspielen zu können. Das Ergebnis dieser amtlichen Umfrage in Schulangelegenheiten war jedoch, daß für 28,4 % der Schüler mit litauischer Familiensprache — das sind nur 11,2 % sämtlicher ländlicher Volksschüler — litauischer Religionsunterricht, und für nur 5,5 % der Schüler mit litauischer Familiensprache — das sind 2,2 % sämtlicher ländlicher Volksschüler — litauischer Schreib- und Leseunterricht von den Eltern gewünscht wurde. Ein glänzenderes Zeugnis des deutschen Charakters und der deutschen Kultur des Memelgebiets hättees kaum geben können.

Im Herbst 1922, hieß es, sollte durch den Botschafterrat in Paris das endgültige Schicksal des Memelgebiets bestimmt werden. Allein die Entscheidung

ögerte sich hinaus und Litauen, das eine für sich ungünstige Entscheidung efürchtete, benutzte eifrigst die Zeit, um sich eigenmächtig in den Besitz es Memellandes setzen zu können. Am 10. Januar 1923, dem Tag des anzösischen Ruhreinfalls, besetzten bewaffnete Freischaren, die aus Litauen amen, plötzlich das ganze Memelgebiet; die französische Besatzung leistete eine ernstliche Gegenwehr, die Gesamtheit der memelländischen Einwohner var waffenlos und so war der Streich gelungen. Äußerlich war er zwar als ine lokale memelländische Revolution aufgezogen, aber, trotz amtlicher Abeugnung in Kowno, die Vorbereitungen waren in aller Stille in Litauen geroffen worden und überrascht und wehrlos mußten die Memelländer diesen roßlitauischen Putsch über sich ergehen lassen. Ein urplötzlich entstandener Zentralausschuß erließ ein Manifest, in dem der Beschluß zur Kenntnis gebracht vurde, sich unter Beibehaltung der Rechte als autonomer Teil der itauischen Republik anzuschließen.

Von diesem Tage an wurde es anders im Memelgebiet. Die Grenze gegen Litauen fiel, die alte deutsche Hafenstadt Memel wurde zum litauischen Klaipeda und die litauische Grenze an den Memelstrom vorgeschoben. Die Botschafterkonferenz glaubte sich am besten aus dieser Angelegenheit herauszuziehen, wenn sie im allgemeinen den neuen Zustand anerkannte und begnügte sich damit, ein Abkommen auszuarbeiten, das die künftigen Beziehungen des Memellandes als autonomen Teil des litauischen Staates regelt. Dieses Abkommen, enthaltend das „Memellandstatut", sollte nach Niederlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft treten, doch litauischerseits suchte man diesen Zeitpunkt nach Möglichkeit hinauszuschieben. In der Zwischenzeit bis zur Annahme des Statuts am 31. Juli 1924 durch das litauische Parlament und darüber hinaus bis zu Beginn seiner tatsächlichen Durchführung seit September 1925 nahm die seit dem großlitauischen Putsch einsetzende gewaltsame Litauisierung des Memellandes ihren Fortgang. Die Gleichberechtigung beider Sprachen stand auf dem Papier, überall drängte sich die litauische Sprache in den Vordergrund, die Bahnhöfe trugen nur litauische Schilder, litauische Kurse zwangen Lehrer und Schüler zur Erlernung der litauischen Sprache, wobei es allerdings an geeigneten Lehrbüchern mangelte. Die deutsche evangelische Kirche wurde von Berlin, ihrer alten Heimat und Zentralbehörde, diktatorisch abgetrennt. Der „Kirchenstreit", der darüber entstand, führte vielerorts zu entrüsteten und erbitterten Kundgebungen der deutschen Memellandbewohner. Die sogenannte Pressefreiheit mußte natürlich jedem Druck der litauischen Behörde nachgeben. Die Landwirtschaftskammer wurde aufgelöst. Nachteilig für die hochstehende memelländische Landwirtschaft wurde es ferner auch, daß die kultur- und anspruchslosen Szameiten jenseits der ehemaligen altrussischen Grenze die Preise unterboten.

Das Zeichen, unter dem das Memelland in dieser Zeit stand, war das des allmählichen Kulturrückgangs, geistig und wirtschaftlich. Der litauische Staat erinnert in vielen Erscheinungen wie Korruption, Schmuggel usw. an das alte Rußland, seine Einwohner stehen auf einer ungleich tieferen Kulturstufe als die Memellandbewohner, die seit Jahrhunderten an der preußisch-deutschen Staatsentwickelung teilgenommen haben.

Am 19. Oktober 1925 haben endlich die allgemeinen Wahlen zum Memelländischen Landtag, dem Seimelis, stattgefunden. Das Gesamtergebnis verzeichnet für die drei Parteien der deutschen Einheitsfront folgende Stimmenzahl:

Memelländische Volkspartei	24 286
Landwirte	23 887
Sozialdemokraten	9 894
zusammen	58 067

während die Splitterparteien großlitauischer Färbung zusammen nur 2998 Stimmen aufbringen konnten. Danach erhält von den 29 Sitzen des memelländischen Landtags 27 die deutsche Einheitsfront und nur zwei entfallen auf die durch Listenverbindung vereinigten Splitterparteien. Dies den deutschen Charakter des Landes und der Bewohner wieder aufs neue beweisende Wahlergebnis kommt einer Volksabstimmung gleich, die im Versailler Vertrag leider nicht vorgesehen war. Das Resultat ist noch umso bemerkenswerter, als die Wahl nicht unter neutraler, sondern unter litauischer Aufsicht stattfand. Es ist damit gleichzeitig ein erneutes Beispiel gegeben, wie unzulässig es ist, lediglich auf Grund von Sprachstatistiken die völkischen Verhältnisse eines Gebietes beurteilen zu wollen.

Zusammenfassend kann gesagt werden:

Die alte nordöstliche Grenze des Memellandes wird immer eine starke, geistige Grenzscheide bilden, die neue Memelgrenze hingegen wird dies trotz ihrer natürlich-physischen Eignung niemals sein. Das Deutsche Reich und Litauen haben vielfach gemeinsame außenpolitische Interessen; nichtsdestoweniger wird es Tatsache bleiben, daß Ostpreußens älteste Stadt nördlich der Memel gelegen ist, daß 150000 seiner Landsleute wider ihren Willen von der Heimat getrennt worden sind.

Das Soldauer Gebiet.

Das Gebiet von Soldau, bis zum Jahre 1919 zum Kreise Neidenburg (Regbz. Allenstein) gehörig, 487 qm groß mit 24 073 Einwohnern (1910), davon rund 18 000 evangelischer und 6 000 katholischer Konfession, mußte nach Artikel 28 des Versailler Vertrages ohne Volksabstimmung an Polen abgetreten werden. Der Grund zur Abtretung dieses Gebietes war der, daß Polen die

wichtige Bahnlinie, die von Warschau über Mlawa und Soldau nach dem östlichen Teil des jetzt polnisch gewordenen Westpreußens führt, in die Hand bekommen wollte.

Dies abgetretene Soldauer Gebiet hat seit der Eroberung des Landes durch den Deutschen Ritterorden stets zu Ostpreußen gehört und niemals unter unmittelbarer polnischer Herrschaft gestanden. Zur Zeit der Ordensregierung hatte es ursprünglich einen Teil der „Wildnis", jener natürlichen, unwegsamen Schutzzone gegen die Litauer, gebildet, wurde dann aber etwa in den Jahren 1320—70 planmäßig besiedelt.

Neben einigen einheimischen Preußen, die hier angesiedelt wurden, und einer Anzahl Masowier, eines den Polen verwandten westslawischen Volksstammes, waren ein sehr beträchtlicher Teil der Ansiedler Deutsche, die, wenn auch nicht gerade zahlenmäßig, so doch in kultureller Beziehung durchaus das Übergewicht über die beiden anderen Nationalitäten hatten; mit Recht darf das Land daher als altes deutsches Kolonialland bezeichnet werden. Noch heute ist dies, abgesehen von der deutschen Stadtgründung Soldau, an der breiten Bauweise der Dörfer mit ihrer Angeranlage deutlich erkennbar (so z. B. Skurpien, Kyschienen, Usdau), die sich durchaus abhebt von den weiter östlich befindlichen engen Straßendörfern, die auf slawischen Ursprung deuten.

Im Laufe der folgenden Jahrhunderte vermischten sich im südlichen Ostpreußen Deutsche, Preußen und Masowier und es entstand der Sondervolksstamm der Masuren, der auch noch neben den Deutschen diesen Teil der Provinz bewohnt und ihm sogar den Namen „Masuren" gegeben hat. Polen gibt es heute in Masuren nur ganz vereinzelt; die Masuren selbst sind keine Polen und wollen es auch nicht sein. Dreierlei ist es vor allem, was die Masuren in ihrem Bewußtsein fest mit Preußen verbindet: die evangelische Konfession, die Gemeinsamkeit der politischen Schicksale und die kulturellen Einflüsse des Deutschtums, die, zusammen mit der Durchdringung des Landes durch den Verkehr, eine allgemeine wirtschaftliche Hebung und eine immer rascher fortschreitende Germanisierung bewirken. Diese Entwickelung vollzieht sich ohne jeden Zwang durchaus mit dem Willen der masurischen Bevölkerung. Daher hat es in Masuren auch niemals eine Polenfrage in dem Sinne gegeben, wie sie früher z. B. in Posen und Westpreußen eine Rolle gespielt hat. Den besten Beweis für diese Tatsachen bot die Abstimmung vom 11. Juli 1920, bei der das Masurentum geschlossen mit über 99% für Ostpreußen gestimmt hat. Daher darf man mit Recht behaupten, daß die Masuren als ein besonderer Volksstamm innerhalb des deutschen Staatsverbandes sich dem Deutschtum auch innerlich als ganz zugehörig betrachten. Lediglich ihre Sprache ist ein mit deutschen Elementen

sehr stark durchsetztes mittelalterliches Polnisch, jedoch nur Umgangssprache. Schriftsprache ist durchweg das Deutsche. Fast alle Masuren können heute deutsch sprechen und verstehen.

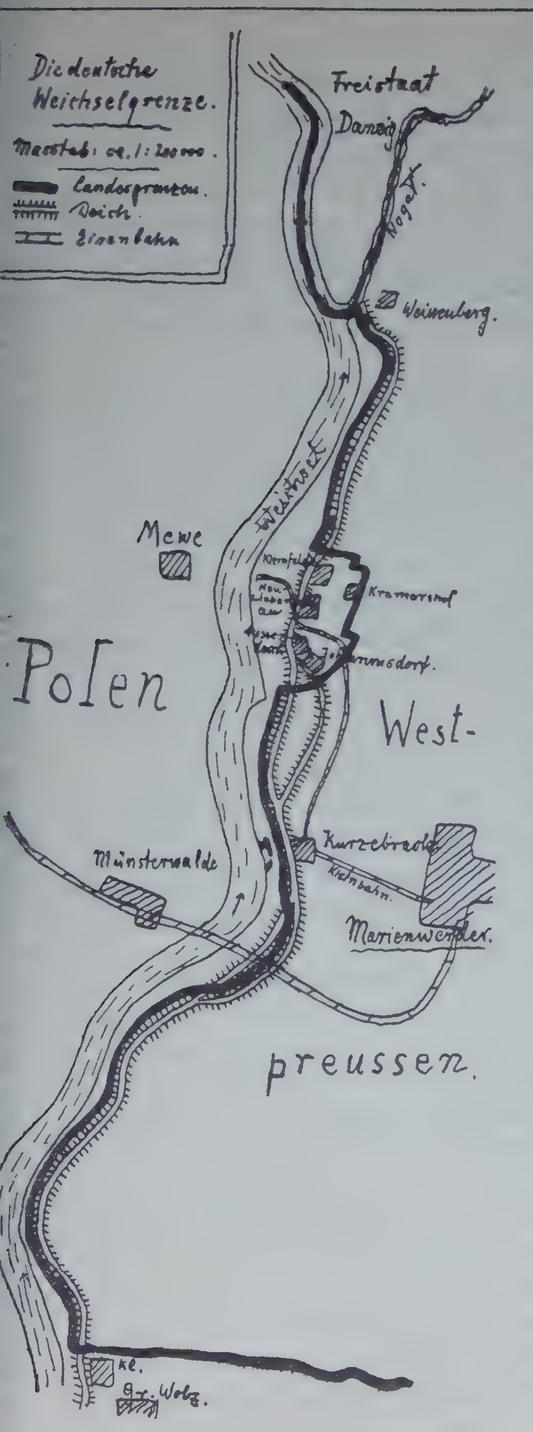
Die Bevölkerung des Soldauer Gebiets unterscheidet sich in nichts von der des übrigen Masurens. Obwohl nach der Zählung von 1910 die Bewohner mit masurischer Muttersprache in der Mehrheit waren, so können sie doch nicht als anderssprachig im vollsten Sinne des Wortes gelten, sondern müssen vielmehr als zweisprachig bezeichnet werden. Von den 4700 Einwohnern der Stadt Soldau sprachen 3750 das Deutsche als Muttersprache. Das eigentliche Hochpolnisch wurde nur in einigen kleinen Dörfern an der ehemaligen Grenze gesprochen, so in Bialutten, Dzwiersnia, Gr. u. Kl. Lensk, Przellenk, Kl. Tauersee und Murawken, deren Bewohnerschaft vorwiegend katholisch ist. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ergaben in der Soldauer Ecke 93% deutsche Stimmen und es kann kein Zweifel bestehen, daß eine Volksabstimmung in diesem Gebiet ein ebensolch einmütiges Ergebnis zugunsten des Deutschtums gehabt hätte wie im übrigen Masuren. Mit der Abtretung des Soldauer Gebiets bildet die masurische Erde und die masurische Bevölkerung jetzt zum ersten Mal seit der Besiedelung der Landschaft vor etwa 600 Jahren politisch keine Einheit mehr.

Zwischen Masuren und Polen besteht von alters her bis heute ein starker, an Feindseligkeit grenzender Gegensatz. Dieser entlud sich z. B. im Soldauer Gebiet während des russischen Bolschewisteneinfalls im Sommer 1920 in voller Offenheit und zog bittere Leiden der masurischen Bevölkerung nach sich.

Verschiedentlich hat ein Austausch von Besitzungen stattgefunden zwischen Bewohnern des Soldauer Gebiets und polenfreundlich gesonnenen Leuten aus dem übrigen Masuren. Im allgemeinen jedoch befindet sich die Bevölkerung dieses Gebiets in großer Gefahr, von ihrer Scholle verdrängt zu werden. Der polnische Arbeiter ist anspruchsloser als der masurische und läuft ihm den Weg ab. Die masurische Lehrerschaft hat das Gebiet verlassen. Der Bauer steht isoliert da, und die polnischen Behörden beweisen meist ein auffallend geringes Verständnis für die Lage der Masuren.

Wenn auch leider bei der relativen Kleinheit des Gebiets auf die Dauer mit einer gewissen teilweisen Polonisierung zu rechnen sein dürfte, so muß es dennoch bei der sprichwörtlich konservativen Art der Masuren als ausgeschlossen erscheinen, daß die alten Gegensätze der beiden Stämme jemals schwinden werden. —

In nächster Nachbarschaft des Soldauer Gebiets befinden sich drei ehemals zum Kreis Osterode gehörige Grenz-Dörfer, Kl. Nappern, Kl. Lobenstein und Groschken, die nach der Abstimmung in Masuren wegen ihrer polnischen Stimmenmehrheit an Polen abgetreten werden mußten.



Die Abschnürung Ostpreußens von der Weichsel.

Die vom Deutschen Reich abgeschnittene Provinz Ostpreußen grenzt heute mit dem nach der Abstimmung vom 11. Juli 1920 bei Deutschland verbliebenen „westpreußischen Abstimmungsgebiet" in einer Länge von 40 km fast unmittelbar an die Weichsel. Das Abstimmungsgebiet umfaßte die Kreise Rosenberg und Stuhm sowie Teile der Kreise Marienburg und Marienwerder; verwaltungstechnisch gehört es jetzt zu Ostpreußen. Trotz der überwältigenden Mehrheit von fast 93% deutscher Stimmen, die sich bei der Abstimmung ergab, sollte die Hoffnung der Bewohner, daß das Abstimmungsgebiet in vollem Umfange dem Deutschen Reiche erhalten bliebe, getäuscht werden. Ein der Fläche nach zwar kleiner, in seiner Bedeutung jedoch äußerst wichtiger Streifen Landes auf dem rechten Weichselufer ist Polen zugesprochen worden.

In offenem Widerspruch zu den grundlegenden Bestimmungen des Versailler Vertrages (Art. 97 Abs. 4 u. 5, sowie Art 28 u. 30) und trotz aller Proteste von deutscher Seite verläuft heute die deutsch-polnische Weichselgrenze nicht etwa in der Mitte des Stromes, sondern auf dem deutschen Ostufer. Dies gehört dem Marienwerderer Niederungsgebiet an und ist gegen Überschwemmung durch umfangreiche Deichanlagen geschützt. Hier verläuft die Grenze im allge-

meinen zwar auf einer Linie zwischen Fluß und Deich, ungefähr 20 m westlich des Deiches, an vier Stellen jedoch durchschneidet sie in ganz widersinniger Weise den Deich, sodaß zwei Streifen des angrenzenden Niederungsgebietes auf polnisches Gebiet zu liegen kommen. Zum nördlichen Teilstreifen gehören die fünf Ortschaften Johannisdorf, Außendeich, Neuliebenau, Kramershof und Kleinfelde, von denen nur zwei bei der Abstimmung eine polnische Mehrheit hatten; im südlichen Streifen liegt der Ostbrückenkopf der Münsterwalder Eisenbahnbrücke und der Hafen von Kurzebrack, der für die Verkehrsinteressen des ostpreußischen Hinterlandes von Bedeutung ist.

Diese Grenzziehung spricht in jeder Beziehung besonders dem Art. 97 des Versailler Vertrages Hohn, nach dessen Abs. 4 u. 5 der durch die Abstimmung kundgegebene Wille der Bevölkerung, sowie die ganze geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften bei der Grenzfestsetzung ausdrücklich berücksichtigt werden sollten. Zwei Ortschaften mit deutscher Mehrheit und eine mit Stimmengleichheit sind Polen zugeteilt worden; im übrigen haben die Bewohner s. Zt. nur deswegen zum Teil für Polen gestimmt, weil sie dazu beitragen wollten, daß das ganze westpreußische Abstimmungsgebiet polnisch werde. Nachdem die übrigen Teile deutsch geblieben sind und sie zwei Jahre bittere Erfahrungen gemacht hatten, haben sie selbst gebeten, wieder mit Deutschland vereinigt zu werden.

Alle fünf Ortschaften sind wirtschaftlich auf Marienwerder angewiesen und bilden mit der übrigen Marienwerderer Niederung eine geographische Einheit. Unter polnischer Staatshoheit sind sie jedoch wirtschaftlich dem sicheren Untergang ausgeliefert. Von ihrem natürlichen Hinterland und Absatzgebiet sind sie abgeschnitten und von ihrem Staat durch die Weichsel getrennt, die oft tage- und wochenlang nicht überschreitbar ist.

Zur Ausübung des Deichschutzes sind die Ortschaften zu schwach und auch finanziell nicht leistungsfähig genug, um die hohen Unterhaltungskosten zu bestreiten. Die übrige Niederung aber lebt nunmehr in der ständigen Gefahr eines Deichbruchs mit seinen verheerenden Folgen, da es mehr als fraglich ist, ob Polen für den notwendigen Deichschutz sorgen wird, da das gefährdete Hinterland ja nicht polnisches, sondern deutsches Gebiet ist.

Aber abgesehen von diesen örtlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die diese ganz eigenartige Grenze mit sich gebracht hat, besitzt in Wirklichkeit die Abtretung dieses schmalen Uferstreifens mit den fünf Dörfern eine viel weitergehende Bedeutung. Der Deutschland vertragsmäßig zustehende freie Zugang zur Weichsel ist auf diese Weise unmöglich geworden; Ostpreußen ist damit vollkommen von der Weichsel abgeschnitten und nun völlig zur Insel geworden. Dies wirkt nicht nur wirtschaftlich nachteilig, sondern ist auch i

litischer Hinsicht außerordentlich gefährlich; denn Polen hat sich auf diese
Veise eine strategische Ausfallsbasis längs der Weichsel geschaffen. Ledig-
ch um die strategischen Ansprüche Polens zu befriedigen, ist Ost-
eußen in vertragswidriger Weise von der Weichsel abgeschnitten worden.

* * *

Als geopolitische Bilanz vorstehender Ausführungen steht an erster Stelle die
atsache, daß sämtliche Ostpreußen betreffenden Bestimmungen des Versailler
ertrags auf Bestrebungen des seit 1918 auch in staatlichem Gewande wieder
scheinenden polnischen Kraftzentrums zurückgehen. Demgegenüber erscheint
s Verhältnis Ostpreußens zu Litauen nur von mehr untergeordneter, lokaler
edeutung, dem nur infolge der so wechselvollen Schicksale des Memellandes
was eingehender Beachtung geschenkt werden mußte. Die geopolitischen
ichtungslinien des polnischen Kraftzentrums jedoch umfassen ganz Ostpreußen
n Osten, Süden und Westen wie mit einer Zange. Die äußeren Festpunkte
tzen an der Ostseeküste und bei Suwalki, dazwischen richtet sich der Druck
f Danzig, die deutsche Weichselgrenze, auf Masuren und Ermland und in
sonderer Art auch auf Memel. Das Endziel ist die Beseitigung Ostpreußens
s Teil des Deutschen Reiches. Natürlicherweise läßt sich diese geopolitische,
manent im heutigen status bestehende Richtungslinie immer wieder auch
s der polnischen Presse erkennen. So schrieb z. B. noch unlängst der in
horn erscheinende „Slowo Pomorskie" (in Nr. 288), . . . „daß wir ohne
anzig, Königsberg und ganz Ostpreußen nicht bestehen können. Die ost-
eußische Frage müssen wir, selbst auf die Gefahr hin, einen Selbstmord zu
gehen, aufrollen". Die von Polen ausgehenden Kraftlinien im geopolitischen
elde werden nun in der Zone des Korridors überschnitten von denen, die im
eutschen Staatsorganismus in mehr oder weniger ausgeprägter Form vorhanden
nd und auf die räumliche Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich
nzielen. Und so entsteht hier, und zwar insbesondere an der ostpreußischen
Vestgrenze, aus geopolitischer Notwendigkeit eine Schütterzone ersten
anges. Als Ganzes gesehen erscheint unter den heutigen Umständen die
age Ostpreußens in dauernder schwerer Gefahr. Es soll nicht im Rahmen
ieser Darstellung liegen, zu untersuchen, durch welche einzelnen Maßnahmen
r entgegengewirkt werden könnte, aber andauernde bewußte Stärkung und
lanmäßige Bevorzugung dieses gefährdeten Landesteils in jeder Beziehung
üßten die obersten Richtlinien sein.

Literatur

Der Friedensvertrag von Versailles. 1919.

Die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen. Berlin 1919.

F. Mager, Ostpreußen. — Die natürlichen Grundlagen seiner Wirtschaft, eine Quelle deutscher Kraft. Hamburg 1922.

E. F. Müller, Die Zertrümmerung Ostpreußens und der deutschen Ostmark. Königsberg 1919.

E. Hollack, Haben die Polen und Litauer ein historisches Recht auf Altpreußen. Königsberg 1919.

Handbooks prepared under the direction of the Historical Section of the Foreign Office. London 1920. Nr. 39. East and West Prussia.

St. Kozicki, Sprawa granic Polski na konferenzji pokojwej w Paryzu 1919 r. Warszawie 1921. (Die Frage der polnischen Grenzen auf der Friedenskonferenz in Paris 1919.)

W. Deuticke, Ostpreußen und der polnische Korridor. Jena 1921.

Die von Preußen abgetretenen Gebiete. Bearbeitet vom Preuß. Statist. Landesamt. Berlin 1922.

A. Eichler, Polen und Ostpreußen. Archiv für Politik und Geschichte. Berlin 1925.

W. Gaigalat, Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk und seine geistigen Strömungen. Frankfurt a. M. 1917.

W. Wendenburg und H. F. Lange, Die Memelfrage. Berlin 1921.

Memel! Denkschrift der wirtschaftlichen Kö perschaften und Verbände zur Selbständigk des Memelgebiets.

P. Langhans, Deutsche und Litauer im Mem gebiet. Petermanns Geogr. Mitteilunge Gotha 1921.

H. Mortensen, Die Nationalitätengrenze zw schen Altpreußen und Litauen. Ztschr. Ges. f. Erdk. z. Berlin. 1922.

K. Katschinski, Das Schicksal des Mem landes. Tilsit 1923.

P. Karge, Die Litauerfrage in Altpreußen geschichtlicher Beleuchtung. Königsberg 192

J. Ganss, Die völkischen Verhältnisse d Memellandes. Berlin-Nowawes 1925.

R. Schierenberg, Die Memelfrage als Ran staatenproblem. Berlin-Grunewald 1925.

M. Worgitzki, Geschichte der Abstimmun in Ostpreußen. Leipzig 1921.

L. Wittschell, Die völkischen Verhältnis in Masuren und dem südlichen Ermlan Hamburg 1925.

Die Volksabstimmung in Westpreußen. Marie werder 1920.

Ostpreußens Abschnürung von der Weichse Abgefaßt auf Grund amtlicher Quellen. Berli 1922.

F. Jäger, Die deutsch-polnische Grenze. E örterungen über Probleme der Grenzziehun Ztschr. d. Ges. f. Erdk. z. Berlin. 1924.

ADRIATICUS:
DAS FENSTER ZUR ADRIA

Das Deutsche Reich war von seiner Geburtsstunde im Jahre 843 etwa ausend Jahre lang bis 1806 bezw. 1866 ein Isthmusstaat zwischen Südmeer ınd Nordsee. Erst der Bruderkrieg, der mit Königgrätz und dem Prager Frieden endete, drängte Rumpfdeutschland von der Adria ab. Seitdem wurde m norddeutschen Binnenlande das Bewußtsein völlig ausgelöscht, daß der natürliche deutsche Raum nicht von zwei, sondern von drei Meeren begrenzt vird. Das Deutsche Reich von heute füllt den deutschen Raum nicht mehr ıus; an die Stelle des Isthmusstaates ist ein Abdachungsstaat getreten, statt les alten „Von Meer zu Meer“ die kleindeutsche Losung „Vom Fels zum Meer“, und auch nach dem Selbstbestimmungsrecht kann Deutschland nur ıoffen, sich wieder zu einem über beide Hänge der Alpen legenden Schwellen-taat zurückzuentwickeln. Das Südmeer erscheint verloren. Das sollte indessen lie geopolitische Wissenschaft nicht hindern, die natürlichen Grundlagen des täusendjährigen Ringens um das „Fenster zur Adria“ zu untersuchen.

Seit dem Verluste Friauls und „Welsch“-Tirols hat sich der Sprachgebrauch lahin verdichtet, als „Fenster zur Adria“ das alte Österreich südlich der Drau zu bezeichnen, also vor allem das untersteirische Dreieck, Krain und das Küsten-and mit Istrien. Dieses Gebiet ist nicht einheitlich, sondern bildet ganz mannigfaltige Landschaftstypen.

Vor allem fehlt es an einer natürlichen Wasserstraße, die das ganze Gebiet zusammenfaßte und mit dem Südmeer verbände, vielmehr wenden sich „die drei Ströme des deutschen Südens“ — Mur, Drau, Sau (Save) — anstatt nach dem Süden ostwärts; der Weg vom Wiener Becken zur Adria führt daher über nicht weniger als vier Wasserscheiden! Wie anders ist dem gegenüber Frankreich mit der schiffbaren Rhone begünstigt, Rußland mit dem Dnjepr und Don! Auch die adriatische Küste selbst ist sehr nachteilig. Bei Triest und bei Fiume fällt sie steil in das Meer; nur gewaltige Molenbauten sichern ruhiges Wasser für die Schiffahrt. Der Meeressaum wird hier wie dort durch Gebirge begrenzt, die sich sofort in mehreren hundert Metern Höhe dem Ver-kehr von der See zum deutschen Binnenlande entgegenzustemmen scheinen.

Die einzige Stelle, welche als eine gewisse natürliche Eingangspforte ange-sprochen werden kann — die Isonzomündung — leidet unter Versandung und Versumpfung. Immerhin bildet dieser Fluß ein Einfalls- und Ausfalltor zwischen Süd und Nord. Gewiß ist sein Tal stellenweise nur schwer zugäng-lich; aber auch die Etsch bietet an der Berner (Veroneser) Klause gewisse

Hindernisse, und gar die Täler, welche heute von der Gotthard- und Simplonbahn benutzt werden, sind fast noch unwegsamer als das Isonzotal. Von ihm gelangt man unter Überwindung nur einer Wasserscheide, des Predilpasses nach Kärnten; nur 70 km Luftlinie liegt dieses vom Südmeer entfernt. Hier bietet die Natur wirklich ein „Fenster zur Adria“, dessen Abschnitte durch die Orte Flitsch, Tolmein und Görz bezeichnet werden.

Der neuzeitliche Massenverkehr mußte freilich andere Wege gehen, seitdem 1866 das österreichische Gebiet in doppelter Weise betroffen worden war. Venetien kam damals an den werdenden italienischen Nationalstaat, das spätere Kleindeutschland, also auch Bayern, wurde Ausland. Österreich hatte dadurch doppelten Anlaß, die Verbindung Predil-Görz zu vernachlässigen. Denn noch mehr als bisher kam es nun darauf an, nicht Salzburg, sondern Wien in erster Linie mit dem Südmeer zu verbinden, und zwar auf eine Weise, welche von der dicht am Isonzo entlang laufenden Grenze möglichst entfernt lag. Der erste Schienenstrang zwischen Triest und dem deutschen Hinterlande ging nicht nach Norden, sondern zunächst — etwa bis St. Peter in Krain — nach Osten und dann erst nördlich nach dem damals noch deutschen Laibach.

Der Weg, der hier eingeschlagen wurde, war von der Natur sicher nicht zu einer Hauptverkehrsader vorherbestimmt. Wie schon erwähnt, steigen bei Triest die Berge unmittelbar vom Wasser aus auf. Die Stadt selbst mußte terrassenförmig angelegt werden; der unmittelbar sich dem Häusermeer anlehnende Vorort Optschina liegt teilweise schon 400 m über dem Meeresspiegel. Um diesen Höhenunterschied zu überwinden, mußte die Bahn eine gewaltige Schleife bis nach Nabresina (Aurisina), d. h. fast die halbe Luftlinie nach Görz beschreiben. In etwas größerem Abstand zur Küste laufen weitere unregelmäßige Hügel- und Bergketten, in deren Gebiet wilder Karst und gesegnete Täler und Taleinstürze (Dolinen) abwechseln. Jeder Schritt des Bahnkörpers mußte hier der Natur abgetrotzt werden. Auch heute noch bedrohen Bora, Schneestürme, Gewitterregen und Höhleneinstürze den Weg des Dampfrosses. Die Welt des Karstes und der Dolinen wird in 20—30 km Küstenabstand von der Kette der Julischen Alpen überragt; in ihrem nördlichen Teil treten sie bis auf etwa 50 km vom Meere zurück, nähern sich dafür dem Isonzo und erreichen im Dreikopf (Triglav) eine Höhe von etwa 2800 m. Die Julischen Alpen sind von Italien als Grenze ihrer küstenländischen Annexionen gewählt worden, und zwar mit der Begründung, daß hier die Natur selbst eine Scheidemauer aufgerichtet habe. Einige Wahrheit ist hierin enthalten. Denn nördlich und nordöstlich von ihnen hat die Landschaft vollständig deutsches Gepräge, während in das Gebiet zwischen ihnen und dem Meer sich zungenförmig einzelne italienisch anmutende Landschaftstreifen einschieben; allerdings sind sie nur sporadisch und schon aus diesem Grunde nicht

zu überschätzen. Der Anblick der majestätischen Kette der Julischen Alpen erinnert die gegenwärtigen Herren Triests daran, daß ihr schmaler Küstenbesitz ein Großvolk von 78 Millionen geschlossen siedelnder Menschen von seinem dritten Meere trennt.

Die Bahn von Triest nach Laibach umgeht die Julischen Alpen im Süden, und zwar nicht unter Benutzung der Adriatischen Pforte [1]), welche im Mittelalter eine so große Rolle gespielt hat [2]), sondern noch weiter südlicher, östlich von Diwatscha. Hier zweigt sich von ihr die Bahn ab, welche das ganze Halbinseldreieck Istrien bis zu dem Kriegshafen Pola durchzieht. Auch Istrien ist ein rauhes unwirtliches Gebirgsland, im Monte Maggiore bei Abbazia steigt es bis über 1300 m an. Die West- wie die Ostküste fällt steil ins Meer, wo stellenweise ein Pflanzenwuchs von paradiesischer Üppigkeit gedeiht. Von den Julischen und Dinarischen Alpen ist das istrische Gebirge durch die Senke des Tschitschenbodens getrennt; durch sie läuft die Eisenbahn zwischen St. Peter und dem Quarnerohafen Fiume.

Das Gebiet zwischen den Julischen Alpen einerseits, den Karawanken und dem untersteirischen Dreieck andererseits wird durch das krainische Hügelland ausgefüllt. Auch in ihm finden sich noch karstartige und andere sonderbare verkehrsfeindliche Bildungen; zu ihnen gehört z. B. der periodische Zirknitzer See, der gerade 1925 wieder einmal ausgetrocknet ist. Auch hier wurde die Bahn zu unwirtschaftlichen Umwegen gezwungen. Im allgemeinen ist aber Krain dem Verkehr zugänglicher. Das Land entwässert zur Save, dessen Haupt- und Nebentäler größtenteils gut gangbar sind. Im Knotenpunkt geschickt gewählter Verkehrslinien liegt Laibach. Von hier aus führen insbesondere gute Bahnen nach Kärnten und Steiermark (Steinbrück, Cilli, Graz). Das untersteirische Dreieck endlich, der nordöstliche Teil des Fensters zur Adria, ist ein Hügelland, welches verkehrspolitisch von allen Seiten leicht zugänglich ist und daher im großen Durchgangsverkehr eine bedeutende Rolle spielt.

Der willensstarke Franz Ferdinand schuf eine zweite Bahnlinie vom deutschen Hinterlande zum Südmeer, nämlich von Salzburg nach Triest. Auch diese Linienführung leidet unter der Auflockerung der Ostalpen. Am Gotthard, Splügen und Brenner lassen sich die Alpen noch durch Überwindung einer einzigen Wasserscheide durchqueren. Der Bahn Salzburg-Triest stellen sich aber 3 Wasserscheiden in den Weg, nämlich die Ketten der Tauern, der Karawanken und der Julischen Alpen. Letztere hätten am Predilpaß nördlich umgangen werden können, aber Franz Ferdinand mied diesen Weg wegen der Nähe der italienischen Grenze; so mußte das bis dahin menschenleere Trogtal der Wochein erschlossen und der gewaltige Wocheiner Tunnel geschlagen werden an jener Stelle, die bisher am schroffsten deutsche und welsche oder verwelschte Landschaft trennte.

Die alte Südbahn Graz-Laibach-Triest und die Karawanken-Wocheiner Bahn von Kärnten nach Görz und Triest sind die beiden Schlagadern des wirtschaftlichen Lebens am Fenster zur Adria.

* * *

Ebenso unübersichtlich wie die Landschaft ist die Bevölkerung. Abgesehen von den Deutschen, finden wir in einem schmalen Streifen der westlichen Küste Italiener, im nördlichen Hinterlande Slowenen, im südlichen und in dem größten Teile von Istrien Kroaten. Im Isonzoteil gibt es ferner Friauler (Furlaner), die den Rhätoromanen Graubündens und den tiroler Ladinern verwandt sind, außerdem die verschiedensten Volkssplitter, die im Laufe von 2000 Jahren hierher verschlagen wurden, z. B. in Triest Armenier und levantinische Juden, auf Istrien sogar u. a. neun rumänische Dörfer.

Unter den Deutschen lassen sich vier Gruppen unterscheiden. Die erste besteht aus Bauern. Sie haben gegen Ende des vorigen Jahrhunderts stark gelitten und finden sich heute fast nur noch im Gottscheer Lande, im nördlichen Teil des untersteirischen Dreiecks und in Kärnten. Die zweite Gruppe, die Kleinstädter und Großgrundbesitzer, bildeten seit vielen Jahrhunderten die deutsche Oberschicht bis dicht zum Südmeer. Unter ihnen forderte die Verslawung des Fensters zur Adria die meisten Opfer. 1880 hatte Krain noch eine deutsche Landtagsmehrheit, Laibach war noch eine deutsche Stadt, ebenso Krainburg, Bischoflack, Radmannsdorf, Stein und die meisten anderen Städte und Städtchen. Der deutsche Großgrundbesitz reichte noch um 1900 fast geschlossen bis zum Meere. Heute finden sich von dieser Gruppe des Deutschtums nur noch Trümmer. Die dritte Gruppe ist durch den Fremdenverkehr nach dem Südmeer gekommen. Sie hat die Kurorte Abbazia (d. i. Abtei), Parenzo, Rovigno, Lussin usw. gegründet, sie und der deutsche Reiseverkehr ziehen auch heute noch das meiste Geld in das Land. Obgleich sich auch hier der deutsche Besitz häufig von den Eltern auf die Kinder vererbt, ist die volksmäßige Bedeutung dieses Deutschtums gering. Die letzte Gruppe besteht aus Geschäftsleuten, welche durch die geopolitische Lage, also durch natürliche Triebkräfte, an das Südmeer gebracht wurden. Ihre Zahl und ihr Einfluß wuchsen vor dem Kriege sichtlich und berechtigten zu weitgehenden Zukunftshoffnungen. Diese wurden erst durch die Pariser Friedensschlüsse zunichte gemacht. Immerhin ist auch heute noch die deutsche Wirtschaft in den Hafen- und Verkehrsorten nicht bedeutungslos.

Das Italienertum ging vor dem Kriege rasch zurück. Sein völliges Verschwinden erschien nur noch eine Frage weniger Jahre. Gerade deshalb beeilte sich der italienische Irredentismus zu seinem Teile mit der Entfesselung des Weltkrieges. Die Gewinner waren die Slawen, vornehmlich die Slowenen.

Triest war im Begriff, eine slowenische Stadt zu werden. Erst der Ausgang des Krieges und die Zertrümmerung des alten Österreich unterbrachen diese Entwicklung. Heute wetteifern italienische Behörden und Faschisten in dem Bestreben, das Rad der Geschichte nach der anderen Seite zu drehen.

* * *

Politisch hat das Fenster zur Adria ursprünglich zum keltischen Machtbereich gehört, später zum römischen, dann zum germanischen. Auf diese Zeit wird besonders die Besiedelung des Gottscheer Landes zurückgeführt. [3]). Im 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung wanderten Slawen zu, ohne die andere Bevölkerung völlig verdrängen zu können. Von jeder Völkerwelle, die sich über das Land ergoß, blieben in unzugänglicheren Gegenden Teile zurück. Von der Geburtsstunde des politischen Deutschland ab erstreckte sich dieses — wie eingangs erwähnt — bis zum Südmeer. Das blieb so über 1000 Jahre lang, bis zum Bruderkrieg von 1866. Die durch das Bündnis der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche (1879) vorbereitete Wiederherstellung dieser deutschen Isthmuslage („Isthmuslinie Triest-Swinemünde") wurde im Weltkrieg militärisch Wirklichkeit und in dieser Beziehung von größter, für die Beseitigung des russischen Zarismus und die Dardanellenverteidigung vielleicht entscheidender Bedeutung. Sie konnte aber politisch nicht mehr verankert werden. Die Friedensdiktate von Versailles und St. Germain brachten Mitteleuropas Balkanisierung und Atomisierung.

Italien erhielt die ganze Küste des Fensters zur Adria von der Isonzomündung über Pola bis nach Abbazia und Fiume, das „St. Veit" des Mittelalters, welches jahrhundertlang von Graz aus als Teil Innerösterreichs verwaltet worden war. Italienisch wurden auch die Bahnknotenpunkte St. Peter, Diwatscha und Görz.

Der Widersinn dieser Grenzziehung ist bisher wohl nicht genügend beachtet worden. Mit dem Selbstbestimmungsrecht kann sie nicht begründet werden, denn die Italiener bildeten in dem annektierten Gebiet nur eine Minderheit der Bevölkerung. Geschichtlich haben die Italiener ebensowenig ein Anrecht; sie versuchen zwar, zur „Begründung" die Ausdehnung des alten römischen Reiches heranzuziehen, allein die Italiener sind weder Bluts- noch Rechtsnachfolger der Römer. Mit einem solchen Taschenspielerkunststück könnten sie — wie ich in meinem Buche „Deutschlands gerechte Grenzen" ausgeführt habe [4]) — ebenso gut die Industriegebiete von Manchester und Liverpool für Italien fordern!

Bleibt noch die Begründung, daß „die Natur selbst die Grenze Italiens auf der Wasserscheide der Julischen Alpen festgelegt" habe. Wissenschaft-

licher Prüfung hält auch diese These nicht Stand. Von der „Beweisführung“, die Adria trage überwiegend italienisches Kulturgepräge, es sei also ein „mare nostro“, mithin müßten auch die dasselbe speisenden Gewässer und das von ihnen durchflossene Land bis zu den Wasserscheiden italienisch sein, ist jedes der drei Glieder falsch. Das adriatische Meer hat als solches überhaupt kein Kulturgepräge, sondern ist Anökumene. Die Meeresufer haben teilweise rein italienisches Gepräge, teilweise aber auch ein solches, das von dem italienischen ganz verschieden und zum Teil sogar betont entgegengesetzt ist. Das gilt besonders für die südslawischen und albanischen Küstengebiete, in gewissem Sinne aber auch für das „Fenster zur Adria“. Neben dem kroatischen ist hier vor allem der deutsche Kultureinschlag nicht zu unterschätzen. Er äußert sich besonders in Wiener Prägung und ist in ihr in Bauten, Kleidung und Lebensgewohnheiten (Beispiel: Kaffeehaus!) unverkennbar zu finden.

Als Haupttrumpf wird von italienischer Seite der Pflanzenwuchs zu ihren Gunsten ausgespielt. Allein zu Unrecht. Gerade die Italiener hätten Anlaß, diese Frage nicht aufzuwerfen. Denn sie haben es verschuldet, daß die herrlichen Wälder am Fenster zur Adria abgeholzt wurden, um zu Schiffen für die Kriegsflotte der Venetianer und zu Pfahlrosten ihrer Paläste verwendet zu werden, während das abgeholzte Gebiet zum Karst, d. h. zur Wüste wurde. Deutsche haben im 19. und 20. Jahrhundert wieder Aufforstungen vorgenommen. Deutschen und ihrem deutschen Wald ist es zu verdanken, wenn das Land wieder sich zu heben begann. Auch die Palmen- Feigen- und Orangenbäume sind nicht von der Natur nach dem Fenster zur Adria gebracht worden, sondern vornehmlich durch den 1 000 jährigen deutschen Besitz, da gerade der Deutsche es liebte und liebt, sein Heim und seine Umgebung mit ausgesprochen südlichem Pflanzenwuchs zu umgeben. In den deutschen Gärten der Donaustadt Preßburg gedeiht das ganze Jahr der Feigenbaum, in den Sommergärten von Berlin und Hamburg die Palme. Soll das etwa auch einmal zur „Begründung“ italienischer annexionistischer Forderungen dienen?

Ist so die Behauptung, die Küste des Fensters zur Adria trage italienisches Kulturgepräge, schief und nicht stichhaltig, so erledigt sich der weitere Anspruch, aus diesem Grunde müßten auch die das adriatische Meer speisenden Gewässer und das von ihnen durchströmte Land zu Italien gehören. Abgesehen von einzelnen, früher erwähnten Zungen italienischer Landschaft in bestimmten Tälern[5]) und einem Teil der Küste trägt die Landschaft die Merkmale deutschen Kulturbodens. Restlos gilt das für alle höher gelegenen Gebiete; großenteils aber auch für die Täler, z. B. schon 4 Kilometer vom Meere entfernt bei Triest! Wenn endlich die Italiener von der Naturgegebenheit der Wasserscheidengrenzen überzeugt wären, so müßten sie jene Gebiete freigeben, die an der schweizerischen, deutschösterreichischen und neuen südslawischen

Grenze über die Wasserscheiden „hinüberlappen". Aber daran denken sie nicht.

In Wahrheit entbehrt die neue, parallel zur Küste laufende Grenze Italiens am Fenster zur Adria nicht nur eiuer inneren Berechtigung, sondern ist geopolitisch geradezu ein Unding. Triest und Fiume einerseits, das Hinterland des „Fensters" andererseits sind Kraftfelder erster Ordnung, sie durch Grenzen zu trennen, ist unhaltbar und hat zu den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen geführt und führen müssen. Wien kann kaum ohne Triest, Triest nicht ohne Wien gedeihen. Das Isonzotal kann nicht dauernd seinem Beruf vorenthalten werden, Kärnten und das Südmeer zu verbinden. In den beiden „Schlagadern", Triest-Wien und Triest-Salzburg, stockt der Blutumlauf. In Triest sinken die Löhne bis unter den Lebensmindestbedarf; trotz der anzuerkennenden italienischen Erneuerungsversuche nehmen die Laster daselbst überhand. Der Natur läßt sich nicht ewig Gewalt antun.

52 Kilometer beträgt die Entfernung zwischen dem Wocheiner Tunnel in den Julischen Alpen und zum Südmeer, d. h. soviel wie die Entfernung zwischen Nürnberg und Bamberg oder vom Berliner Müggelsee nach Nauen. 78 Millionen geschlossen siedelnder Deutsche glaubt Italien vom Südmeer dahinter verschließen zu können. Und in welchem Zeitpunkte wurde dieses Fenster verschlossen! Die vorwiegend mit deutschem Gelde erbauten Bahnen und Hafenanlagen Triests wurden dem Deutschtum in demselben Augenblick genommen, wo das Recht jedes Staates auf einen Zugang zu seinem vorgelagerten Meer verkündet und demgemäß dem neuen Polenstaat ein Zugang durch fremdes, nämlich deutsches Gebiet zur Ostsee zugeschanzt wurde!

* * *

Dieses Heldenstück genügte den Vätern der Pariser Friedensdiktate noch nicht. Zwischen Deutschösterreich und das Südmeer legten sie noch eine zweite Schranke, „das Zwischenland Slowenien". Dem Selbstbestimmungsrecht entspricht diese „Lösung" nicht. Abgesehen davon, daß die Mehrheit der Slowenen noch im Sommer 1918 eine Trennung vom deutschen Hinterlande nicht wünschte (freilich im Oktober 1918 jäh umschwenkte und bis heute notdürftig „Haltung" bewahrte), sind die Slowenen mit der heutigen Grenzführung durchaus unzufrieden und bekunden dies häufig in ihrer temperamentvollen Weise , die dem führenden Staatsvolk Südslawiens, den Serben, schon oft Schwierigkeiten machte und den Italienern erwünschten Anlaß zu neuen Demütigungen der Slawen bot. Hier sei vor allem die geopolitische Seite der Grenzziehung beleuchtet. Die Bedeutung Krains, das ja den Kern des gegenwärtigen Slowenien bildet, liegt in seiner Mittlerstellung zwischen dem Leben spendenden Meer und dem werktätigen deutschen Gebiet; unmöglich kann es

aber als äußerster, doppelt umschlossener Vorposten eines ganz anders gearteten Balkanstaats gedeihen. Die Save (Sau), die nach Osten zu weisen scheint, ist in ihrem Oberlauf für die Schiffahrt ohne Belang, nicht blos wegen des ungeregelten Flußbettes, sondern auch weil es keine Güter gibt, die zwischen dem agrarischen Slowenien und dem agrarischen Serbien auszutauschen wären. Die Slowenen waren auf Gedeih und Verderb mit ihren deutschen Lehrmeistern und uneigennützigen Helfern verbunden; da sie diese Verbindung gelöst haben oder wenigstens lösen ließen, so verderben sie, langsam, aber sicher.

* * *

Die gegenwärtigen doppelten Grenzschranken zwischen dem Deutschtum und dem Südmeer sind geopolitisch widersinnig. Die Natur ruft danach, das „Fenster zur Adria“ wieder zu öffnen. Und doch darf uns diese wissenschaftliche Erkenntnis nicht dazu verleiten, aus diesem Grunde Triest für einen künftigen gesamtdeutschen Staat in Anspruch zu nehmen. Deutschlands Grundlage für seinen Wunsch nach Grenzänderungen ist das Selbstbestimmungsrecht. Diesen Boden darf unsere Volkspolitik nicht verlassen, will sie nicht jede Hoffnung auf eine baldige Überprüfung der Grenzen Tirols, der sudetendeutschen Gebiete, Ostoberschlesiens usw. selbst zerstören. Auch im Süden können wir für uns nur ein vernünftig angewandtes Selbstbestimmungsrecht fordern. An anderer Stelle habe ich eingehend zu zeigen versucht[4]), daß wir hiernach zu einer „gerechten“ deutschen Südgrenze am Wocheiner Tunnel und an der Save kommen (vgl. auch das geflügelte Wort „Rann an der Save — ran an die Save!“). Von anderer Seite wird nicht einmal diese Forderung geltend gemacht.[6]) Jedenfalls wäre eine deutsche Forderung nach einer Annexion etwa von Krain und dem früheren Küstenland nicht vertretbar. Begnügen wir uns damit, unsere geopolitischen Erkenntnisse den Betroffenen selbst zugänglich zu machen, dem slowenischen Steuerzahler, dem auftragslosen Kaufmann und brotlosen Arbeiter in den verödeten Häfen am Südmeer! Ob und welche Folgerungen sie daraus ziehen wollen, das zu beeinflussen, steht nicht in unserer Macht.

Anmerkungen

1) Penck, Albrecht, Die österreichische Alpengrenze, in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde. Berlin 1915. Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

2) Vgl. z. B. Klein, Anton Adalbert, Zwischen Drau und Adria. Wien 1925. A. Pichlers Witwe & Sohn.

3) Schiber, Adolf, Das Deutschtum im Süden der Alpen, in der Zeitschrift des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins. Innsbruck 1903. Selbstverlag.

4) Adriaticus, Deutschlands gerechte Grenzen. Berlin 1925. Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).

5) Penck, Albrecht, Deutscher Volks- und Kulturboden in „Volk unter Völkern“. Breslau 1925. Ferdinand Hirt.

6) Sieger, Robert, Die Südgrenze der deutschen Steiermark. Graz 1919. Leuschener & Lubensky. — Er fordert eine neue Teilung der Untersteiermark.

ALBERT VON HOFMANN:
DIE WEGE DER GESCHICHTE ITALIENS UND DEUTSCHLANDS
Kurz dargestellt an der geographischen Struktur beider Länder

II. DEUTSCHLAND

Betrachten wir die natürlichen Grenzen Deutschlands, so finden wir den Kern Mitteleuropas im Norden und Süden äußerst scharf begrenzt; im Norden durch die beiden deutschen Meere, im Süden durch die Alpen. Während so im Norden und Süden die Grenzen Mitteleuropas klar gezeichnet sind, zeigen sich dieselben im Westen und Osten weniger eindrucksvoll. Immerhin fehlen sie auch hier nicht. Im Westen bilden eine deutliche Grenzlinie auf der linken Rheinseite der Schweizer Jura, die Vogesen, das Pfälzische Bergland und die Barriere der Ardennen. Die natürlichen Grenzen im Südosten sind die Sudeten und Beskiden, für das engere Süddeutschland der Böhmer und der Bayerische Wald. Nur nördlich der Lausitzer Gebirge öffnet sich von den Quellen der Spree bis zur Mündung der Havel verlaufend, das heißt begrenzt im Norden von der mecklenburgischen Seenplatte, eine weite Strecke, welche nach Osten keinen natürlichen Abschluß besitzt. Dieses Stück ohne natürliche Grenze ist von Anfang an bestimmt gewesen, der Boden unserer historisch wirksamsten Kraftentwicklung zu werden. Die Norddeutsche Tiefebene schiebt sich nach Süden vor bis in die Gegend von Halle und Merseburg. Von hier aus Saale- und Elbabwärts muß die Linie gezogen werden, auf welcher sich vor allem unsere positive Geschichte aufgebaut hat. Vorwärts dieser Linie zwischen Elbe und Oder liegt nicht zufällig Berlin.

Die kleine offene Strecke an der Mitteloder hat sich doppelt ausgewirkt. Einmal sehen wir so einen Unterschied entstehen zwischen einem Oberland, welches geschlossene Grenzen hat, und einem Niederland, dem die Grenzen im Osten fehlen. Damit sind der Entwicklung dieser beiden großen Gebiete verschiedene Bedingungen gestellt. Gehen wir ferner aus von dem einfachen Satz, daß, je klarer und fester eine natürliche Grenze, desto unnatürlicher die Expansion über eine solche ist — daß aber je unbestimmter eine Grenze ist, sie um so mehr zu einem Überschreiten lockt, so sehen wir aus der Grenzbildung Deutschlands, daß unsere äußere Geschichte von Natur in die Richtung gezogen werden mußte, in welcher sich die offene Grenze im Osten findet. Das heißt, daß ihre natürliche Richtung von Westen nach Osten geht. Wir sehen ferner, daß unsere innere Geschichte in der Nordsüdlagerung zu suchen sein wird, in welcher erstens keine schwachen Grenzen zu verteidigen

sind, in welcher wir zweitens schon ein trennendes Moment zwischen dem Oberland und dem Niederland festgelegt haben. Wir erkennen hier sofort, wie das oberdeutsche Gebiet praedestiniert war, früher fertig zu sein als das niederdeutsche, wie aber das niederdeutsche das größere Gebiet der Zukunft war, auf dem die großen Entscheidungen der deutschen Geschichte fallen mußten.

Wie konnte es nun aber kommen, daß die deutsche Geschichte tatsächlich jahrhundertelang nach Süden abgelenkt erscheint? Der Gegensatz zwischen Nord und Süd, der schon in unserer mittelalterlichen Geschichte in hellen Flammen ausbricht, ist nicht allein imstande gewesen, den Dualismus zu begründen, der durch unsere Geschichte geht. Gleichwohl hat sich auch dieser Gegensatz durchaus charakteristisch historisch ausgewirkt.

Die verschiedene Kultur im Süden und Norden kam z. B. darin zum Ausdruck, daß in Schwaben die Zertrümmerung der Bauernfreiheit im 12. Jahrhundert schon sehr viel weiter vorgeschritten war als in Sachsen. Als der junge deutsche König Heinrich IV. nach Sachsen kam, umgeben von einem völlig schwäbischen Hof, wagten die schwäbischen Herren die Sachsen zu behandeln wie ihre unfreien Bauern daheim. Darüber brachen die Sachsenkriege des 12. Jahrhunderts aus.

Wenn das Schwergewicht unserer Geschichte vom Norden zeitweise nach Süden abgelenkt wurde, so hat dies besondere Gründe gehabt. Hier spielt Italien verhängnisvoll in unsere Geschichte hinein.

DIE GEOGRAPHISCHE GRUNDLAGE DES DEUTSCHEN DUALISMUS

Trotzdem der Alpenkamm eine scharfe natürliche Grenze darstellt, wurden die Oberdeutschen fast automatisch über die natürliche Alpengrenze nach Italien gelockt. Sind hierbei gewiß die Lockung des Südens und seines Reichtums wie seiner alten Kultur und die Politik der römischen Kirche nicht hoch genug anzuschlagende Faktoren gewesen, so hat doch auch hier die Natur des Landes ihre Rolle mitgespielt.

Die Alpenländer zeigen verschiedene Fähigkeit zu politischen Bildungen auf der Nordseite und auf der Südseite des Kammes. Im Norden verlaufen die Täler schief gegen den Kamm; sie sind daher hier weniger steil und länger als im Süden, wo sie rechtwinklig gegen den Kamm liegen. Im Norden dehnen sich größere Talschaften aus; im Süden sind die Täler kürzer und steil. Im Norden bauen sich die politischen Landschaften am Fuß der Alpen auf der Zugänglichkeit des Gebirges auf; im Süden bauen sie sich vornehmlich auf der Sperrfähigkeit desselben auf. So ist z. B. Tirol ein politisches Gebilde, welches südlich der Alpen an den Etsch- und Eisacksperren und deren Umgehungen emporgekommen ist. Bei Brixen umgeht man die Eisacksperre von Klausen; bei Trient umgeht man die Etschengen, die oberhalb und

ınterhalb von Rovereto liegen. Von Meran aus umgeht man beide. Der Graf von Meran hat schließlich die Bischöfe von Brixen und Trient beiseite gedrückt; so wurde er der Herr von Tirol. Tirol ist ein politisches Gebilde, velches nur von Süden her zu verstehen ist. Dasselbe gilt vom Kanton Tessin, ler von Haus aus eine Sperrzone des Herzogtum Mailand war.

Es sind die Beziehungen zu den Alpenpässen, welche den Maßstab für die Bedeutung der oberdeutschen Länder in unserer älteren Geschichte ergeben. Die beiden zentralen Paßgruppen, die rätische mit Splügen, Julier und Septimer, die Tiroler mit dem Brenner und dem Reschenscheideckpaß kann man für das 10. und 11. Jahrhundert auch mit dem Namen der schwäbischen und bayrischen Pässe bezeichnen. Die Zugänge zu diesen Pässen waren indes nicht gleich verteilt. An den schwäbischen Pässen haben die Bayern keinen Anteil, wohl aber haben die Schwaben an den bayrischen Pässen teil. Wie die Schwaben östlich bis an den Lech reichten, öffneten sich ihnen im Fernpaß und im Paß von Seefeld auch wichtige Zugänge in das Inntal. Hier liegen die Keime zu den Verhältnissen, welche im 12. Jahrhundert das politische Übergewicht Schwabens begründeten, wobei man nicht vergessen darf, daß der schwäbische Stamm an sich einer der talentvollsten und tüchtigsten deutschen Stämme ist. Sowie aber Schwaben übermächtig wird, tritt es mit der Elbe in den Kampf.

Es hat in unserer älteren Geschichte kaum größere Krisen gegeben, als wenn die Möglichkeit bestand, daß Schwaben mit Italien in eine tiefere Verbindung kam. —

Im 10. Jahrhundert sehen wir für die italische Krone in dem Markgrafen von Ivrea einen ernsten Prätendenten erstehen. Sein Recht erhebt sich vornehmlich auf dem Besitz der beiden großen Riegel der Westeingänge Italiens, auf Ivrea und Turin. Adelheid dagegen, die Tochter Rudolfs von Hochburgund und die Stieftochter Hugos von Niederburgund, welche beide gekrönte Könige von Italien geworden waren, verkörperte in sich wie keine andere Frau persönliche Rechte auf den italischen Königthron. Der Markgraf von Ivrea mußte daher zu verhindern suchen, daß Adelheid, nachdem sie Witwe geworden, zu einer zweiten Ehe schritt.

Adelheid mußte vor Berengar von Ivrea fliehen. Floh sie über die Alpen, so konnte sie bei den Schwaben Zuflucht finden, denen sie verwandt war, oder bei den Bayern. Sie fand dann wahrscheinlich ihren zweiten Mann im schwäbischen oder im bayrischen Herzoghaus. Indem dann aber eines der oberdeutschen Herzogtümer Fuß faßte in Italien, kam das gerade an der Elbe emporgekommene neue deutsche Königtum in eine unerträgliche Situation. Die Folge mußte werden, daß das neue sächsische Königtum der Ottonen zusammenbrach. Otto der Große mußte die Ehe Adelheids gerade so zu ver-

hindern suchen wie Berengar. Schließlich hat er selbst die junge Königin von Italien heimgeführt. Keine Romantik, nüchternste Politik. Die Heirat wurde ein schwerer Schlag gegen das schwäbische Herzoghaus. Dieses antwortete mit dem ludolfingischen Aufstand, der auch so das Reich an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Dies erste Mal wurde die gefahrvolle Kombination verhindert. Das zweite Mal aber wurde sie nicht verhindert, und darüber zerbrach das Reich wirklich.

Schon als man zur Zeit des Rotbart systematisch Reichpolitik in Italien zu treiben begann, wurde automatisch die Reaktion in Sachsen geweckt. Indes Sachsen war gelähmt. Der Herzog von Sachsen war umgeben von natürlichen Feinden. Sowie das Königtum in Schwaben mit dem Herzog von Sachsen in Konflikt gerät, fallen der Erzbischof von Bremen und der askanische Markgraf von Brandenburg ganz von selbst dem König als Bundesgenossen zu. So lagen die politischen Verhältnisse für die Elbe im 12. Jahrhundert denkbar ungünstig. Heinrich der Löwe wurde im Jahre 1181 zur Strecke gebracht. Fünf Jahre später wurde der Sohn des Rotbart, der künftige Kaiser Heinrich VI., mit Konstanze, der Erbin Siziliens und Neapels, vermählt.

Die Folgen dieser Ehe waren schlimmster Art. Indem die Hohenstaufen jetzt im Zeitalter der Kreuzzüge in den Mittelpunkt des Seeverkehrs zwischen Abendland und Morgenland traten, hatten sie sofort ganz Westeuropa zum Feind. England, Frankreich und Spanien haben alsbald nach Sizilien gesehen. Indem die Hohenstaufen ferner gerade in das Gebiet kamen, welches der Papst sich vorsichtig reserviert hatte, um immer gegen den deutschen König den Rücken frei zu haben, brachten sie den Papst in die äußerste Verlegenheit. Der Papst wird der natürliche Verbündete der Westmächte gegen den deutschen König, aber er ist auch der natürliche Verbündete jeder anderen antischwäbischen Tendenz. Auch Papsttum und Welfentum stehen zusammen gegen das Hohenstaufentum. Die Hohenstaufen aber selbst wurden entnationalisiert.

Der politische Erfolg für Deutschland wurde seine völlige Zerreißung in Nord und Süd, denn nun kam das, was auch im 10. Jahrhundert zu erwarten gewesen wäre, der Versuch, Oberdeutschland so eng wie möglich an Italien anzugliedern. Auf die Politik Friedrichs II. im Elsaß, in der Schweiz, in Österreich und in Bayern deuten wir nur hin. In den drei ersten Gebieten starben zur Zeit Friedrichs II. die herrschenden Familien aus; die bayrische Herzogsfamilie kam durch die Ehe Konrads IV. in die engste Beziehung zum Königshaus.

Das Papsttum hatte eine allgemeine Kriegspsychose gegen das schwäbische Kaisertum geweckt; der Kaiser kämpft einen Riesenkampf, der durch seinen Tod im Jahre 1250 zugunsten seiner Feinde entschieden wird.

Es sind zwei Momente, welche in die fernere Entwicklung der deutschen Geschichte einschneidend eingreifen mußten. Das wichtigste ist vorläufig der

Verlust Italiens. Dann aber verändert sich sehr bald auch die Stellung
der oberdeutschen Länder zu den Alpenpässen; die Schwaben verlieren die-
selben zugunsten der Eidgenossen; die Bayern verlieren dieselben zugunsten
der neu emporkommenden habsburgischen Macht. Habsburger und Eidge-
nossen, die als Konkurrenten systematisch nach den Pässen greifen, kommen
darüber selbst in Kampf. Die Elbe bildet nach dem Niederbruch von 1181
vorläufig noch nicht wieder politische Kraft.

Kommt die Elbe wieder zur Kraft, so wird sich der Dualismus nun zwischen
Elbe und Österreich ausbilden. Das Neuerwachen der elbischen Kraft wird
dadurch verzögert, daß die askanischen Markgrafen von Brandenburg im
Jahre 1320 ausstarben und dadurch, daß sich später hier zwei Häuser scharf
gegenübertreten, die brandenburgischen Hohenzollern und das Haus Wettin.
Man kann aber gleichwohl sagen, daß das habsburgische Kaisertum in Wien
vom ersten Augenblick an eine Anomalie gewesen ist. Neben ihm steht der
Norden, der berufen ist und nur darauf wartet, sich zurückzunehmen, was
ihm gehört.

Die erste Macht, welche im Norden neu entsteht, ist die rein geistige Macht
der Reformation. Instinktiv nimmt Wien den Kampf mit ihr auf. Die neue
politische Macht, die an der Elbe emporkommt, ist Brandenburg-Preußen.
Der Kampf dieser Macht mit dem Kaiser ist ebenso Naturgesetz. Jedes Pak-
tieren mit dem habsburgischen Kaiser wirft Preußen aus seiner vorgeschrie-
benen politischen Bahn. Preußen neutralisiert sich so, wenn die Folgen nicht
schlimmer sind. Durch Österreich wird Preußen nach Vossem, Utrecht, Tilsit,
Olmütz und Versailles geführt. Jede Niederlage Preußens wird an der Donau
im stillen als Sieg gebucht. Preußens Vergrößerung durch die Rheinprovinz
im Jahre 1814 bedeutet seine Ablenkung nach Westen und bewußt anti-
preußische Wiener Politik.

Sehr interessant ist die Stellung Bayerns, aber sie ist durchaus folgerichtig.
Bayern kommt im Mittelalter nicht neben Schwaben, später nicht neben Öster-
reich auf. Sein Höhepunkt im 14. Jahrhundert liegt deutlich zwischen den
Epochen. Es ist frappierend, wie Bayern im 14. Jahrhundert selbst an der
Elbe und Oder erscheint. Sonst aber ist Bayern der natürliche Verbündete
der Macht, die an der Elbe lebt.

Zur Zeit Ottos des Großen steht Bayern an der Seite Sachsens. Nachdem
Sachsen und Bayern gegen Heinrich IV. zusammengestanden hatten, gebietet
zur Zeit der Hohenstaufen über Sachsen und Bayern dasselbe Herzoghaus.
Später wird Bayern der natürliche Verbündete Brandenburg-Preußens gegen
Wien. Klar heben sich so die Anomalien in der bayrischen Geschichte her-
aus. Zuerst wirft die Erhebung Ottos von Wittelsbach Bayern für kurze Zeit
in die staufische Bahn; diese Erhebung wurde durch große Konzessionen an

Schwaben erkauft. Die Neuorientierung des Herzogtums Bayerns in diese
Zeit drückt sich in der Neugründung der Stadt Landshut aus.

Nur zweimal versagt Bayern an der Seite des Nordens. Im Zeitalter de
Gegenreformation ist es der katholische Fanatismus der Wittelsbacher, der di
natürliche Geschichte des Landes kreuzt und es im dreißigjährigen Krieg a
der Seite der Habsburger fast verbluten läßt. In der Zeit zwischen 1815 un
1866 ist es die Angst vor der Gefährdung der neuen wittelsbachischen Souve-
ränität durch deutsche Einheitsbestrebungen, welche Bayern an die Seite Öster-
reichs drückt. Ein Bismarck, der historisch sah, hat schon früh versucht
Bayern in seine natürliche politische Bahn zurückzulenken; er hat in Bayer
letzten Endes immer einen natürlichen Bundesgenossen gegen Österreich gesehen

Auch in dem politischen Chaos unserer Tage bleibt diese Schichtun
stehen. Der Traum Großbayerns übersieht, daß Bayern und Österreich alt
Gegensätze sind. Die heutige Bedeutung Bayerns liegt mehr auf der Seite de
Partikularismus als je. Dieser bayrische Partikularismus verliert sein Rech
in einer Republik, unterstreicht sein Recht unter einer Dynastie. Von hie
aus droht den deutschen Republikanern die erste Enttäuschung. —

Östlich des Wiener Beckens sitzen die Ungarn, welche Nord- und Südslawe
trennen. Die Ungarn sind die natürlichen Gegner Wiens, die natürliche
Bundesgenossen Preußens. Die Slawen sind die natürlichen Bundesgenosse
Wiens gegen die Ungarn. Das Mißverstehen dieses Problems hat Österreic
im Jahre 1914 in den Krieg geführt.

MITTELDEUTSCHLAND

Die Länder der Mitte konnten durch ihre Lage zwischen Nord und Sü
nicht anders als hineingezogen werden in den deutschen Dualismus. Di
Zwischengebiete, welche hier in Betracht kommen, sind Thüringen un
Böhmen.

Die thüringische Landgrafschaft ist zuerst auf dem deutschen Dualismus
als dieser unter Lothar von Sachsen wieder auflebte, entstanden. Aber di
Rolle Thüringens in diesem Dualismus ist schon im 13. Jahrhundert ausge-
spielt. Lothar kam es darauf an, sich den Durchgang zwischen Norden un
Süden westlich des Thüringer Waldes zu sichern gegen die in Franken star
entwickelte staufische Macht. Aber der genannte Durchgang, der sich nach dem
Main öffnet und nach Norden schließt, kann gerade so gut auch in umge-
kehrter Richtung wirksam sein. Der zweite Landgraf, Ludwig der Eiserne
heiratete Judit von Schwaben und wurde der Schwager des Rotbart. —

Die politische Auswirkung des Durchganges westlich des Thüringer Walde
wird schließlich dadurch gekreuzt, daß die eigentliche politische Orientierun
der Landgrafschaft, deren Sitz Eisenach ist, nach Westen geht.

Unweit Eisenach bricht der Thüringer Wald, ein nach Nordwesten ge-
ichtetes Kammgebirge, ab; damit wird an dieser Stelle der einzige Durch-
gang vom Mittelrhein nach der mittleren Elbe frei. Dieser Durchgang in
Verbindung mit dem Abbruch des Waldgebirges gibt dem Landgrafentum eine
ffensive Stellung nach Westen, eine defensive Stellung nach Osten. Dadurch,
aß sich an diesem Punkt die Herrschaft über Thüringen konzentriert, wird
erständlich, daß Thüringen an der Seite der Sachsen gegen den salischen
König stand, wird weiter verständlich, daß es sich mit Hessen eng gegen den
Erzbischof von Mainz verbinden konnte. Dadurch aber, daß die Wartburg
— wir werden dies noch sehen — eine den Wegen der deutschen Geschichte
entgegengesetzte Richtung verkörpert, ist das negative Schicksal Thüringens
n unserer Geschichte praedestiniert gewesen.

Mit dem Aussterben der Landgrafen im Jahre 1248 hat Thüringen keine Zukunft
mehr. Die Landgrafen starben zu früh aus. Die Henneberger in dem Durch-
gang nach Franken hätten ihre Nachfolger werden können, haben aber versagt. —
Nach dem Tode Friedrichs II. mußte sich das Schwergewicht des Reiches
ganz allgemein weiter nach Norden ziehen. Die ersten, welche den nach 1250
schleifenden Zügel des Reiches aufzugreifen suchen, sind die Städte des Mittel-
rheins. Im Jahr 1254 entsteht von Mainz aus der große rheinische Städte-
bund. Eine merkwürdige Parallele zur Frankfurter Nationalversammlung des
Jahres 1848. Beide mußten scheitern, weil sie die Bedeutung des deutschen
Fürstentums nicht richtig einzuschätzen vermochten. Der rheinische Städte-
bund bleibt eine kurze Episode. Zur Zeit des Interregnums aber erhebt sich
n Böhmen noch eine andere Macht.

Wir sind im 13. Jahrhundert noch im Zeitalter der großen deutschen Ko-
lonisation, in welcher der deutsche Norden und der deutsche Süden sich zum
ersten Mal organisch einigen konnten. Das Schwergewicht Deutschlands legt
sich an seine Ostfront; Böhmen bildet hier eine natürliche Klammer zwischen
Nord und Süd. Böhmen war ein reiches Land. Hätte sich das deutsche
Königtum hier im 13. Jahrhundert domiziliert, so hätte es hier vielleicht auch
die Kraft gefunden, sich zu lösen vom Papst. —

Wir betrachten das böhmische Land, welches sich wie eine natürliche
Festung aus seinen Nachbargebieten heraushebt. Wie bei einer Festung tritt
hier die innere Struktur zurück gegen die Umwallung und das Vorgebiet.
Von den Sudeten im Südosten beginnend zieht mauergleich Gebirge an Ge-
birge um das ganze Land, welches nur offen nach der March ist. Der Wein-
bergwald fällt ab gegenüber dem Wiener Wald; die Sudeten besitzen in den
kleinen und den weißen Karpathen einen Fuß, der sich direkt auf Preßburg
setzt. Die Ringmauern der böhmischen Festung erhalten dadurch eine be-
sondere politische Bedeutung, daß ihnen Glacisländer vorgelagert sind, die

leicht in Abhängigkeit von Böhmen zu bringen waren, weil jedes von ihnen von Böhmen leicht zu flankieren ist. Böhmen war durch diese Glacisländer zu einer politischen Landschaft praedestiniert, die fähig war, politischen Einfluß auf Ober- und Niederdeutschland zugleich zu gewinnen; es deckt mit seinen Glacisländern einen Raum, der von den Toren Wiens reicht bis vor die Tore Berlins. Seine Nord- und Südflanke reicht zugleich in die Gebiete hinein, die, wie wir schon sahen, im zweiten deutschen Dualismus einander gegenübertraten. In dem Gegensatz zwischen Österreich und Preußen ist Böhmen eine entscheidende Rolle bestimmt. Der Kampf aber, der um Böhmen auszufechten sein wird, erhält durch die Glacisländer Böhmens seine besondere Signatur.

Die Glacisländer Böhmens reflektieren in doppelter Form auf dieses Land. Indem sie unter der böhmischen Festungsmauer liegen, geben sie Böhmen die natürliche Richtung auf Expansion. Andrerseits aber führen dieses Glacisgebirge, fremden Flußgebieten gehörig, von allen Seiten Straßen an die Festung heran und setzen sie konzentrischen Angriffen aus. Diese konzentrischen Angriffe auf Böhmen werden sogar zur militärischen Notwendigkeit, da ein einzelnes Heer, welches sich der böhmischen Festung nähert, in den Glacisländern sofort in Gefahr gerät, umgangen und überflügelt zu werden. Diese Doppelnatur kommt klar in der böhmischen Geschichte zum Ausdruck.

Zuerst wurde Böhmen natürlich auch eine Gefahr für Wien. Die Auseinandersetzung zwischen Wien und Prag nimmt im 14. Jahrhundert äußerst interessante Formen an.

Die große Herausforderung Wiens erfolgte von Prag aus durch das Reichsgesetz der goldenen Bulle, welches geradezu als Handhabe zur Erniedrigung des Herzogtum Österreich gedacht gewesen ist. Das Gesetz erklärt den König von Böhmen als den ersten Reichsfürsten. Sodann wird ein geschlossener deutscher Großfürstenstand geschaffen, in dem sechs Reichsfürsten als Kurfürsten neben den König von Böhmen treten. Alle anderen Fürsten werden herabgedrückt; das trifft an erster Stelle den Herzog von Österreich.

Die Bedeutung des Wiener Beckens beruht darauf, daß sich hier ein Straßenkreuz bildet. Der große Weg ostwärts und westwärts, den die Donau selbst bildet, wird gequert durch einen natürlichen Weg, der von Böhmen nach Venetien führt. Die Gebiete, welche im Wiener Becken ihren Mittelpunkt finden, sind Schwaben und Bayern, Ungarn, Böhmen und Mähren, endlich Steiermark, Kärnten und Krain. So erscheint vor uns in Umrissen schon die ganze spätere habsburgische Monarchie und klar scheidet sich auch aus, was eigentlich nicht dazu gehört. Mit Galizien und der Bukowina griff sie über ihren natürlichen Kreis hinaus.

Zur Zeit des Reichsgesetzes der goldenen Bulle hatte das Herzogtum Österreich schon begonnen, sich auszudehnen. Seine militärische Kraft beruht auf

n Alpenländern Kärnten und Steiermark; beide waren damals schon in terreichischer Hand. Durch den habsburgischen Besitz in Alemannien kam ien nach Schwaben und an den Oberrhein. In dieser immerhin schon starken ellung hat sich Wien mit Böhmen nach 1357 auseinanderzusetzen gehabt.

Im Jahre 1359 fielen uralte Urkunden vom Himmel, Fälschungen aus der anzlei des Herzogs von Österreich. Nach ihnen nun stand plötzlich der erzog von Österreich als der erste Herzog der Christenheit da; er ist von in an der Erzherzog. Man möchte sagen, daß in diesem Titel allein schon ne Art ausschließlichen Anspruchs auf das deutsche Königtum liegt. Auch em Reich wird heimgezahlt, daß der Herzog in demselben rechtlos sein soll; sterreich wird aus dem Lehnsnexus des Reichs gelöst.

Die Folge der gegenseitigen Ansprüche wurde der Bruch zwischen Habsurgern und Luxemburgern. Dies war die Situation, in welcher im Jahre 1361 er Erbvertrag zwischen Rudolf IV. von Österreich und Ludwig von Ungarn istande kam. Durch diesen Erbvertrag wurde Ungarn zuerst in die rechtche Interessensphäre Österreichs gerückt. Wieder zwei Jahre später erwarb udolf, schnell vor den Wittelsbachern zugreifend, beim Aussterben des Meiner Grafenhauses die Grafschaft Tirol. Zu gleicher Zeit sucht der Herzog ich Boden zu gewinnen in Krain. Es handelt sich darum, die Hand auf le Straßen nach Italien zu legen vom Karst bis zum Ortler hinauf. Und so atte sich in den wenigen Jahren bis 1364, in welchem Rudolf und der Kaiser ieder Frieden machten, die Stellung Österreichs beträchtlich verschoben.

Die Stellung Böhmens an sich zur deutschen Geschichte ist verschiedener rt; dennoch aber immer durch das Vorhandensein der Glacisländer bedingt. Verbindung mit diesen Ländern war Böhmen entweder die praedestinierte renzburg der Germanen gegen Osten, oder es war selbst auf Grund seiner lacis zu einem großen selbständigen Reiche bestimmt. Endlich war es aber ich das natürliche große Schlachtfeld zwischen der Donau und der Elbe. lle diese Möglichkeiten liegen nahe beieinander, sind sich sogar verwandt.

Die Grenzburg war dreimal möglich; verwirklicht wurde sie nie. Zuerst aren es die Römer, deren beinahe fertige Elbgrenze schließlich vor den auern Böhmens zusammenbrach. Wie für die Römer, so bildet auch für arl den Großen, nachdem er an der Elbe und Donau steht, Böhmen das für e Elbgrenze notwendige Mittelstück. Aber Karl trieb in seinen letzten Jahren ine gesunde Reichspolitik mehr, weil er in kirchlichem Utopismus befangen ar. Die wichtigsten Schlußsteine seines Reichs hat er in der Hand gehabt nd weggeworfen, Venedig im Süden, Böhmen im Norden. Die dritte Gelegenit für Böhmen, eine Grenzburg des Reichs nach Osten zu werden, kam unittelbar nach dem Zusammenbruch der Hohenstaufen und des alten Reichs.

Die zweite Aussicht fanden wir für Böhmen darin, daß von Böhmen selbst

aus mittels der Glacisländer ein großes Reich zwischen Osten und Westen z gründen war. Marbod hat schon eine solche Herrschaft aufgerichtet; di Przemysliden haben sich nach Süden bis in die Alpen, die Luxemburger bi nach Brandenburg ausgedehnt. Die Ehe Karls IV. mit einer pommersche Herzogin ist böhmische Ostseepolitik.

Die dritte Phase der Geschichte Böhmens wurde es, daß dies Land de natürliche Kampfplatz zwischen den Vertretern des deutschen Dualismus wa Die Glacisländer, welche hier besonders in Frage kommen, sind Kursachse Schlesien und die Lausitzen. Kursachsen ist das Elbglacis, Schlesien ist da Oderglacis; die Lausitzen gehören beiden Flußgebieten an. Von diesen Glac nimmt Sachsen eine Sonderstellung ein; der Gegensatz der Wettiner zur Mar Brandenburg verhinderte, daß ihr Gebiet für Böhmen exzentrische Bedeutun bekam. Nur so ist zu verstehen, daß sich der Kaiser dazu verstand, die Lau sitzen nach der Schlacht am Weißen Berge Sachsen zu opfern. Die Stellun Sachsens war bedingt durch den Gegensatz Wien und Berlin. Eigentümlic wurden die natürlichen politischen Linien gekreuzt, als einmals zwei Zwillings schwestern auf den Thronen in Berlin und Dresden saßen, deren dritt Schwester die Kaiserin-Mutter von Österreich war. —

Eine ganz andere Stellung als Sachsen nimmt das Oderglacis ein. Al Schlesien verloren ging, kam es nicht an einen Freund des Kaisers wie di Lausitzen, sondern an einen Feind der Habsburger. Und nun zeigte sich jen Doppelnatur der Glacis. So schmerzlich der Herausbruch Schlesiens aus der Glaciskranz der böhmischen Festung war, ebenso schmerzlos war seine Ein fügung in dem im 18. Jahrhundert sich bildenden preußischen Oderstaat Gegen Friedrich II. rief Österreich die ganze Welt um Hilfe an.

Das letzte Glacis, welches Österreich festzuhalten hatte, war das sächsisch Elbglacis. Im Januar 1815 konnte sich Österreich mit Frankreich gegen Preuße verbünden, als dieses Miene machte, sich Sachsen einzuverleiben. Um Sachse aus dem Banne Böhmens zu lösen, hat es der Schlacht bei Königgrätz bedurft

Im Jahre 1648 entscheidet sich in Böhmen das Schicksal des Deutsche Reichs; im 18. Jahrhundert wird in den Kämpfen um Böhmen eine neu deutsche Großmacht geweckt; im Jahre 1866 wird im Kampf um Böhme die preußische Vorherrschaft in Norddeutschland besiegelt, wodurch erst di Vorbedingung der deutschen Einheit geschaffen ist.

DIE TEILUNG VON ALEMANNIEN

Das Herzogtum Alemannien hatte das Schicksal, zerschlagen zu werden Das Elsaß und der Kern der heutigen Schweiz, die einst zu diesem Herzog tum gehörten, sind dem Reich verloren gegangen, obgleich das ganze Gebie Alemanniens innerhalb der natürlichen deutschen Grenzen liegt. Folgen wi

en Ereignissen, welche zur Trennung Alemanniens geführt haben, so werden vir dieselben wieder abhängig finden von der Verbindung politischer und eographischer Struktur.

Der Bodensee klafft im Westen auseinander im Überlinger und im Unteree; in Konstanz und auf der Reichenau liegen zwischen beiden Seen die ltesten Stätten schwäbischer Kultur. Vor den beiden Westenden des Sees rhebt sich sperrend die Herzogsburg, der Hohetwiel. Der Twiel hat dieselbe entrale Lage für Alemannien wie Konstanz, welches der Sitz des Bischofs ist, nd doch ist die Lage beider Plätze nicht gleich. Konstanz liegt in der Achse les Sees, der Alemannien in eine nördliche und südliche Hälfte zerlegt und päter auch eine natürliche Landesgrenze wurde. Der Hohetwiel aber, in derelben Längsachse des Sees liegend, ist zugleich auch noch der Mittelpunkt einer atürlichen Sperrlinie, welche die Seeachse westlich des Sees querend, vom Rheinibergang Stein bis nach Engen verläuft und welche ihren starken Rückhalt in len Burgen findet, welche die vulkanischen Erhebungen des Hegaus tragen.

Die Straßen umgehen den Bodensee nördlich an der Donau, südlich an der Aare; bei Konstanz läuft sich die Straße zwischen den Seezipfeln blind. So gehören denn zur Zentralstellung vor dem Untersee noch Ergänzungsstellungen; die Linie Stein—Engen erhält noch zwei Außenflanken, so daß der Hohewiel nun zentral auf einer Linie liegt, die in ihren Verlängerungen von der Aare bis zur Donau reicht. Im Norden finden wir die Flankenstellung des Herzogs bei Riedlingen und Obermarchtal an der Donau; der sagenumwobene Bussen trug eine Herzogsburg. Der Mittelpunkt der Südstellung ist der Limmatdurchbruch durch das Lägerngebirge bei Baden in der Schweiz. Hier wird die Straße geschlossen, welche von Basel über Zürich nach Italien führt.

Sowie sich nun der Schwerpunkt des Herzogtum Alemanniens einmal verschob, standen die beiden Flanken an der Donau und Aare in der Luft. Zur Zeit Kaiser Heinrichs III. kamen im Breisgau die Zähringer empor. Sie wurden Prätendenten für den Herzogstuhl. Als dieser ihnen vorenthalten wurde, erhoben sie sich gegen das salische Königshaus. Es war gewiß militärisch und politisch richtig gedacht, als Heinrich IV. in das Vacuum, welches in der alten Donauflanke entstand, ein neues schwäbisches Herzogtum errichtete, dessen Grundidee eine Keilbildung zwischen den Zähringern und den ebenfalls antiköniglichen Welfen in Oberschwaben war; das neue schwäbische Herzogtum der Hohenstaufen blieb indes ein Rumpfherzogtum, wenn es seinen Trägern nicht gelang, das alte Herzogtum von neuem zu vereinen. Hierin liegt der natürliche Anstoß zu der elsässischen Politik der Hohenstaufen. Die Hohenstaufen haben im Elsaß alsbald zur Macht zu kommen versucht. Vom Elsaß aus war die Umklammerung der Zähringer möglich. Die Zähringer aber kamen nun auch in Bewegung und haben versucht, ihre Stellung gegen die

Staufer auszubauen. Zuerst kam es ihnen auf die Verbindung mit dem Hegau an. Sie gründeten ihre Stadt Villingen an der Stelle, wo die Hauptverknüpfung liegt zwischen dem Breisgau und dem Land am Bodensee. Unmittelbar darauf folgten ihre Gründungen Freiburg im Breisgau und Offenburg in der Ortenau gegenüber den beiden wichtigsten Übergängen über den Rhein.

Die Hohenstaufen verstärkten dann ihre Stellung in der Flanke der Zähringer unter dem Rotbart sowohl im Elsaß als auch in Burgund und wieder wehrten sich die Zähringer gegen die Umklammerung. Das Erscheinen Friedrichs I. in Burgund im Jahre 1157 führt unmittelbar darauf zur systematischen Verriegelung der schweizer Hochebene durch feste zähringische Plätze gegen das Wallis und gegen den Genfer See. Auf die Gründung von Freiburg i. B. folgte die Gründung von Burgdorf, Murten und Bern.

Entscheidend für die Hohenstaufen werden die Jahre 1212 und 1218. Im Jahre 1212 stirbt im Elsaß die Familie der mächtigen Grafen von Egisheim-Dagsburg aus und nun entwickeln die Hohenstaufen auf dem Erbe dieses Geschlechts ein ausgedehntes Festungssystem, aus dem später die sogenannte elsässische Dekapolis hervorging, zehn elsässische Reichsstädte minderen Rechts unter dem Vogt in Hagenau. Indem die Franzosen im Jahre 1648 die Vogteirechte über diese Städte erwarben, drängten sie sich in das Elsaß ein. Diese Vogteirechte wirkten sich auf das französische Staatsrecht ganz anders aus als auf das Staatsrecht des alten deutschen Reichs. Auf Straßburg, welches nicht zu den zehn Städten gehörte, haben die Franzosen nie ein Recht gehabt.

Der Abbruch der Südflanke an der Aare nach dem Aussterben der Zähringer im Jahre 1218 vollzog sich in anderer Form. Wir werfen zuerst einmal einen Blick auf das Gebiet der alemannischen Schweiz.

Jene Straße südlich des Bodensees, welche den Furchen des Zürich- und Walensees nach Rätien und Italien folgt, bildet die Grundlinie, von welcher im wesentlichen eine schweizer Geschichte ausgegangen ist. Diese Linie verbindet Italien mit der oberrheinischen Tiefebene. Im Altertum liegt der Schwerpunkt der Straße in Italien, im Mittelalter am Rhein.

Die rätischen Pässe konvergieren nach Chur. Die Straße geht zur Römerzeit von Chur aus rheinabwärts, springt dann aber bei Maienfeld über an den Walensee; am Bodensee läuft sie sich blind. Die Straße folgte der Seenspalte nach Zürich, lief dann limmatabwärts zur Aare, überschritt bei Frick den Jura und kam bei Säkkingen an den Rhein. Das große Straßenkreuz ist Windisch an der Aare; Aare und Reuß öffnen hier nach drei Seiten das Land. In Windisch lag die römische Legion; in Windisch sitzt auch der Bischof in alter Zeit. Zu Windisch gehört militärisch das Bad Aquae Helveticae (Baden). Die Straße zwischen Chur und Basel läßt sich nirgends so sperren wie bei Baden, wo die Limmat — wir sagten es schon — das Lägerngebirge durchbricht.

In fränkischer Zeit bleibt dieselbe Linie von Bedeutung, nur betritt man ie nun in umgekehrter Richtung vom Rhein her. Alles verschiebt sich nun. Ein wichtiger Platz wird jetzt besonders die Stelle, wo die Straße den Rhein erläßt. Dort entsteht in unbestimmter Zeit das Kloster Säkkingen, welches eichen Besitz erwirbt am Zürichsee und auf der Wasserscheide zwischen Walen-ee und Rhein. Die Äbtissin von Säkkingen gebot im Glarner Tal. Die Maien-elder Abzweigung verschiebt sich auf die genannte Wasserscheide nach Sargans. Windisch gehört in fränkischer Zeit der Vergangenheit an; an seine Stelle tritt weltlich die Herzogstadt Zürich, geistlich die Bischofstadt Konstanz. Zürich und Konstanz sind Schwesterstädte und haben im Mittelalter auch so efühlt. — Nur die Lage von Baden ist unzerstörbar und bleibt.

Von größter Bedeutung für dies ganze Gebiet wurde das Jahr 1218, in velchem die Zähringer ausstarben. Auf ihrem Erbe, in welches sich das Ge-chlecht der Habsburger und das Reich teilten, kamen entsprechend zwei neue Machtbildungen empor. Die Plätze der Zähringer, die auf Reichsboden standen, ielen an das Reich zurück. Die einheitliche habsburgische Machtbildung zwang bald auch die verschiedenen Reichsgebiete zu einer Einigung. Diese Einigung st die Eidgenossenschaft.

Auf der habsburgischen Seite vereinigte sich das zähringische Allod und die Kyburger Erbschaft. Die letzte Kyburgerin war die Tochter der letzten Zäh-ingerin; Rudolf von Habsburg war Hedwigs von Kyburg Sohn.

Nach 1218 entwickelte sich aber auch neuer Reichsbesitz. In Zürich war das alte Stift Fraumünster, eine Gründung Ludwigs des Deutschen, nun auch n königlichen Besitz gekommen. Der reichste Besitz des Züricher Frau-münster in Uri wurde eine der Voraussetzungen, daß Uri im Jahre 1231 Reichsland ward. Es kommt allerdings noch hinzu, daß im 12. Jahrhundert der Gotthardpaß geöffnet war. Der hohenstaufische König behielt nun in einem reichsfreien Uri die nächste Verbindung vom Elsaß nach Italien in seiner Hand. Die Reichsfreiheit der Urner zog im Jahre 1240 die der Schwyzer hinter ich her; später folgte Unterwalden nach dem Vorbild von Uri und Schwyz.

Die reichsunmittelbaren Gebiete kamen in eine eigentümliche Lage, als die Königswahl des Jahres 1273 den Grafen Rudolf von Habsburg traf. Dem mächtigsten Territorialherrn des Gebiets fielen nun als dem deutschen König auch die Reichsgebiete zu. Für die Städte Bern, Solothurn und Zürich, be-onders aber für die Bauernländer Uri, Schwyz und Unterwalden konnte so eine gefährliche Lage entstehen. Aber man konnte das Vertrauen zu Rudolf haben, daß er beide Formen seines Besitzes auseinander hielt. Und so ging u Lebzeiten Rudolfs alles gut. Da man aber zu seinem Sohn, dem Herzog Albrecht, dieses Vertrauen nicht haben konnte, so wurde das Jahr 1291, das Todesjahr des Königs, zu einem kritischen Jahr.

Albrecht wurde nicht zum deutschen König gewählt; gleichwohl trat er dem rechtmäßigen König Adolf gegenüber als Prätendent. Es war nicht zu erwarten, daß dieser Albrecht die ostburgundischen Länder dem König auslieferte, gegen den er sich erhob; es stand nach dem Tode Rudolfs eine habsburgische Vergewaltigung dieser Reichsländer so gut wie sicher bevor. So erfolgte denn unmittelbar nach dem Tode des alten Königs die Schutzeinigung der drei Waldstätten; aus dieser ging wieder die Eidgenossenschaft hervor. Diese Eidgenossenschaft trat vom ersten Augenblick an in ein abschüssiges Verhältnis zum deutschen Königtum, obgleich sie von Haus zu dessen Gunsten gerade geschlossen war. Zuerst war sie gewiß die natürliche Verbündete eines jeden deutschen Königs, der nicht Habsburger war. Wie dann aber ein Habsburger auf den anderen folgte und Könige aus anderen Häusern ganz ausblieben, da konnte aus solchen gegenseitigen Verhältnissen nichts anderes hervorgehen als eine traditionelle, stets zunehmendeAufsässigkeit gegen das Reich.

Adolf hatte die Reichsfreiheit der Waldstätten bestätigt; als Albrecht sein Nachfolger wurde, bestätigte dieser sie nicht. Als Ludwig der Bayer und der Habsburger Friedrich der Schöne sich gegenübertraten, bestätigte der Bayer die Reichsfreiheit, der Habsburger bestätigte sie nicht. Eines Tages vergriffen sich die Schwyzer an dem ihnen verhaßten Kloster Einsiedeln auf ihrem Gebiet. Da das Kloster unter habsburgischer Vogtei stand, ächtete der habsburgische König die Schwyzer, der wittelsbachische König aber widerrief die Acht. Die Habsburger betrachteten es als Ehrensache vor dem Bayern, die Acht dennoch zu vollstrecken; sie holten sich die Niederlage am Morgarten gerade am Eingang des Schwyzer Gebiets.

Das war eine böse Scharte. Die Habsburger waren zuerst nicht in der Lage, sie auszuwetzen, denn noch kämpften sie mit dem Bayern um das Königtum. Dann aber bedeutet jede Besserung ihrer politischen Lage eine Krise in der Lage der jungen Eidgenossenschaft. In diesen Krisen hat sie sich entwickelt. Mit dem Gotthard hat die Entwicklung der Eidgenossenschaft nichts mehr zu tun.

Als im Jahre 1323 der Waffenstillstand zwischen Habsburgern und Eidgenossen ablief, näherten sich die Eidgenossen zuerst der Stadt Bern. Als die Habsburger und Wittelsbacher Frieden machten, trat das habsburgische Luzern in die Eidgenossenschaft. Als nach dem Tode Ludwigs des Bayern Karl IV sich mit den Habsburgern verständigte und alle ihre Ansprüche bestätigte, kam der gefahrvolle Moment; dieser sollte aber auch zugleich der bedeutsamste sein. Denn als es in dieser Zeit zum Bruch zwischen den Habsburgern und der Reichsstadt Zürich kam, schloß sich die mächtige Reichsstadt Zürich sofort an die Eidgenossenschaft an. Die Eidgenossen aber legten sofort, von Schwyz her wie von Luzern, die Hand auf die Verbindungen der Waldstätten

mit dem Zürichsee. Indem sie mit klarem Blick sofort Glarus und Zug besetzten, war auf einmal die Struktur der acht alten schweizer Orte aufgebaut.

Das wesentliche in dieser Struktur scheint nun zu sein, daß die Eidgenossenschaft jetzt auf die alte historische Linie des Landes stößt, und aus dieser die Habsburger zu verdrängen, das große Ziel der Eidgenossenschaft wird. Die Habsburger saßen in Säkkingen und in Glarus; an der Aarekreuzung steht ihre Stammburg, die Habsburg; in Baden hatten sie die Zwingburg des Landes, den Stein zu Baden, erbaut. So bedeutet das Erscheinen der Eidgenossen auf der alten historischen Linie zuerst eine Stärkung Zürichs gegen Habsburg; sowie aber die Habsburger beseitigt sind, bricht auf dieser beherrschenden Linie notwendig der Gegensatz zwischen Zürich und den Waldstätten aus.

Die Eidgenossenschaft als solche setzte sich fest auf dem Punkt, der das natürliche Erbe Zürichs war. Baden wird als Sitz der Tagsatzung der politische Mittelpunkt der Eidgenossenschaft. Der Gegensatz zwischen Zürich und den Waldstätten vertieft sich ständig; er ist nicht nur politisch, er ist vor allem auch sozial. Er führt zur Glaubensspaltung, zu inneren Kriegen. Er hat auf anderthalb hundert Jahre die Eidgenossenschaft auseinander gerissen und gesprengt.

DIE DEUTSCHEN KÜSTENGEBIETE

Die deutschen Küsten haben eine eigentümlich negative Rolle in der deutschen Geschichte gespielt. Die natürlichen Grenzen sind hier scharf gezogen, und dennoch finden sich hier die politischen Grenzen Deutschlands in vollem Verfall. Aus unserer Ostseeküste ist das Weichselgebiet herausgerissen; aus der Nordseeküste das Mündungsgebiet des Rheins. Die zimbrinische Halbinsel, die natürliche Klammer der deutschen Meere, ist in fremder Hand. Wir wollen sehen, wie weit die Eigenart unserer Küsten Aufschluß gibt für solche Anomalien.

Wir sehen zuerst, daß unsere Nord- und Ostseeküste zwei ganz getrennte Gebiete bilden. Sie sind seewärts durch die zimbrinische Halbinsel geschieden; sie sind auf dem Lande dadurch isoliert, daß Mecklenburg nur einen einzigen schmalen Durchgang nach Osten besitzt. Dieser Durchgang läuft sich noch dazu an der nach Osten sehenden vorpommerschen Küste blind. Stralsund an dieser Küste ist das umstrittene Bollwerk vor dem Tor des im Jahre 1628 wallensteinischen Mecklenburg. Nur darauf beruht die Bedeutung Stralsunds in der Geschichte des 30jährigen Krieges.

An unserer Nordseeküste haben in alter Zeit die Sachsen gesessen. Sie hatten zwei Gegner; die Wenden haben sie verdrängt, der Friesen wurden sie nicht Herr. In dem höchst eigenartigen Verhältnis der Sachsen zu den Friesen an unserer Nordseeküste liegt der Schlüssel dafür, daß uns die Rheinmündungen verloren sind.

Die deutsche Nordseeküste wird fast in ihrer ganzen Ausdehnung von einem Schwemmlandgürtel eingerahmt, der eine Breite von ungefähr 20 km erreicht. Als nun der deutsche Bauer im 12. Jahrhundert ostwärts zog, um Neuland zu erwerben nach freierem Recht, da haben die Friesen dies Ziel durch Marschkultur zu erreichen gesucht. Wenn sie an der Nordseeküste selbst neues Land schufen, stand dies, so wähnten sie, auch in den alten Stammesgebieten unter neuem Recht. Die friesische Marschkolonisation ergriff im 12. Jahrhundert unsere ganze Nordseeküste und eine friesische Landzone legte sich von der Ems bis nach Tondern zwischen die Sachsen und das Meer. Aber was hier geschah, konnte nicht in Freundschaft abgehen mit dem Herzog von Sachsen, ganz abgesehen davon, daß der Erzbischof von Bremen, der natürliche Feind des Herzogs, als Patron der Friesen hier mit im Spiele war. Heinrich der Löwe suchte den Bremer zur Strecke zu bringen; in seiner Flanke erbaute er wahrscheinlich die sächsische Oldenburg. Aber schnell entschied sich hier alles zugunsten des Erzbistums, als das Herzogtum Sachsen im Jahre 1181 zusammenbrach. Dennoch wurden die Friesen in ihren Hoffnungen getäuscht. Die benachbarten Herrn, der Erzbischof obenan, versagten ihnen das neue Recht. Aber die Folgen blieben nicht aus. Der Friese haßte nun den Sachsen. Der Sachse verkörperte ihm das Reich; der Friese haßte das Reich.

In dem prächtigen Kranz der Hansestädte, der die Küsten der deutschen Meere säumte, findet sich keine friesische Stadt. Auch die holländischen Marschstädte, die eine zeitlang zur Hanse gehörten, wandten sich ab von ihr. Als die Grafen von Holland ausstarben, sahen die Holländer nach Burgund und nicht nach dem Reich. Zwischen den Niederländern und den Hansestädten entbrannte alsbald der offene Kampf. So sehen wir den Anlaß zur Trennung von Friesen und Sachsen in der eigentümlichen Bildung der Nordseeküste.

Ganz anders sind die Bedingungen für die Ostseeküste gewesen. Hier war durch drei große Haffbildungen eine lagunare Küste entstanden. Das pommersche Haff auf der einen Seite, das Frische und Kurische Haff auf der anderen Seite der Weichselmündung sind die Grundlagen für die politischen Bildungen an dieser Küste, welche südlich des pommerschen Haffs in einem großen Bruchgebiet, südlich des Frischen Haffs in dem preußischen Rücken ihre natürlichen Grenzen findet gegen das polnische Land. Preußen und Pommern sind Bildungen, welche von der See beziehungsweise von den Haffen und deren Einfahrten aus entstanden sind. Bei Preußen ist dies um so augenfälliger, als die Eroberung dieses Landes durch den deutschen Orden zuerst in einer Richtung angesetzt wurde, welche das Haff nicht in Rechnung zog. Die ursprüngliche Idee der Eroberung durch den Orden geht vom Kulmerland ostwärts Drewenzaufwärts nach Osterode und auf die beherrschende Wasserscheide, welche zugleich das natürliche Schlachtfeld gegen Polen wird.

Die Herrschaft, die dort wuchs, hätte sich anders territorial abgegrenzt als eine Herrschaft, die von den Haffen kommt. Wir werden noch sehen, daß vom Kulmerland wichtigere Wege nach Westen als nach Osten gehen.

In Pommern ist es Stettin, welches uns klar den Weg weist. Stettin, sicher in der Mündung der Oder gelegen, ist die natürliche Hauptstadt der pommerschen Küste schon in vorchristlicher Zeit. Von Stettin aus kann man alle Haffeinfahrten erreichen, besonders aber die Divenow und die Peene durch direkte Küstenfahrt. Zu den drei Haffeinfahrten gleich gelegen hat Stettin zusammenfassend gewirkt und in jeder Phase der pommerschen Geschichte — es gibt ein Zeitalter der Divenow, eins der Peene und eins der Swine — sich gleichmäßig bewährt. Wesentlich für den Gang der pommerschen Geschichte ist die Christianisierung des Landes von Osten her. Daher kam auch das pommersche Bistum an die Osteinfahrt, nach Kammin.

Wie nun bei Pommern die Haffeinfahrten es sind, welche die Lage des Zentrums bestimmen, genau so war es auch in Preußen. In Preußen scheint aber eine gleiche Lösung des Problems, da es sich hier um getrennte Haffe handelt, unmöglich zu sein. Da schuf der Orden die Verbindung durch einen Kanal aus dem Pregel in das Kurische Haff. Durch diesen Kanal, den Deimekanal von 1405, entstand erst der konkurrenzlose Platz für eine Hauptstadt des Preußenlandes. Das ist Königsberg seitdem.

Das pommersche und preußische Haffgebiet, fast prädestiniert zu einer politischen Einheit, wurden dadurch getrennt, daß die Weichsel, der mächtige Strom Polens, den baltischen Höhenrücken, in welchem der genannte preußische Rücken nur den markantesten Teil bildet, durchbricht. Das Weichseltal ermöglicht den Polen einen Druck nach Norden, der sich keilförmig zwischen Preußen und Pommern schiebt. Die Weichsel selbst ermöglicht aber auch den Gegendruck. In dem fruchtbaren deutschen Marschgebiet, welches sie an ihrer Mündung aufbaute, erwuchs die Kraft, den Polen zu widerstehen. Hierin liegt die Bedeutung des deutschen Danzig, welches sich damit weit über die Durchschnittsbedeutung einer Einzelstadt erhebt. —

Wir schließen die Betrachtung unserer Küsten mit Holstein. Auch hier verbinden sich Natur und Geschichte sehr bemerkenswert.

In Holstein sehen wir zwei Meerbuchten Rücken an Rücken gelegt. In der Lübecker Bucht, welche durch die Trave das Land weit nach Westen aufschließt, fängt sich von Osten her der Ostseeverkehr. In der Helgoländer Bucht, in deren Scheitel die Niederelbe das Land nach Südosten aufschließt, ist es dasselbe mit dem Nordseeverkehr. Durch die Lage beider Buchten zueinander entsteht hier ein natürliches Umschlaggebiet zwischen Osten und Westen und eine außerordentlich starke wirtschaftliche Kombination.

Die Einzelstadt, welche zuerst bestimmt schien, diese Kombination abzufangen,

war Lüneburg. Die Lüneburger hatten seit 1395 durch den Stecknitzkanal Verbindung mit Lübeck und mit der Ostsee. Als sie aber mit Lübeck in Schwierigkeiten kamen, planten sie, durch die Schaale und durch den Schaalsee einen Wasserweg nach Wismar zu bauen. Damals aber hatten sich schon zwei andere Städte erhoben auf der Nordostseekombination. Dies waren Lübeck und Hamburg.

In jener älteren Zeit, in welcher in Hamburg noch der Erzbischof saß, konnte von einer gegenseitigen Auswirkung der Lage beider Städte noch nicht die Rede sein. Rechts der Elbe tobte damals noch lange der Wendenkampf. Als indes Lübeck im Jahre 1226 Reichsstadt wurde und sein Handel erblühte, hatte es das größte Interesse daran, daß dieser Handel auf der Nordseeseite gerade so sicher war wie daheim. Und die Hamburger, deren Stadt wieder eine holsteinische Landstadt zu werden drohte, hatten keinen höheren Wunsch, als dieselben Rechte zu erlangen wie die Nachbarstadt an der Trave. Beide Städte, seit 1241 eng verbündet, konnten auch nicht dulden, daß sich ein fremdes Territorium zwischen sie schob. Deswegen brachen sie gemeinsam die sächsische Burg Bergedorf.

So entsteht in Holstein aus der Natur des Landes heraus eine Verbindung von zwei Städten, die man wohl als die eigentlichen Erben des Herzogs von Sachsen in diesem Lande auffassen mag. Deswegen wurde ihre Verbindung verhängnisvoll für den Grafen von Holstein. Er verlor in Lübeck sein Recht und ging nach Kiel. Der Graf von Holstein wurde abgeschnürt vom Reich.

Die Lage Kiels ist sehr bemerkenswert. Zur Zeit, als die Wenden noch in Wagrien saßen — vor 1147 — wurde die holsteinische Grenze von der Sumpflinie der Eider, die bei Kiel ihren Abschluß findet, und die holsteinische Seenlinie gebildet, welche sich von der Lübecker Bucht hinüber nach der Schwentine zieht. Diese Seenlinie findet daher bei Kiel ihren (westlichen) Anschluß an die Eiderlinie. Später, als Wagrien von den Deutschen erobert war, sehen wir die holsteinische Grenze um die Seenlinie gekürzt; die Eiderlinie mit Kiel in der Flanke blieb unberührt. Kiel hat daher außer seinem Hafen immer auch militärische Bedeutung gehabt. Es ist ein natürlicher Sitz des Grafen, der nur zeitweise, als Kiel von den Wenden verbrannt war, durch Plön, mitten in der Seenlinie, ersetzt worden ist.

Die große Gefahr für das deutsche Holstein entstand später dadurch, daß die Könige von Dänemark gewissermaßen die Erben der Grafen von Holstein wurden. Der Sohn der letzten Holsteinerin Hedwig wurde sowohl zum Herzog von Schleswig als auch zum König von Dänemark gewählt. Von diesem Christian I. leitet es sich her, daß Schleswig und Holstein zusammenbleiben sollen ungeteilt. So gab es nach 1460 keine Grenze mehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Besitz des dänischen Königs. Denn jeder Herr in

Schleswig war notwendig auch der Herr in Holstein; jeder Herr in Holstein mußte auch der Herr in Schleswig sein. Zuerst traf dieser Schlag die Hanse, dann traf er das Reich. Auf Hamburg, welches nicht Reichsstadt war, wenn es auch gleich einer solchen galt, haben die Könige von Dänemark bald ihr Auge geworfen. Für sie war Hamburg eine holsteinische Landstadt geblieben, die ihnen aus der Realunion der Herzogtümer heraus verfallen war.

Die Vereinigung Schleswigs und Holsteins scheint willkürlich zu sein; auch hier ist indes die Natur im Spiel.

Wir haben eine natürliche Nordgrenze Holsteins schon kennen gelernt; wir sehen, daß eine ganz ähnliche Linie, aus Treene und Schlei zusammengefügt, wenig nördlich der Eider nochmals die Halbinsel quert. Diese Linie ist die Südgrenze Schleswigs; ihre Nahtstelle schützt das Danewerk. Das Mittelgebiet zwischen Eider und Schlei ist die schon im Jahre 934 deutsch gewordene Mark Schleswig. Diese Mark, gewissermaßen das gemeinsame Glacis beider Herzogtümer, hat Schleswig und Holstein ineinander gezwungen und verknüpft.

DIE WEGE DER ÄUSSEREN DEUTSCHEN GESCHICHTE

Die äußere Geschichte der Deutschen beschränkt sich hauptsächlich auf ihre natürliche Bewegung von Westen nach Osten. Die äußere deutsche Geschichte ist daher im Westen von Natur defensiv, im Osten von Natur offensiv. Dieser an sich richtige Satz wird dadurch modifiziert, daß das Deutschtum seit langer Zeit seinen offensiven Charakter eingebüßt hat. Die Vorwärtsbewegung im Osten steht seit Jahrhunderten still; die Defensive im Westen hat dagegen zu offensiv scheinenden Gegenstößen geführt. Die wenigen Einbrüche der Deutschen, über welche die Franzosen schreien, wurden von ihnen selbst herausgefordert. Bismarck konnte den Phrasen des französischen Unterhändlers bei Sedan entgegnen, daß die Franzosen uns in den letzten beiden Jahrhunderten dreißig Mal den Krieg erklärt hätten. Auf jedes Jahr deutscher Invasion sahen wir zehn Jahre die Franzosen bei uns.

Soweit eine wirklich offensive Bewegung der deutschen Geschichte nach Westen innewohnt, gehört sie der Zeit der Völkerwanderung an, jener Zeit, in welcher die Römer den Westen sich selbst überließen und die jungen germanischen Völker dort eindrangen wie in einen leergewordenen Raum. Der Scheidepunkt beider großer Bewegungen in unserer Geschichte liegt in der ersten fränkischen Reichsteilung. Das Zurückfluten der germanischen Bewegung gibt sich äußerlich in der Ostwärtsschiebung der austrasischen Residenzen kund. Diese Ostbewegung zerfällt naturgemäß wieder in zwei Teile. Zuerst muß die Bewegung wieder an die Elbe zurückgelangt sein; so lange mag man noch von fränkischer Geschichte sprechen, wenn man nicht vergißt, daß diese nur ein Teil der alten deutschen Geschichte ist. In dem Augenblick aber, in dem

die Franken an der Elbe stehen, beginnt die mittelalterliche deutsche Geschichte. Sie gleitet aus der Hand der Franken notwendig gleich in die des sächsischen Stamms. Ein sächsisches Königtum steht aus innerem Zwang an der Spitze unserer mittelalterlichen Geschichte.

Betrachten wir die Bedingungen einer Bewegung zwischen Osten und Westen in Mitteleuropa, so werden wir sehen, daß die Möglichkeit einer solchen ganz allgemein auf unserer offenen Grenze im Nordosten steht.

Sowohl einer westwärts wie einer ostwärts gerichteten Bewegung stellen sich natürliche Hindernisse in den Weg. Die böhmische Festung im Osten haben wir schon kennen gelernt; entsprechend finden wir im Westen das von natürlichen Mauern umgebene Seinegebiet. Wir können von diesem Gebiet als von der nordfranzösischen Festung sprechen. Eine Bewegung nach Westen ist gezwungen, um diese nordfranzösische Festung herumzufluten, während eine Bewegung nach Osten sich vor der böhmischen Festung teilt. Beide Bewegungen werden dennoch vornehmlich nach einer Seite abgelenkt.

Man unterscheidet bei den deutschen Gebirgen die erzgebirgische und eine herzynische Richtung. Die rheinische Richtung ist vertreten im rheinischen Schiefergebirge, im Jura und im Sächsischen Erzgebirge; die herzynische Richtung findet ihren Ausdruck in den Sudeten und im Thüringer Wald.

Von den Gebirgen der herzynischen Richtung bildet der Thüringer Wald mit seinen Verlängerungen einen Wall, der sich diagonal durch ganz Deutschland legt, im Süden bis zur Donau, im Norden bis in die oldenburgischen Moore reicht. Dieser Wall wirkte auf die deutschen Bewegungen wie ein Wehr, welches man schräg durch einen Fluß legt, um die Strömung nach einer Seite zu ziehen. Zur Zeit der Völkerwanderung hat der Thüringer Wald den westlich gerichteten Schub nach Norden abgelenkt und damit die Hauptmasse der Germanen an den Niederrhein gedrückt. Umgekehrt hat die herzynische Richtung die östlich gerichtete Rückströmung zuerst an die Donau abgleiten lassen. Während also die Westbewegung nördlich des nordfranzösischen Beckens mündete — wir werden sehen, daß sie hier gerade vor das geöffnete Haupttor der nordfranzösischen Festung kam — lief die Rückströmung Gefahr, gerade dort zu münden, wo nicht die große Lücke in unserer Ostgrenze war. Dies kommt zum Ausdruck in der besonderen Stellung Regensburgs in alter Zeit.

DIE FRÄNKISCHE ZEIT

Der Ausgangspunkt des großen Rückflutens der germanischen Bewegung wird das Flußgebiet der Seine, ein Gebiet, welches gegen Osten und Norden von natürlichen Sperrgebieten und Wällen umgeben ist.

Betrachten wir zuerst die Sperrlandschaften. Diese reichen von der Küste des Ärmelmeers bis zum Schweizer Jura; sie setzen sich zusammen aus der

Schwelle des Artors, dem Ardennengebiet, dem Pfälzer Bergland, welches sich n die lothringische Hochebene lehnt, und endlich dem Vogesengebirge. In lieser Linie treten die Flanken an Bedeutung hinter den Durchgängen zu-rück. Um sie herum kommt man nicht in das Pariser Becken, sondern nach Burgund und in die Normandie. Dafür werden aber die Nahtstellen zwischen len einzelnen Sperrländern um so wichtiger für die Wege nach Paris.

Zwischen dem Elsaß und der lothringischen Hochebene öffnet sich die Zaberner Senke und hinter ihr der Weg nach Metz. Zwischen dem pfalz-lothringischen Sperrgebiet und den Ardennen ist die Nahtstelle Luxemburg, welches von alters her zu den wichtigsten Schlüsseln Frankreichs gehört. Zwischen dem Artois und den Ardennen finden wir endlich die wichtige Stelle, wo die Schelde entspringt. Hier schürzen die Schelde, die Sambre, die Oise und die Somme einen Straßenknoten, der von großer Wichtigkeit in der Geschichte ist. Als Tore sind alle diese Nahtstellen Frankreich und Deutsch-land gemeinsam; sie haben aber für Deutschland größere Bedeutung, insofern Frankreich auch noch jenseits dieser Sperrgebiete natürlichen Schutz genießt.

Von den Sperrgebieten heben sich zwei als besonders fest und unüberschreit-bar heraus.

Die eine von diesen sind die Vogesen, hinter denen das deutsche Elsaß seine natürliche Deckung fand; die alte Stammesgrenze der Alemannen läuft auf dem Vogesenkamm. Gefährdet war von den elsässischen Städten besonders die südliche Flankenstadt von Seiten Burgunds. Deswegen ging Mülhausen n den Schweizer Bund. Die zweite Zone ist der im Mittelalter als sehr un-wegsam verschriene Ardennenwald. — Als die Franken sich in das westliche Flußgebiet des Niederrheins und das Gebiet der Schelde ergossen, drückten ie romanisierte und keltisierte Germanen, welche sich auf ihrem Wege fanden, n die Gebirge Hochbelgiens zurück. Auf diese Weise kamen die Wallonen n das Ardennengebiet, wo Franzosen und Germanen daher selbst nicht in Be-rührung gekommen sind. Eine Berührung fand um so intensiver statt im benachbarten Artois, wo sich die Sprachgrenze einst über die Somme schob und jetzt bis nach Westflandern zurückgedrängt erscheint.

Sehen wir uns den natürlichen Mauerring des Pariser Beckens an. Ein Jura- und ein Kreidewall umgeben das Flußgebiet der Seine, Marne und Oise. Die natürliche Umwallung beginnt im Flußgebiet des Cher; durch die West-flanke derselben ist die Lage der uralten Stadt Bourges bestimmt.

Man macht sich das beste Bild von diesen Umwallungen, wenn man sich zwei große Schalen vorstellt, eine größere Juraschale, in welcher eine kleinere Kreideschale gebettet ist. In den nach Osten aufgebogenen hintereinander an-stehenden Rändern dieser Schalen wird man dann leicht die hintereinander sich hinziehenden Wälle des Pariser Beckens erkennen. Die Kreideschale

bildet hinter ihrem Rande eine offene Mulde. Das sind die unfruchtbaren Ebenen der Champagne.

Der äußere Jurawall, aus welchem sich juramäßig einige große Bastionen herausheben, hat mehr strategische Bedeutung und ähnelt hierin in manchem den Sperrlandschaften. An der Oise versinkt der Jura; er kommt erst wieder zum Vorschein an der See.

Der Kreidewall, welcher auch an der Oise versinkt, um erst wieder an der normannischen Küste zu erscheinen, hat dagegen mehr taktische Bedeutung. Die Flüsse des Pariser Beckens entspringen innerhalb des Jurarings, aber außerhalb des Kreiderings. Sie müssen den Kreidewall durchbrechen und diese Durchbrüche sind die gegebenen Stellen zum Aufhalten eines eingedrungenen Feindes. Arcis sur Aube, Bar sur Aube sind als solche Punkte bekannt. Ebenso St. Dizier an der Marne.

Hinter dem Kreidewall dehnt sich die Kreideebene; sie wird oft als das große Schlachtfeld Frankreichs genannt. Das ist aber nicht richtig. Ein in guten Stellungen abgekämpftes Heer stellt sich nicht in der Ebene, sondern es sucht feste Positionen auf. Diese werden im Inneren des Pariser Beckens nochmals gewährt durch Tertiärerhebungen. Die kleinen Gebirge von Epernay und Reims, die Höhen bei Paris erfüllen diesen Zweck. Will man das größte Schlachtfeld Frankreichs nennen, so liegt es im Hennegau und in Brabant, dem Glacis vor der Nahtstelle zwischen Artois und Ardennen, wo durch das Absinken der Wälle das große Tor nach Frankreich offen steht. — Ein ähnliches französisches Schlachtfeld ist der Paß, welcher von Süden her den Weg in das Pariser Becken öffnet, das Poitou. In diesem Paß wurde von den Franken das Westgotenreich zerstört; in diesem Paß wurden die Araber von Karl Martel zurückgewiesen; hier endlich erlitten die Franzosen eine ihrer verhängnisvollsten Niederlagen im Jahre 1356 bei Maupertuis. Entsprechend wurden für Frankreich auch bedeutungsvoll die Gebiete, von denen aus man die nach Paris führenden Flußtäler des Seinebeckens, besonders das Seine- und Marnetal zuerst betritt. Wichtig ist hier vor allem der Paß von Dijon. Über die Bedeutung der Ariovistschlacht hatten wir schon gesprochen. Einen guten Tagesmarsch westlich Dijon finden wir am Mont Auxois die alte Festung Alesia, wo sich einst das Schicksal Galliens entschied.

Am Zusammenfluß von Seine, Marne und Oise liegt Paris im Zentrum des Pariser Beckens. Es ist klar, daß die Macht, welche hier emporkommt, die Tendenz hat, die Köpfe aller Straßen zu beherrschen, welche hier zusammenkommen. Sie dehnt sich daher aus in das Quellgebiet der Seine und Marne sowie bis zu dem Punkt an der Oise, wo die Übergänge nach der Sambre und Schelde liegen. Sie dehnt sich aus bis an die Grenze der Jurazone. Die Staatsraison, welche die Franzosen nach Metz, Toul, Verdun und nach Cambray

geführt hat, ist unwiderleglich; die Rechtsgründe, welche sie aber ins Feld führen, sind eitel Phantasie und Konstruktion. Es handelt sich hier um Machtfragen. Dem Stärkeren folgt das Recht.

Nachdem wir so einen Blick auf den Schauplatz der fränkischen Geschichte geworfen haben, betrachten wir kurz die Entwicklung dieser Geschichte, soweit die Bahnen der deutschen Geschichte durch dieselbe bedingt sind.

Von den fränkischen Gaukönigen, welche wir in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts im Stromgebiet des Niederrhein finden, ist es nicht zufällig der an der Schelde in Tournay oberhalb Cambray sitzende, der den Marsch nach Gallien unternimmt. Da Chlodwig nicht nach Paris, sondern nach Reims will, so verläßt er die Oisestraße an der Weggabel, an welcher das Mittelalter das mächtige Schloß Coucy entstehen ließ. Um nach Reims zu kommen, muß Chlodwig über die Aisne; der erste Aisneübergang, der hierfür freisteht, liegt oberhalb des Waldes von Compiègne, da dieser Wald den Unterlauf des Flusses deckt. Und so ist die Stelle auf der Karte abzulesen, an welcher sich das Schicksal des Syagrius entscheiden muß. Es ist Soissons. Zugleich wird aber überhaupt die Bedeutung von Soissons in der älteren merovingischen Geschichte auf diese Weise klar. — Alle Kriege Chlodwigs sind geradeso verständlich und unkompliziert. Die Entscheidungen fallen, wo sie fallen müssen. Die Westgoten werden geschlagen im Poitou; das Burgunderreich erleidet seine Niederlage im Paß von Dijon. —

Chlodwig stirbt im Jahre 511; sein Reich wird unter seine Söhne geteilt.

Aus den Teilreichen, welche im Jahre 511 entstehen, hebt sich Austrasien heraus, denn es enthält die jüngsten kräftigsten Völker und wächst nach Osten in die Germanen hinein. Es ist das Land der fränkischen Zukunft. Je weiter man nach Osten kommt in Austrasien, desto größer wird das germanische Schwergewicht. Diesem folgt das politische von selbst. Rein automatisch schiebt sich das Frankreich aus dem Kreis, in welchem es fast anormal entstanden war, nach Osten wieder hinaus. Von Paris aus rückt das Schwergewicht nach Reims, dann weiter nach Metz, von Metz an den Rhein, vom Rhein an die Donau nach Regensburg.

Betrachten wir die einzelnen Punkte. Schon Reims ist ein Platz, der durchaus nach Osten sieht. Das Reimser Tertiärgebirge liegt am Westrand der Kreidezone; wie ein Vorwerk schiebt es sich zwischen Aisne und Marne in die Kreide hinein. — Von hier aus ist die nächste Etappe Metz und hier tritt der Schwerpunkt des Reichs schon in ein Zwischenland. Das obere Moselland ist ein Gebiet, welches von Frankreich aus leichter zu betreten war als von Deutschland her. Es war daher praedestiniert, romanisiert zu werden, obgleich es ein deutsches Flußland ist. Derartige Fälle sind nicht selten; sie haben fast immer zu politischen Konflikten geführt. So sind zum Beispiel die

Flußgebiete südlich der Alpen ohne Zweifel italienische Flußgebiete. Indes das obere Etschgebiet wie das Eisackgebiet sind von Norden zugänglicher als von Süden her und das Land wurde germanisiert. Von den größten Folgen wurde, daß das Flußgebiet der oberen Elbe von der Mittelelbe abgeschnitten und vornehmlich von Südosten her zugänglich ist.

Die Etappe, welche das austrasische Reich in Metz macht, ist daher besonders bemerkenswert. In Metz steht das Reich zuerst wieder auf deutschem Boden. Von Metz verlegt sich das Schwergewicht Austrasiens dann weiter ostwärts an den Rhein. Die nächste Etappe ist Köln. Geistliche Interessen haben hierbei mitgespielt. In Köln wäre die weitere Entwicklung auf die richtige Bahn gekommen, aber sie wurde abgelenkt durch Mainz. Am Niederrhein tritt der Ostwärtsbewegung ein Hindernis entgegen, während von Mainz her neben dem herzynischen Zug der Gebirge auch das Gewicht der Alemannen ostwärts zieht. Die Kirche folgt. Gegen den Willen des Bonifazius kommt das Erzbistum nach Mainz und nicht nach Köln. Köln wird erst zur Zeit Karls des Großen Metropolitansitz; Karl der Große erst hat das Hindernis im Osten des Niederrheins aus dem Wege geräumt.

Auch in Deutschland finden wir eine natürliche Festung. Sie wird gebildet durch die natürlichen Mauern gleichenden Linien der Wesergebirge und des Teutoburger Walds. Diese Weserfestung, auf welche wir hier nicht näher eingehen können, war die natürliche Volksburg der Sachsen; deren Volksüberschüsse gefährdeten beständig den Rhein.

Die Wege, welche vom Niederrhein nach der Weserfestung führen, gehören zu den wichtigsten unserer Geschichte. Die beiden Flüsse, denen diese Wege folgen, Lippe und Ruhr, fließen so, daß man bequem von einer Straße nach der anderen hinüberwechseln kann, nur Unterlauf und Oberlauf sind getrennt. Unten schiebt sich zwischen beide Flüsse wie ein Keil das sumpfige Emschergebiet, oben schiebt sich zwischen sie der Arnsberger Wald. So entstehen notwendig zwei Straßengabeln. Die eine wendet sich gegen die Weser, die andere wendet sich gegen den Rhein. Die erstere liegt vor dem Arnsberger Wald, die letztere liegt im Quellgebiet der Emscher. Diese beiden Gabeln müssen von Bedeutung geworden sein, sowie auf dieser Linie historische Bewegung begann; sie heben sich also hier zugleich als die ältesten historisch greifbaren Plätze heraus. Auf der Gabel nach Westen finden wir später die einzige Reichsstadt Westfalens, nämlich Dortmund; der Platz wächst hervor aus der Bewegung von Osten her. Der zweite Platz erhebt sich auf der entgegengesetzten Bewegung. Der Reaktion entsprungen, muß er der jüngere sein. Auf der zweiten Gabelung finden wir Werl, den Grafensitz von Westfalen. Er stammt als solcher aus fränkischer Zeit, der Platz muß aber auch für die Römer schon von Bedeutung gewesen sein. Werl wird im Jahre 1077

n eine dieser Zeit entsprechende Burgstelle etwas oberhalb der Möhnemün-
lung an der Ruhr verlegt. Dies ist Arnsberg, dessen Namen wahrscheinlich
ezug auf den Reichsadler nimmt.

Dortmund und Werl fußen also auf Bewegung und Gegenbewegung zwischen
Weser und Rhein.

Werls Bedeutung können wir aber erst ganz würdigen, wenn wir noch einen
dritten Punkt ins Auge fassen, nämlich den östlichen Endpunkt der Lippe-
straße, Paderborn. Um die Lage Paderborns zu verstehen, werfen wir zuvor
einen Blick auf die Lage der Weserfestung. Diese hat ihre Front nach Westen,
ihren Rücken nach Osten, denn nach Osten setzt sich das Sachsenland bis
gegen die Elbe fort. Die Nordflanke der Festung lehnt an den Sumpf, die
Südseite ist geöffnet nach der Diemel, die hierdurch ihre militärische Be-
deutung erlangt. Die Bedeutung der Weggabel von Werl ist, daß von hier
aus ein Weg Ruhraufwärts in das Quellgebiet der Diemel führt. Und ebenso
ist es mit Paderborn. Von Paderborn kommt man Almeaufwärts über das
Sindfeld an die Diemel. Auf ganz gleichen Gesichtspunkten erheben sich der
Grafensitz von Westfalen und der Bischofsitz von Paderborn.

Die Südflanke der Weserfestung ist auf geradem Wege erreichbar durch
Hessen vom Mittelrhein. In Werl und Paderborn haben daher die Römer
wie die Franken eine Verbindung herstellen können zwischen ihren beiden
rheinischen Basen Mainz und Köln. Ohne weiteres erhellt die Bedeutung des
Sindfelds, welches Verbindung nach beiden römischen Legionslagern hatte. Lag
hier das Sommerlager des Varus, so hat man den Schlüssel zur Varusschlacht. —

Während der Kampf der Römer gegen die Weser im Sande verlief, kamen
die Franken hier zum Ziel. Das Ergebnis war die politische Zerreißung durch
fränkische Bistümer und Abteien. Die fränkischen Bistümer dienen nicht nur
kirchlichen, sondern auch militärpolitischem Zweck. Das gilt sogar auch von
der Gründung des Erzbistums Köln. —

Das wichtigste westfälische Bistum kam damals nach Paderborn, um so
wichtiger, als ein in der Südflanke der Weserfestung geplantes Bistum Her-
stelle, am Einfluß der Diemel in die Weser, nicht zur Verwirklichung kam.
In die Nordflanke wird das Bistum Osnabrück gelegt; das Bistum Minden hat
die Aufgabe, die Weserfestung abzuriegeln vom sächsischen Hinterland.

Für die karolingische Zerstörung der Weserfestung wird ferner bedeutsam,
daß diese bis zur Leine reicht, das Flußgebiet der Leine aber dadurch in zwei
Teile auseinandergerissen war, daß der Durchbruch der Leine durch das Ge-
birge in alter Zeit nicht passierbar war. Die Straßen, welche die Weser-
festung queren, treffen auf die Leine an zwei Stellen, von denen die eine
nördlich, die andere südlich des Leinedurchbruchs liegt. Der Platz, der sich
so an der Leine unterhalb heraushebt, ist Elze an der Mündung der Saale in

die Leine. In Elze laufen die Straßen zusammen, die durch den Paß von Bielefeld über Minden, sodann von Paderborn über Hameln nach Osten gehen. Es ist durchaus karolingisch konsequent, wenn Karl in Elze ein Bistum gründet, denn es ist vorerst ohne Zweifel als zum Weserkreise gehörig anzusehen.

An der oberen Leine, wo die Straße von Paderborn her in der Gegend des späteren Einbeck auf die Leine traf, fehlt das karolingische Bistum. Es wird aber ersetzt durch das kurz nach dem Tode Karls gegründete Kloster Korvey, welches an der Nordostecke des Sollings liegt. An dieser Stelle müssen alle Straßen die Weser passieren, die von Westen herkommend an der Ilme münden. Dies ist der Nebenfluß, der bei Einbeck in die Leine fällt. Das Kloster Korvey fängt alle diese Straßen ab. Außerdem aber ersetzte Korvey bis zu einem gewissen Grade das ausgefallene Bistum Herstelle, welches auch am Solling gelegen hätte.

Das Bistum Elze wurde im Jahre 822 schon nach Hildesheim verlegt. Der Gedanke des karolingischen Wesersystems verblaßt schnell; als Elze Eigenbedeutung braucht, versagt der Platz, weil er keine Verbindung mit der oberen Leine hat. Das Bistum wird an die Innerste vorverlegt, weil von hier aus durch das Nethetal (den Ambergau) die Verbindung nach Süden an der Westseite des Harzes offen ist. Der Kopf des Weges durch den Ambergau wird das im Jahre 856 gegründete Kloster Gandersheim. Mit dieser Verschiebung leitet sich die Ablösung der fränkischen durch die sächsische Geschichte ein.

Wir fügen schon hier hinzu, daß die äußersten Plätze des Karolingerreichs, seine Grenzstationen gegen die Slawen, Magdeburg an der Elbe und Halle an der Saale sind. Diese Plätze sind zugleich die Endpunkte aller genannten Straßen, welche die Weserfestung durchziehen. Man kommt nördlich des Harzes nach Magdeburg und nach Halle, südlich des Harzes nur nach Halle. Wir bemerken ein Übergewicht der Nordstraße, welches auch zur Zeit Karls in der Gründung von Elze zum Ausdruck kam.

DER RHEIN INNERHALB DER BEWEGUNG DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Das Rheinland ist immer ein Straßenland gewesen. Straßenländer sind aber nicht geeignet, die Wiege historischer Bildungen zu sein. Sie sind Gebiete, die besonderen Schutzes bedürfen; an ihnen bildet sich mehr der politische Ausgleich und das älteste Völkerrecht. Die Höhepunkte solcher befriedeter Straßengebiete liegen in kulturellen Zeitaltern, nicht in kriegerischen. Dem Rhein blüht eine solche Zeit wieder nach den großen militärischen Erfolgen Karls des Großen im Sachsenland. Eine antike Blüte hier hat den intakten Limes vorausgesetzt.

Die Bedeutung des Rheins in karolingischer Zeit kommt am besten zum Ausdruck in der Entwicklung der fränkischen Königspfalzen in diesem Gebiet.

Eine erste wichtige Gruppe von Pfalzen finden wir an der Mosel; diese Pfalzen vermitteln den Verkehr zwischen dem Pariser Becken und dem Rhein.

In ihnen wird auch wieder die Mittelstellung der oberen Mosel, von der wir schon sprachen, klar.

Von drei Punkten gehen die Wege ostwärts; von Soissons, von Reims und von Paris. Von Soissons geht der Weg Aisne aufwärts; er berührt Attigny und überschreitet jenseits an der Chiersmündung die Maas. Von der Pfalz Mosomagus (Mouzon), die dort liegt, kommt man an die Mosel nach Diedenhofen und Trier. — Von Reims aus betritt man unmittelbar die Champagne pouilleuse; man gelangt hier über Verdun nach Metz. — Von Paris endlich geht der Weg Marne aufwärts nach Osten; dieser Weg erreicht die Mosel bei Toul und Metz.

Um Mainz herum legt sich die Gruppe der Mittelrheinischen Pfalzen und in ihnen spiegelt sich die Bedeutung des Mittelrheins. Die Wege von der Mosel und Saar werden abgefangen in Ingelheim und Worms; den Ausgangspunkt für die fränkischen Unternehmungen jenseits des Rheins bildet die Pfalz Frankfurt am Main. Frankfurt wird das Sprungbrett nach Regensburg; Karl hat bekanntlich Altmühl und Regnitz, das heißt Donau und Main durch einen Kanal miteinander zu verbinden gesucht. Von Regensburg aus werden dann die fränkischen Kriege gegen die Böhmen und die Avaren geführt. Regensburg war nahe daran, die Residenz Karls zu werden. Wien und Prag stehen zuerst auf Regensburg.

Regensburg wird Residenz zu Ludwigs des Deutschen Zeit; als die Normannenkatastrophe die Gegenwart des Königs im Westen erfordert, schnellt das Schwergewicht des Reichs zeitweise nach Frankfurt zurück. —

Eine dritte Pfalzengruppe bilden die Maaspfalzen Mersen, Maastricht und Heristal; diese liegen in der engeren Heimat des karolingischen Geschlechts. An die warmen Quellen von Aachen, die in ihrer Nähe sind, zieht sich der alternde Karl zurück. Es ist auch nicht ohne Bedeutung, daß dicht bei Aachen in Mersen der Kaiser das Schiff findet, welches ihn nach Nimwegen trägt, wo sich der Wasserweg des Rhein mit dem der Maas verknüpft. So wächst aus der späteren Zeit Karls eine Pfalz Nimwegen ganz von selbst zu größerer Bedeutung heran.

Es ist klar, wie Aachen selbst zwischen diesen Pfalzen nur Episode blieb. Was hier entstand, trägt die ganz persönliche Farbe Karls. Das Münster als monumentale Taufkapelle gedacht, ist etwas ganz persönlich Karolingisches. Die pomphafte Taufe eines heidnischen Feindes ist das eigentliche Siegesfest des alten immer mehr der Kirche verfallenden Karl.

Unter den Normannen-Einfällen bricht das karolingische Zeitalter zusammen am Rhein. —

Der Rhein hat im Mittelalter nochmals ein großes Kulturzeitalter gesehen. Dieses fällt in die erste Hälfte des XIII. Jahrhunderts und hängt zusammen

mit der ersten Blüte der deutschen Rheinstädte in der Zeit nach dem Tode des Rotbart. Es ist die Zeit, welche sich durch die reizvollen Bauten des rheinischen Übergangstils noch heute überall am Rhein in Erinnerung bringt. Köln und Aachen kamen durch den Dreikönigs- und durch den Karlskult zur Zeit Friedrichs I. recht eigentlich empor. Die Städte bekamen ein solches Kraftgefühl, daß sie glauben mochten, nach dem Untergang des alten Königtums die fehlende Kraft desselben selbst ersetzen zu können. So entstand der große rheinische Städtebund des Jahres 1254. Diesem zweiten großen rheinischen Kulturzeitalter entstammt der Plan des Kölner Doms.

Die Verhältnisse des Interregnums und die entgegenstehenden Interessen der deutschen Fürsten haben dem Städtebund sehr bald ein Ende gemacht. Der Rhein wird jetzt passiv; die werdende Landesherrlichkeit bringt ihn fast ganz in geistliche Hand. Er erlangt erst wieder politische Bedeutung, als er seit der Mitte des XVI. Jahrhunderts von den Spaniern, dann von den Franzosen, zuerst aus deren Gegensatz zu den Spaniern heraus gefährdet wird. Besonders aber seit die Franzosen den Rhein — es wird dies ein Schlagwort der französischen Revolution — als die natürliche Ostgrenze ihres Landes zu beanspruchen beginnen.

Von deutscher Seite ist der Rhein immer nur verteidigt worden. Der Rhein ist deutsch.

DAS LAND ÖSTLICH DER ELBE UND ODER.

Von den Ausgangspunkten der Wege, auf denen unsere Geschichte sich weiter ostwärts bewegt, haben wir oben schon Halle und Magdeburg genannt. Um die Wege unserer Geschichte hier kennen zu lernen, richten wir zuerst auf deren natürliche Ziele den Blick. Von den Zielpunkten her, die an der Oder zu suchen sind, wird uns auch klar werden, wie die Wege unserer Geschichte sich entwickelten auf der Zwischenstrecke zwischen Weser und Elbe nördlich des Harz. Wir werden nur so einen Einblick bekommen in die ältesten Verhältnisse des Landes zwischen Hildesheim und der Slavengrenze, wo sich noch ein weiteres karolingisches Bistum findet, nämlich das Bistum Halberstadt.

Das Gebiet jenseits der mittleren Oder wird durch drei große von Osten nach Westen verlaufende Sumpf- und Bruchlinien in vier Teile geteilt. Die Flankenpunkte dieser Linien bilden an der Oder von oben nach unten gerechnet Glogau, Krossen und Küstrin.

Die nördliche dieser Linien wird von einem Bruch gebildet, welches vom Weichselknie von Fordon sich westwärts bis zur Oder zieht. Wir haben hier ein altes Urstromtal der Weichsel vor uns; heute wird es von den Unterläufen der Brahe, Netze und Warthe benutzt.

Wir sehen, wie sich hier zwischen das Weichselknie und den Platz von Küstrin (die Warthemündung) eine Sumpfstrecke einspannt, die in alter Zeit schwer zu überschreiten war. Es ist daher selbstverständlich, daß in den Flanken dieser Strecke wichtige Straßengabeln gelegen haben. Als ein Scheidepunkt solcher Art tritt uns vor allem Küstrin entgegen. Wer südlich Küstrin, bei Frankfurt, über die Oder ging, kam nicht nach Pomerellen oder Westpreußen; wer nördlich Küstrin bei Oderberg den Fluß überschritt, kam nicht nach Polen. Dazwischen lag trennend das große Bruch. Die Gabelung, die hier natürlich links der Oder war, kommt zuerst in einem Wendenort zum Ausdruck, der gegenüber Küstrin auf dem linken Hochufer der Oder lag. Dieser Ort ist Lebus und hier finden wir den Bischof des östlichen Teils der Mark.

Die Stadt Lebus hat aber bald ihre Bedeutung verloren. Die Gabel legt sich fest in Berlin. Das war im XIV. Jahrhundert. Die Bischöfe haben damals vergeblich ihren Sitz in Frankfurt an der Oder aufzuschlagen versucht. Schließlich hat sich dann der Bischof in Fürstenwalde am Spreeknie festgesetzt, weil dort die Straße von Berlin nach Frankfurt zu sperren war.

In Berlin teilten sich also die Straßen nach Oderberg (Pommern) und Frankfurt (Großpolen). Die heutige Königstraße in Berlin ist die alte Oderberger Straße. Die Frankfurter Straße bleibt bis zum Spreeknie bei Fürstenwalde am rechten Ufer der Spree. Indem unsere Geschichte sich von Berlin ostwärts richtet, kommen die Ostseeküsten und Großpolen in ihr Bereich. —

Der Endpunkt der zweiten Sumpflinie, welche sich von der Weichsel westwärts gegen die Oder zieht, ist Krossen. Auch diese Linie besteht wieder aus einem Warthestück, an welches sich westwärts das Obrabruch anschließt, ein 40 km langes Sumpfgebiet, welches erst seit 1850 ausgetrocknet ist. Diese große Linie setzt sich ostwärts ohne Wasserscheide bis vor die Tore Warschaus fort. Zwischen den beiden Bruchlinien, die wir jetzt kennen, liegt die älteste Stadt der Polen. Gnesen erhebt sich 107 m über dem Meer an einer Stelle, die gegen Osten durch die Netzeseen gedeckt ist, gegen Westen Norden und Süden aber das ganze untere Wartheland beherrscht. Posen ist ein an die Warthe selbst herabgelegtes Gnesen. In dem eben gezeichneten Land entsteht ein eigentümlich abgeschlossenes Zwischengebiet zwischen Preußen und der Mark, auf welches zumal das Bestehen eines deutschen Ordenslandes rechts der Weichsel von nachhaltigster Rückwirkung werden mußte. Diese Zwischenlage praedestiniert Posen zur Germanisation. Dies ist das Moment, auf dem die Feindschaft der Polen gegen die Provinz Preußen beruht.

Wir sehen endlich noch eine dritte Sumpflinie auf die Oder stoßen; es ist die Linie der Barsch, die bei Glogau ihre Westflanke hat. Diese Linie geht nicht durch bis zur Weichsel, sondern sie erreicht ihr Ende schon an der Prosna, welche ein linker Nebenfluß der Warthe ist. Der Ort, welcher die

Ostflanke der Bartschlinie bezeichnet, ist Kalisch. Entgegengesetzt der Gabel von Glogau hebt sich also nach Westen gerichtet die Gabel von Kalisch heraus, die aber als solche wenig hervortritt, weil sie von Warschau abgefangen werden kann. Immerhin sind es diese Verhältnisse, welche im Jahre 1814 für die Grenzziehung zwischen Preußen und Rußland im russischen Sinne maßgebend geworden sind.

Die Bartschlinie hat von der Oder her ähnlich gewirkt wie das Warthe- und Netzebruch. Südlich Glogau führt der Weg über Breslau auf die polnische Platte und nach Krakau; nördlich kommt man über Fraustadt und Lissa, zwischen Warthe und Obra hindurch, nach Posen. —

Wir versuchen nun, von Krossen und Glogau nach Westen zu sehen. Die Straßengabel nach diesen Punkten ist das uralte Kottbus. Von Kottbus geht der Weg über Guben nach Krossen, über Forst und Sagan nach Glogau. Ein deutsches Heer, welches sich im Mittelalter am Nordrande der Lausitzer Platte, dem natürlichen Wege von der Elbe nach Polen, vorbewegte, mußte sich in Kottbus entscheiden, ob es nach Glogau oder nach Krossen weiterging.

Von Kottbus aber, beziehungsweise von dem etwas westlich gelegenen Kalau, trennen sich die Wege wieder nach Westen zu und nehmen nun die Richtung rechts nach Magdeburg und links nach Halle an. So schließen sich die Grenzplätze des großen Frankenreichs an das Straßensystem des Slavenlandes an, in welchem Kottbus als ein uralter Straßenknoten erscheint.

Folgen wir den genannten Straßenästen nach Westen, so führt uns der Nordast über den Fläming durch das Quellgebiet der märkischen Flüsse über Luckau, Dahme, Jüterbog an das feste Elbufer gegenüber Magdeburg. In Leitzkau sammelt sich das deutsche Heer, welches ostwärts diesen Weg nach Polen nimmt. Diejenigen Polenzüge aber, welche von Halle beziehungsweise Merseburg ihren Ausgang nehmen, folgen dem Zuge des südlichen Asts. Dieser wendet sich von Kalau aus über Grabyn (Finsterwalde) gegen die Elster, überschreitet die Elbe bei Belgern oberhalb Torgau, die Mulde bei der Muldeinsel Mildenau (Eilenburg) und kommt so an die Saale.

Am Nordrand der Lausitzer Platte reiht sich ein Wendenort an den anderen. Der westlichste derselben war das große von Heinrich I. zerstörte Lebusa. Die Lage dieser volkreichen Wendenstadt ist sehr beachtenswert. Sie liegt in dem Winkel der von Kalau her gegen die Elbe gerichteten Straßengabel, so daß Lebusa beide Straßen beherrscht, ohne der Gabelpunkt selbst zu sein. Der Platz erscheint also in Beziehung auf eine Straße zur Elbe und eine Straße zur Saale hierhingelegt. Und damit rücken auch die beiden karolingischen Grenzplätze Magdeburg und Halle aus jeder Zufälligkeit heraus, und wir dürfen aus der Lage dieser beiden Grenzplätze Rückschlüsse ziehen, die von Bedeutung für die Wege unserer Geschichte in dem Grenzgebiet zwischen Weser und Elbe sind.

DIE WEGE DER DEUTSCHEN GESCHICHTE ZWISCHEN WESER UND ELBE.

Sind die Punkte Halle und Magdeburg festgelegt, so muß die nächste Frage sein, wo von Westen her gesehen ein gemeinsamer Ausgangspunkt der Wege nach diesen beiden Punkten liegt. Wir können diesen Ausgangspunkt nicht westlich des Harzes suchen, weil, wie wir sahen, zwischen der oberen und unteren Leine keine Verbindung war. Folglich muß dieser Ausgangspunkt zu finden sein nördlich des Harz.

Die Flüsse im Osten des Harz sind Flüsse der Niederung und damit als Sumpflinien historisch bedeutsam geworden. Die Bode legt sich doppelt, einmal in nördlicher Richtung, dann wieder zurückfließend in südöstlicher Richtung zwischen die Saale und den Harz. Ihr Lauf bildet somit einen nach Süden geöffneten spitzen Winkel, dessen Scheitelpunkt Oschersleben dadurch besondere Bedeutung erhält, daß bis hierhin von Westen her sich eine größere Sumpflinie erstreckt. Die erste urkundliche Erwähnung von Oschersleben im Jahre 994 geschieht in Verbindung mit diesem Sumpf, „palus quae ex Oscherslevo tenditur usque ad Hornaburc". Es handelt sich hier um den großen Bruchgraben, der von der Mündung der Ilse in die Oker — dort liegt eben die Hornburg — ostwärts bis zum Bodeknie von Oschersleben reicht. In der Gegend der Hornburg müssen wir auch die Straßengabel suchen, welche die Wege nach Halle und Magdeburg weist. Hiermit legen wir den Punkt fest, der recht eigentlich die östlichen Wege unserer Geschichte verknüpft. Er hebt sich aus der heutigen Karte leicht heraus durch die Nachbarschaft des Eisenbahnknotens Börssum, an dem sich jetzt noch die Bahnen gabeln um den alten Bruchgraben herum.

Betrachten wir die Bedeutung dieses Platzes zur Zeit Karls des Großen, so möchten wir gleich den Finger auf ihn legen als auf den Sitz eines karolinischen Bistums. Karl hat das Bistum Halberstadt gegründet, von dem man aber weder Ort noch Zeit der Gründung genau anzugeben vermag. An die Holtemme ist das Bistum erst im Jahre 820, nach dem Tode Karls gekommen. Man pflegt das älteste Bistum Halberstadt nach Osterwiek zu verlegen, welches etwas oberhalb der Hornburg an der Ilse liegt. Setzen wir das Bistum kurz in die Flanke des Sumpfes selbst, so ergibt sich für dasselbe ein Platz, der es an die Spitze aller karolinischen Bistumgründungen stellt. Das Bistum sieht dann nördlich des Bruchs nach der Elbe und Magdeburg, südlich des Bruchs nach der Saale und nach Halle. Ohne Zweifel ist es ein Bistum allergrößter Bedeutung gewesen.

Aber die Zukunft des Bistums Halberstadt wurde zuerst gekreuzt durch seine Verlegung an die Holtemme. Damit wurde es abgeschnitten von Magdeburg und seine Aussichten wurden um die Hälfte gekürzt. Ein geradezu vernichtender Schlag traf dann Halberstadt, als in Merseburg an der Saale ein

zweites Bistum entstand. Der Kampf Halberstadts gegen das Bistum Merseburg wird so erst klar.

Die Hornburg blieb von Bedeutung auch für das jüngere Bistum Halberstadt. Hier wird der Haupteingang in das Bistum geschützt. Das Bistum ist von Norden und Osten her durch Sümpfe gedeckt; von Süden her ist es nur erreichbar um den Harz herum.

Es ist selbstverständlich, daß die Westflanke des Bruchgrabens auch für den sächsischen König von größter Bedeutung war. Gegenüber der Hornburg finden wir die königliche Pfalz Werla. Heinrich I. hat in dieser Pfalz während des Ungarneinfalls des Jahres 924 geweilt. Die Ungarn kamen damals von Nordwesten her.

Auch im Mittelalter verlor diese Stelle ihre Bedeutung nicht; in dem Gegensatz zwischen den Saliern und den Sachsen, später den Staufern und Sachsen erhebt sie sich von neuem. So erklärt sich erstens die Bedeutung, zu welcher das benachbarte Goslar politisch emporwuchs und zweitens, daß Goslar, Residenz geworden, mit der Harzburg wieder die Okerlinie gewann.

Nehmen wir alles zusammen, so bietet sich uns ein sehr merkwürdiges Bild. Wir sehen die einzige große deutsche Königsresidenz, welche im Mittelalter im Werden war, ein direktes Gegenstück bieten zu dem Platz, auf welchem Berlin erwuchs. Berlin und Goslar liegen an den Gabeln vor den wegbestimmten Bruchlinien des Ostens in jenem Gebiet, welches wir gleich zu Anfang als den Hauptträger unserer Geschichte hingestellt hatten. Die historische Bedeutung Berlins klärt sich an Goslar, die Goslars an Berlin. Die Wege von Goslar aus hätten am Nordrand der Lausitzer Platte nach Osten geführt; wäre hier die Basis unserer Geschichte geblieben, so wäre ihr natürliches Ziel die Herrschaft über Polen geworden, während die Ostküste sich selbst überlassen blieb. Nun aber führte dieser Weg im späteren Mittelalter durch das natürliche Kampfgebiet zwischen den Böhmen, dann den Wettinern und der Mark. —

Es wurde nun die Aufgabe der Wettiner wie der Brandenburger, den Weg nach Osten allein zu gehen, und so bekommt der große Wettkampf zwischen den Wettinern und den askanischen wie den hohenzollernschen Herren der Mark eine ganz besondere Bedeutung für unsere Geschichte. Die Wettiner haben ihr natürliches Ziel erreicht. Aber ihnen fehlten die Brücken von Krossen und Glogau; nicht zuletzt deswegen gingen sie mit in den 7jährigen Krieg. Das krampfhafte Festhalten Sachsens an Napoleon beruht auf Polenpolitik.

Auch die Brandenburger erreichten ihre natürlichen Ziele und kamen nach Preußen und Pommern. Daß hierzu auch Großpolen gehörte, haben wir schon gesehen. Im Jahre 1905 wurde den Deutschen durch die Russen der Weg nach Osten verriegelt; vielleicht wird er gerade durch die Folgen des Weltkrieges den Deutschen einmal wieder frei. Im Osten liegen mehr als je die großen Zukunftsgebiete für deutsche Kraftentfaltung und deutsche Kultur.

H. LAUTENSACH: LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Graf, O., Vom Begriff der Geographie im Verhältnis zu Geschichte und Naturwissenschaft. München und Berlin. 1925 R. Oldenbourg. X und 150 S. M. 5,50.

Nachdem der bislang jüngste Versuch, der von Leutenegger, „Begriff, Stellung und Einteilung der Geographie" zu umreißen, trotz gründlicher wissenschaftshistorischer Ausführungen fast auf der ganzen Linie mit einem resignierten Verzicht geendet hatte, wagt sich hier ein universal begabter Kopf mit ungleich größerem Erfolg an das gleiche Problem. Obwohl Fachgeograph, tritt Gr. von außen, vom Standpunkt der Philosophie, insbesondere der Logik und der Allgemeinen Wissenschaftstheorie, an seine Aufgabe heran. Damit vermeidet er langatmige Erörterungen über die verschiedenen Auffassungen, die der Gegenstand im Laufe der wissenschaftlichen Entwicklung der Geographie gefunden hat, sowie über deren Stellung zu den Hilfswissenschaften, und gleichzeitig bedeutet seine Schrift einen wirkungsvollen Beweis für die Daseinsberechtigung der Geographie vor dem Forum der Gesamtwissenschaft. Er betont, daß man bei der Frage nach dem Wesen einer beliebigen Wissenschaft von vornherein von einem bestimmten erkenntnistheoretischen Standpunkt auszugehen habe, dessen Wahl von der Stellung abhängt, die man in bezug auf das Verhältnis des Erkennens zur absoluten Wirklichkeit einnimmt. Gr. wählt den Standpunkt des Idealismus, der die Ansicht vertritt, daß man von der absoluten Wirklichkeit nur das weiß, was die alltägliche oder wissenschaftliche Erfahrung an die Hand gibt, der somit die absolute Wirklichkeit als die Summe aller möglichen Erfahrung und demgemäß die Erkenntnis als eine Umformung dieser Wirklichkeit betrachtet. Von diesem Standpunkt aus wird die Wahrheit zu einer in bestimmte Form gebrachten Erkenntnis, und demgemäß liegt das Wesen einer Erfahrungswissenschaft, wie sie die Geographie ist, nicht im sachlichen Inhalt, sondern in der Darstellungsmethode, deren Ziel die Auswahl des Wesentlichen aus dem unbegrenzten und stetigen Strom der Wirklichkeit in Gestalt der Begriffsbildung ist. Auf die Darstellungsmethode legt Gr. daher das Hauptgewicht.

Im ersten Teil seiner Untersuchung beleuchtet er die Darstellungsmethode der Naturwissenschaften (nomothetischen Erfahrungswissenschaften) und darauf die der Geschichte, die er als den Prototyp aller Kulturwissenschaften (idiographischen Wissenschaften) betrachtet. Denn die bisher immer wieder hervorgetretene Unbestimmtheit des Gegenstandes und der Methode der Geographie erklärt sich nach ihm aus dem Schwanken zwischen den Polen: Geschichte und Naturwissenschaft. Soweit die empirische Wirklichkeit nach allgemeinen Gesetzen bestimmt ist, wird sie als Natur bezeichnet und erfährt durch die Naturwissenschaft eine begriffliche Vereinfachung. Die Begriffe der Naturwissenschaft stehen im Verhältnis gegenseitiger Unterordnung, derart, daß die allgemeinen Begriffe größeren Umfang und kleineren Inhalt haben als die ihnen untergeordneten spezielleren Begriffe. Soweit die Wirklichkeit jedoch individuell gestaltet ist, liegt sie außerhalb der Grenzen naturwissenschaftlicher Begriffsbildung. Die Darstellung solcher Individualität ist nach Gr. Aufgabe der Geschichte. Diese zieht von der Gesamtheit des Individuellen jedoch nur dasjenige in den Bereich ihrer Betrachtung, was im Hinblick

auf die Kultur, auf ewig gültige Werte, von Bedeutung ist. Der wertfreien Naturbetrachtung stellt sich die Geschichte als „wertbeziehende Betrachtung" gegenüber. Die historischen Einzelbegriffe sind nicht Exemplare einer Gattung, sondern Teile eines Ganzen, und deshalb ist der umfassendere von zwei historischen Begriffen zugleich auch der inhaltsreichere.

Die Geographie verfährt, wie im zweiten Teil ausgeführt wird, in ihrer länderkundlichen Aufgabe individualisierend, und damit steht sie der Geschichte nahe. Wenn individuelle Begriffe wissenschaftliche Begriffe sein sollen, muß ihre Bildung zugleich im Hinblick auf einen Wert erfolgen. Ein solcher kommt aber nur in Betracht, soweit man die Erde als das Wohnhaus des Menschen ansieht, als den Boden, auf dem sich der Bau der menschlichen Kultur erhebt. In der Kulturgeographie kann und muß somit eine der historischen entsprechende Methode Platz greifen.

Innerhalb der weltfreien Betrachtung — so hebt der dritte Teil hervor — wird die Geographie erst in dem Augenblick zur Wissenschaft, wo sie versucht, das verstreute Material im Interesse einer Klassifikation auf genetischer Grundlage zu vereinheitlichen und zu ordnen. Dieser Arbeit unterzieht sich, auch auf dem Gebiet der menschlichen Kultur, die Allgemeine Geographie, und zwar nach naturwissenschaftlicher vereinfachender, zusammenfassender Methode, die mit einer künstlichen, äußerlichen Systematisierung beginnt, zu gruppenbildender Beschreibung fortschreitet und mit einer Klassifikation auf genetischer Grundlage als der dritten dieser logischen Etappen endet. In einer solchen gleichwertigen Verwendung historischer wie naturwissenschaftlicher Methoden liegt eine Sonderheit geographischer Betrachtungsweise. Doch ist eine solche naturgemäß der Behandlung der Erdoberfläche vorbehalten, auf die somit die geographische Darstellung zu beschränken ist, während der Erdkörper nur rein naturwissenschaftlich faßbar ist und damit aus dem Reich der Geographie ausscheiden muß.

Der vierte Teil schließlich zeigt, wie die Geographie eine eigene wissenschaftliche Methode, die sowohl von der der Naturwissenschaft wie von der der Geschichte abweicht, in der speziellen Länderkunde entwickelt, die die Objekte der verschiedensten Wissensgebiete, die sonst zusammenhanglos nebeneinander stehen, „totalisiert", d. h. im Begriffe verbindet und vereinheitlicht. Der Zentral- und Sammelbegriff, mit dessen Hilfe diese Totalisierung erfolgt, ist der der Landschaft. Durch die logische Unterscheidung von natürlicher und Kultur-Landschaft, die in der Wirklichkeit eng verschmolzen sind, schlägt die Geographie die Brücke zwischen Geschichte und Naturwissenschaft. Darin liegt ihre spezifische Eigenart, die sie zu einer selbständigen Wissenschaft stempelt, ihr besonderer Erkenntnis- und Bildungswert.

Die bedeutungsvolle Eigenart dieses Büchleins, das allerdings viel mehr methodische Begabung und Belesenheit als geographische Fachpraxis verrät, machte eine so ausführliche Skizzierung seiner Gedankengänge notwendig. Einen Ausbau verdienen dieselben vor allem nach der von Gr. gänzlich unberücksichtigt gelassenen soziologischen Seite hin. Man kann heute in einer solchen methodischen Studie nicht an Max Weber vorübergehen. Die von ihm entwickelte national-soziologische Methode bemüht sich, die Erscheinungen menschlicher Gesellung, auf denen doch die Kulturlandschaft ruht, nach „Motinationstypen" zu gliedern und betrachtet die in diesen Typen zusammengefaßten Menschengruppen nach den wertenden Vorstellungen, die sie selbst von ihrer Umwelt haben, und die zu Motiven ihres Handelns werden. Eine volle genetische Erfassung der Kulturlandschaft lediglich nach der historischen, ohne Berücksichtigung dieser soziologischen Methode ist heute unmöglich. Außerdem verdient hervorgehoben zu werden, daß sicher auch die allgemeine Geographie der Zukunft eine spezifisch geographische Disziplin sein wird. Denn sie wird voraussichtlich

nicht mehr in einer Systematik der sachlichen Teilgebiete gipfeln, welch letztere vielmehr Aufgabe der Hilfswissenschaften werden dürfte, sondern aus 2 korrelaten Teilen bestehen: einer Allgemeinen verzeichnenden Länderkunde, die die einzelnen landschaftlich wesentlichen Erscheinungsformen in ihrer Verbreitung über die Erdoberfläche hin beschreibt und erklärt und einer Landschaftssystematik, die die Landschaften des Erdballs in ein System genetischer Typen faßt.

Fairgrieve, J., Geographie und Weltmacht. Eine Einführung in die Geopolitik. Deutsche Übertragung von Marta Haushofer. Mit einem Geleitwort von Karl Haushofer. 67 Skizzen und Karten. Berlin-Grunewald 1925. Kurt Vowinckel Verlag. Leinen 12,— M.

Ein deutscher Gelehrter würde die Aufgabe, eine Einleitung in die Geopolitik, eine Propädeutik für geopolitisches Denken zu schreiben, vermutlich anders angefaßt haben. Er würde von sachlichen Kategorien geographischen oder politischen Inhalts ausgegangen sein und die Beziehungen zwischen Staat und Boden unter ständiger feinfühliger Berücksichtigung auch der nichtgeographischen Zusammenhänge in elementarsten Grundzügen etwa in ähnlicher Weise behandelt haben, wie es Supan für die Politische Geographie in seinen „Leitlinien“ (Z. f. G. 1924 S. 267) getan hat. Der praktisch und zugleich unverkennbar materialistisch eingestellte Engländer verfährt anders. Er baut seine Einführung in die Geopolitik restlos auf geschichtliche Beispiele auf, deren historische Folge er in beinahe raffinierter Weise mit einer Folge geographischer Landschaftstypen parallelisiert. Ein Auszug aus den Kapitelüberschriften mag das belegen: II. Die Wüste: Die Anfänge der Geschichte: Ägypten III. Sumpf und Steppe: Babylonien und Assyrien. IV. Die Völkerwege: Palästina und Phönizien. V. Das Meer: 1. Griechenland. 2. Karthago. VI. Gegensatz zwischen Meer und Land: Hochland und Tiefland: Rom. VIII. Die Oasen: Der Islam. Schon aus dieser Parallelisierung in den Überschriften geht hervor, daß es sich hier um eine Freskomalerei von eindringlicher Wucht handelt, die ein hervorragendes pädagogisches Geschick verrät und ihren Eindruck auf den Leser unmöglich verfehlen kann. Aber dieser hervorragende Vorteil wird erkauft durch eine mitunter allzu grobe Generalisierung und allzu einseitige Betrachtung. Sehr häufig bemerkt man in diesen Fällen die bewußte Absicht des auch komplizierte Tatbestände mit energischem Zupacken meisternden Verfassers. Mitunter aber dürfte diese Generalisierung kaum anders als durch eine unvollständige Sachkenntnis erklärt werden können, und dann ist sie nicht unbedenklich. Aber dieser Mangel wiegt nicht schwer gegenüber der hohen Zahl klar gesehener und leicht verständlich dargestellter geopolitischer Beziehungen. Und so ist das Buch in hervorragendem Maße geeignet, weitere Kreise unseres Volkes in die elementaren Formen geopolitischer Denkweise einzuführen.

Es ist zugleich charakteristisch und interessant durch die spezifisch englische Art, die Welt zu sehen, und vermittelt damit indirekt, für den, der kritisch zu lesen versteht, tiefe Einblicke in der britische Mentalität. Die Stellung des Verfassers zu Deutschland ist von einer heute in England immer noch seltenen Objektivität: „Ohne klar vorbestimmten Mittelpunkt, von allen den Völkern rings umschlossen, auf die es in der Geschichte ankam, mit ausgesprochenen Verschiedenheiten und Eigentümlichkeiten, in vielen Teilen von Menschen mit abweichenden Lebensanschauungen bewohnt, den von allen Seiten einwirkenden äußerlichen Anreizen offenstehend, die verschieden auf eine jede Einheit einwirkten, ist dieses Kernland der europäischen Halbinsel nur dann eine Einheit gewesen, wenn die Regierung stark war“. „Es hat der vereinten Kraft fast der ganzen Welt bedurft, um die Tüchtigkeit des deutschen Volkes zu überwinden. Wenn das Ringen auch so geendet hat, wie es endete, so ändert das doch nichts an der geographischen Lage Deutschlands, noch an den Eigenschaften seines Volkes“.

Die sorgfältige Übersetzung paßt sich den feinen Nuancen der Ideenführung in geschickter und wohlerwogener Wortwahl an

Robert Liefmann, Vom Reichtum der Nationen. G. Bauer Verlag, Karlsruhe 1925.

Die deutsche Wissenschaft zeigt sich im allgemeinen auch nach dem Kriege weltfremd, trotz ihres Anspruches auf Weltgeltung: Ist es nicht erstaunlich, daß sie gegen die Sinnlosigkeiten des allgemeinen politischen Dilettantismus, wie er sich im Dawesgutachten und seiner Annahme niederschlug, nicht rechtzeitig, sachlich und geschlossen auftrat? Ist es nicht mehr als beschämend, daß wir von Ausländern wie Cassel, Keynes, Maulton wissenschaftlich über die Undurchführbarkeit der von uns eingegangenen Verpflichtungen belehrt werden müssen? Gewiß, psychologisch verständlich ist eine solche Zurückhaltung unserer Gelehrten. Können sie doch ihre Arbeiten fern vom politischen Gezänk des Tages und der Parteien erledigen, bleiben sie doch verschont von den vielerlei Unbequemlichkeiten des politischen Tageskampfes. Hat man außerdem das Bedürfnis nach einer theoretischen Rechtfertigung seines Verhaltens, so schließt man sich einer wissenschaftlich begründeten und geistvoll durchgeführten „Werttheorie" an, wie sie Max Weber vertrat, nach welcher Wissenschaft und Politik nichts miteinander zu tun haben, wissenschaftliche Forschungen von willensmäßigen Stellungnahmen stets zu trennen sind, und man ein recht objektiver Wissenschaftler ist, wenn man auf eine Bindung an alle „irrationale" Strebungen verzichtet. Man sieht Politik als „auch" ein Gebiet an, welches mit dem eigenen Spezialfach nichts zu tun hat.

Gegenüber dieser allgemeinen Stimmung ist es umso dankenswerter, wenn Liefmann auch einmal als deutscher Gelehrter von wissenschaftlich gefestigten Grundanschauungen aus Stellung nimmt zur heutigen Erfüllungspolitik und ihren weltwirtschaftlichen Folgen. Liefmann geht aus von den Grundtatsachen des Tauschverkehrs überhaupt, er weist die im Tauschverkehr wirksame Tendenz zum Ausgleich der Grenzverträge nach, und behandelt in seinem Buch vornehmlich, wie die Wirkung der von ihm allgemein nachgewiesenen Gesetzmäßigkeiten auf den Wirtschaftsverkehr der Staaten untereinander ist. Für den Geopolitiker ist besonders wichtig die auch bei Liefmann zu beobachtende Betonung des Zusammenhanges zwischen Bodenbeschaffenheit, geographischer Lage und Wirtschaft, es ist sehr interessant, wie der Volkswirt die Unmöglichkeit nachweist, daß ein auf Kulturboden befindliches Kulturvolk große Leistungen an andere Völker abgibt. Liefmann entwickelt, welche Folgen große Leistungsübertragungen von Völkern für die Wirtschaft und Bodenausnutzung anderer Völker haben, wie sie sich auswirken auf die Produktionsmöglichkeiten der verschiedenen Länder, wie Störungen im weltwirtschaftlichen Tauschverkehr zur Umstellung gesunder Bewirtschaftungsweisen zwingen. Der Reichtum zwischen den Nationen ist nur gesund, wenn er gemäß der Leistungsfähigkeit der Völker verteilt ist, jede gewaltsame Durchbrechung dieses Grundsatzes führt zur Wirtschaftsschädigung, sowohl der gebenden, als auch der nehmenden Völker. Im einzelnen erfrischend ist die Polemik Liefmanns gegen unsere Geldpolitik, ist der Nachweis unseres so grundfalschen Optimismus bei der Behandlung von Lebensfragen durch die deutsche Außenpolitik. Das Buch ist systematisch vorbildlich aufgebaut und grundlegend. Sehr feine Bemerkungen finden sich zerstreut über das Verhältnis zwischen Krieg und Wirtschaft im allgemeinen, es werden wertvolle Anregungen für viele Einzeluntersuchungen gegeben, z. B. wie weit Tributleistungen als Schädigungen des Wirtschaftsverkehrs überhaupt möglich sind, wie sich die Wirkung von Tributleistungen bei zurückgebliebenen, zurückgehaltenen und verarmten Ländern unterscheidet usw.

Knapp und verständlich hat Liefmann seine allgemeinen theoretischen Grundauffassungen in

seiner „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre", Verlag Teubner 1924, dargelegt.

Dr. Arno Lamprecht, Das Prinzip der Kausalität des seelischen und sozialen Geschehens, insbesondere des Wirtschaftens. Halberstadt, 1925, H. Meyers Buchdruckerei.

Auch dieses Buch beweist, daß nichts praktischer ist als die Theorie. Die Abhandlung ist hervorgegangen aus einer Dissertation, und es ist besonders erfreulich, daß der scheinbar noch junge Verfasser sich des Wertes von systematischem Denken bewußt ist: sieht er doch mit Recht die Pflege und Meisterung des systematischen Denkens als Bedingung unserer Kulturbehauptung an. Wie Liefmann, so gibt auch Lamprecht einen stilvoll in sich gegliederten Gedankenbau als geistige Meisterung von Lebenserscheinungen. Wie Liefmann zuerst systematisch eine Betrachtungsweise durchgeführt hat, welche im Prinzip der Eigenart des wirtschaftlichen als auch seelischen Geschehens gerecht wurde, so wird auch bei Lamprecht der Mensch in den Mittelpunkt der ökonomischen Betrachtung gestellt. Lamprecht erkennt die ökonomische Erscheinung in ihrer Abhängigkeit und durch ihre Abhängigkeit vom menschlichen Handeln. Er setzt sich als Aufgabe, eine genetische Systematik aller ökonomischen Beziehungen gemäß ihrem psychischen Wesen zu geben. In dem psycho-genetischen Kausalprinzip sieht er die Grundtatsachen, auf welche die Erscheinungen des sozialen und ökonomischen Wesens zurückzuführen sind. Der allgemeine Begriff des Wirtschaftens wird aus der Dynamik des seelischen und sozialen Geschehens entwickelt: Innerhalb der Grenzen des Vergleichens von Müheaufwendung (Kosten) und Bedürfnisbefriedigung (Ersatz, Nutzen) bewegt sich die Kausalität des Wirtschaftens. Dieses Prinzip ist die Grundlage der gesamten ökonomischen Systematik bis in ihre überindividuellen Gesetzmäßigkeiten hinein. Die im letzten Kapitel gegebenen Begriffsableitungen sind nicht nur sachlich, sondern auch methodologisch sehr bedeutsam und in der Art ihrer Entwicklung oft an Hegelmethode erinnernd. Einzelne Beweisführungen mögen den, welcher grundsätzlich dem Positivismus und Instrumentalismus nicht zustimmt, zum Widerspruch reizen — das Buch als Ganzes ist lehrreich für jeden, hat manche kulturphilosophisch feine Bemerkung und verrät überall einen sehr klar und systematisch denkenden Kopf. Die junge geopolitische Wissenschaft tut gut daran, die geistigen Bestrebungen auf ihren Nachbargebieten aufmerksam zu verfolgen, nicht nur, wenn sie, wie in den hier besprochenen Werken, sachlich unmittelbar Belehrung auch für ihr Wissensgebiet findet, sondern auch im allgemeinen: Auch sie wird sich nur behaupten, wenn sie systematisch ihr Wissensgebiet abgegrenzt hält und Klarheit über ihre Methoden hat, soll anders sie nicht in gelegentlichen Einzelansichten und Subjektivismen zerflattern. Dr. M. Spandau.

Georg von Below, Über historische Periodisierungen. Mit einer Beigabe: Wesen und Ausbreitung der Romantik. In „Einzelschriften zur Politik und Geschichte", herausgegeb. von Dr. Hans Roeseler. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925.

Die Studie stellt sich dar als eine Erweiterung des Vortrages, den der Freiburger Altmeister der mittelalterlichen Geschichte auf dem Frankfurter Historikertag gehalten hat. In einem allgemeinen Teile erweist der Verfasser zunächst die Berechtigung und Notwendigkeit der Periodisierung. Er bekämpft hier vor allem die Auffassung des Jenaer Kirchenhistorikers Heussi (Altertum, Mittelalter und Neuzeit in der Kirchengeschichte. Ein Beitrag zum Problem der historischen Periodisierung. Tübingen 1921), der die Möglichkeit einer universalhistorischen Betrachtung überhaupt leugnet, nicht nur hinsichtlich der allgemeinen Geschichte, sondern sogar bezüglich der verschiedenen Kulturgebiete des einzelnen Volkes. Heussi erklärt damit jede geschichtliche Periodenbildung für unmög-

lich und will lediglich Monographien über einzelne Seiten des kulturellen Lebens eines Volkes (Staat, Verfassung, Wirtschaft, Kunst usw.) zulassen. Wäre diese Auffassung richtig, so gäbe es in Wahrheit keine Geschichtswissenschaft. Below legt nun überzeugend dar, was für den Kenner der Geschichte wohl kaum noch eines Beweises bedarf, daß sowohl zwischen den einzelnen Kulturgebieten eines Volkes wie in der Entwicklung der Völker neben- und nacheinander sehr starke Parallelen und Zusammenhänge bestehen. Sie nachzuweisen ist ja gerade die Aufgabe der geschichtlichen Forschung. Andererseits bestreitet Below jedoch mit Recht das Vorhandensein einer „Stileinheit", eines unbedingten und vollkommenen Parallelismus in den Lebenserscheinungen eines Volkes oder in der Entwicklung der Völker eines Kulturkreises, wie ihn Lamprecht bzw. Spengler behaupten: Die wirklichen geschichtlichen Vorgänge erweisen lediglich eine mehr oder weniger enge Verwandtschaft der Entwicklung. In der Volksgeschichte erklären sich solche Zusammenhänge aus der besonderen geistigen Wesensart des Volkes, die sich stärker oder schwächer auf allen Lebensgebieten ausprägt, innerhalb eines Kulturkreises im wesentlichen aus den gemeinsamen kulturellen Wurzeln der ihm angehörenden Völker und aus gegenseitigen Beeinflussungen.

Der leitende Gesichtspunkt für universalgeschichtliche Periodisierungen in der Volks- und Weltgeschichte muß die politische sein, weil der Staat das universalste Gebilde ist, alle anderen Lebensäußerungen und -kräfte einer menschlichen Gemeinschaft in sich vereinigt, sammelt und zur Auswirkung bringt. Die allgemeine Geschichte wird immer die politische sein, womit jedoch kein Gegensatz zwischen der politischen und der Kulturgeschichte ausgesprochen ist. Jede andere Grundlage der Einteilung birgt die Gefahr, daß sich die Darstellung in ein Chaos verliert.

Wenn Below anschließend eine Gliederung des geschichtlichen Verlaufs nach ihm innewohnenden gesetzmäßig wirkenden Kräften, auf die alle Erscheinungen zurückgeführt werden, ablehnt, so weitet sich damit die Betrachtung zu einer Untersuchung über die letzten Fragen der Geschichtswissenschaft, über das Wesen des geschichtlichen Geschehens gegenüber den Vorgängen der Natur. Alle Theorien, die einen irgendwie naturgesetzlichen Ablauf der Geschichte behaupten, scheitern daran, daß sie mit den geschichtlichen Hergängen nicht vereinbar sind, daß sie ihnen Zwang antun, indem sie die Freiheit der menschlichen Individualität nicht berücksichtigen. Nirgends besteht eine Notwendigkeit, sondern nur eine Möglichkeit der Entscheidung. Das mindert aber weder die Wissenschaftlichkeit noch den Wert historischer Forschung, vermehrt vielmehr ihren Reiz.

Im zweiten Teile seiner Schrift verwertet der Verfasser die gewonnenen Ergebnisse zur Lösung der Aufgabe, die beiden großen geschichtlichen Perioden des Mittelalters und der Neuzeit gegeneinander abzugrenzen. Er bejaht die Einheit des Mittelalters, als dessen wesentlichste Merkmale die kirchliche Einheit, die innige Verbindung von Kirche und Staat und die Selbständigkeit der lokalen Gewalten (Feudalismus) zu gelten haben, und zeigt, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben und sorgsam die Kontinuität alles Geschehens beachtend, wie im Anfang des 16. Jahrhunderts eine neue Entwicklung Platz greift, während gleichzeitig sich der Schauplatz der Geschichte zur Welt erweitert. Das beherrschende Merkmal, dem sich alles andere unterordnet, ist das Wachstum der staatlichen Gewalt, und gerade in dieser Hinsicht erweist sich auch die Reformation als sehr bedeutsam, weil sie die allgemeinen staatlichen Verhältnisse, innen- und außenpolitisch, sehr stark beeinflußt hat. So rechtfertigt der Verfasser, auch hier vom politischen Gesichtspunkte ausgehend, und sich stützend auf die Resultate der neuesten Forschung, insbesondere auf den Gebieten der Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschafts-

[G]eschichte, die alte Ansetzung des Beginnes der Neuzeit mit dem 16. Jahrhundert für Deutschland sowohl wie für die allgemeine weltgeschichtliche Entwicklung gegen die Versuche einer anderweitigen Periodisierung, die neuerdings von verschiedenen Seiten unternommen sind.

Der Inhalt der Schrift greift trotz ihres nicht erheblichen Umfangs tief an die Grundprobleme der Geschichtswissenschaft, führt sicher in die Hauptfragen der mittelalterlichen und neueren Geschichte ein, ist reich an Gedanken und Anregungen und zeichnet sich durch ein hohes Maß von Objektivität und Besonnenheit im Urteil aus. In der Beilage wird die Romantik, auf deren Auffassung vom geschichtlichen Leben Below sich in der Hauptschrift berufen konnte, als eine umfassende Weltanschauungs- und Wissenschaftsbewegung gedeutet.

Dr. Eilen.

Herbert Kraus, Gedanken über Staatsethos im internationalen Verkehr. Schriften der Königsberger Gelehrten-Gesellschaft, geisteswissenschaftliche Klasse. 2. Jahr, Heft 3. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1925.

Diese gleichfalls aus einem Vortrag erwachsene Schrift des Königsberger Völkerrechtslehrers gilt dem alten, durch den Weltkrieg wieder hochaktuell gewordenen Problem „Politik und Moral“. Die Unversöhnlichkeit der Gegensätze über das Verhältnis beider zueinander gibt dem Verfasser Veranlassung, zur Vorbereitung der Endlösung dieser wichtigen Frage rein empirisch — induktiv die in unserer Zeit wirklich vorhandenen Vorstellungen über die Existenz und den Inhalt der dem Staate zukommenden sittlichen Pflichten und Rechte festzustellen und abzugrenzen. Vor allem kommt es ihm darauf an zu bestimmen, welche Vorstellungen solcher Art der moderne Staat selbst habe, d. h. nach Kraus die im Staatskörper wirksamen Kräfte (die sog. „Staatselemente“), die ihre Ordnung in der Verfassung finden. Den Inbegriff dieser dem Staate selbst eignenden Vorstellungen von seinen sittlichen Pflichten und Rechten bezeichnet Kraus als „Staatsethos“. Er behandelt eingehend das Verhältnis der staatlichen Elemente zum Staatsethos und zu seiner Entstehung und legt dar, daß dieses Staatsethos infolge seiner Komponentennatur wandelbar sei und bei den verschiedenen Staaten einen durchaus verschiedenen Inhalt habe, einmal nach der Person des Beurteilten und des Beurteilers, zum andern nach Inhalt, Richtung und Intensität der jeweils in Frage kommenden Interessen. Der Inhalt des Staatsethos bewegt sich nach Kraus zwischen Staatsegoismus und -altruismus und bestimmt sich nach dem Einfluß der drei großen Denkrichtungen im Bereiche des Politischen: des Nationalismus, des Internationalismus und des Universalismus. Auf Grund des zunehmenden Einflusses internationaler und universalistischer Organisationen bildet der Verfasser über den Begriff des Staatsethos hinaus den des „Staatenethos“, d. i. der „Inbegriff der einer dauernden Internationalgemeinschaft eigenen Vorstellungen und Auffassungen von den sittlichen Pflichten oder Rechten ihrer Mitglieder gegeneinander, gegen die Gemeinschaft selbst und gegen Außenstehende“. Das Staatenethos wird dann noch einer höheren, höchsten Ordnung dieser Art eingegliedert: der „öffentlichen Meinung der Welt“, die als Weltgewissen wirke. Als Grundpfeiler des internationalen Verkehrs der Staaten werden die Prinzipien des „äquivalenten Interessenausgleichs“ und der Solidarität bezeichnet. Da diese beiden Prinzipien des Staatsethos auch im bürgerlichen Ethos unserer Zeit die zentrale Rolle spielen, so haben beide nach Kraus einen gemeinsamen Kern. Wo sie voneinander abweichen, handelt der Staat nach ethisierten staatsegoistischen Klugheitsregeln. Er hat demnach ein Doppelethos, ein gemischtes Ethos, soweit Moral sein Verhalten überhaupt bestimmt; eine besondere, nur für den Staat geltende Moral wird abgelehnt.

Kraus glaubt nun, daß sich das Staatsethos dem bürgerlichen immer mehr nähere, daß sich

die Staaten im internationalen Verkehr in sittlicher Beziehung weitgehend schon genau so wie Privatpersonen, gelegentlich sogar anständiger verhalten, daß die Politik sittlicher sei als ehedem (S. 124, 130).

Solchen Ansichten wird man doch (vor allem als Deutscher) mit großer Skepsis begegnen müssen. In der diplomatischen Phraseologie spielen sittliche Ideen zwar eine erheblich größere Rolle als früher, aber im wesentlichen doch nur als Mittel der Politik. Die Methoden derselben werden eben feiner und komplizierter. Der Verfasser selbst ist von solcher Skepsis keineswegs frei, wie zahlreiche Stellen seiner Schrift beweisen. So sagt er auf S. 36: „Auf keinem Gebiete ist Unehrlichkeit, ethischer Sippendienst, falsches Pathos, Schönrednerei, Cant und dergleichen mehr zu Hause als im Bereiche des internationalen Verkehrs der Gegenwart.“ Zwar betont er (S. 37), daß solche Unehrlichkeiten nicht immer einen Mangel an ethischen Vorstellungen, sondern oft nur an Moralität bedeuteten, aber nur diejenigen sittlichen Vorstellungen der staatlichen Elemente sind für die Politik der Staaten und für ihr wahres Verhältnis zur Moral bedeutsam, die sich als Handlungen auswirken. Diese jedoch werden bestimmt durch die Interessen des Staates und müssen es werden, wenn der Staat sich nicht selbst aufgeben will. Ihre Wahrnehmung braucht nicht durch Krieg zu erfolgen, sie kann ebensogut auf dem Wege internationaler Kooperation und völkerrechtlicher Institutionen geschehen. Darin aber mit Kraus altruistische Neigungen der Staaten zu sehen, ist wohl nicht möglich, alle solchen internationalen Vereinbarungen (wie Genfer Konvention, Haager Abkommen, Völkerbund usw.) werden im eigenen Interesse der beteiligten Staaten geschlossen und gelten nur so lange, als sie ihm dienen. Auch wenn der Verfasser im Hinblick auf die Fürsorge- und Wohlfahrtstätigkeit des Staates von der Betätigung einer Liebespflicht spricht (S. 124), kann ich ihm nicht folgen. Begriffe wie Staatenethos und öffentliche Meinung der Welt sind Abstraktionen und ohne praktische Bedeutung.

Ihren Wert, und zwar keinen geringen, besitzt die Schrift in der Herausarbeitung klarer Begriffe für den gesamten schwierigen Fragenkomplex und in der systematischen Ordnung aller dazu gehörenden Erscheinungen, in der Fülle des verarbeiteten Materials und der herangezogenen Literatur. Die sichere Bewältigung des komplizierten und weitschichtigen Stoffes und seine übersichtliche Darstellung verdient Bewunderung. Auch wird man dem Verfasser in vielen Punkten beistimmen müssen.

Dr. Eilen.

Hasenkamp, S., Die Wege als Erscheinungen im Landschaftsbild. Ein Beitrag zur Geographie der Kulturlandschaft. IX und 120 S. Freiburger Diss. 1925.

Ein erster Versuch des unsern Lesern nicht unbekannten Verfassers (Z. f. G. 1925, S. 474 und 759), den landschaftlichen Gesichtspunkt als auslesendes Prinzip in die Allgemeine Anthropogeographie zu tragen. Dieser Versuch kann durchaus als geglückt betrachtet werden, wenn auch häufig nicht viel mehr geboten werden konnte, als ein Gerippe, das spätere Spezialuntersuchungen werden mit Fleisch und Blut umgeben müssen.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststr. 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.

